

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 4 Pf. Sonntags-Nummer mit 14 Uhr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1895 unter Nr. 7128.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitspalte oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 3 Uhr Vormittags geöffnet.

Korrespondent: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Sonntag, den 23. März 1895.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

### Abonnements-Einladung.

Zu Beginn eines neuen Quartals richten wir an alle Freunde und Parteigenossen die dringliche Bitte, für die Erweiterung unseres Abonnentenkreises mit aller Energie thätig zu sein. Gegen die Partei, deren Zentralorgan der „Vorwärts“ ist, haben die vereinigten Parteien der Reaktion, denen der Boden unter den Füßen wankt, jetzt alle ihre Kräfte aufgebunden; durch ein neues Knebelgesetz soll die zahlreichste Partei in Deutschland, mundtot gemacht, und für unsere Feinde und des Volkes Feinde die Ruhe des Kirchhofs hergestellt werden, damit sie ungestört ihre gemeinschädliche und gemeingefährliche Arbeit verrichten können. Die Kämpfe, in denen wir stehen, sind von entscheidender Bedeutung; und die Verhandlungen des Reichstages über die sogenannte Umsturzwahl, die jetzt in der Kommission sich abspielen, bald aber im Plenum stattfinden werden, sind von ganz besonderer Wichtigkeit. Unter diesen Umständen ist es doppelt notwendig, daß die Parteigenossen sich in dem Zentralorgan der Partei über alle Vorurteile auf genaueste unterrichten, und daß sie dafür sorgen, daß der „Vorwärts“ immer weiter verbreitet wird. Je größer die Verbreitung des Zentralorgans, desto größer sein Einfluß und seine Wirksamkeit, und desto größer die Macht der Partei.

Die Redaktion des „Vorwärts“ wird bemüht sein, ihre Pflicht zu thun, und das Zentralorgan der Partei würdig zu machen!

Mit dem 1. April eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

#### „Vorwärts“

mit der illustrierten Sonntags-Beilage

#### „Die Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren, sowie unsere Expedition, Bentzstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

**1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.**

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

**3,30 M. für das Quartal**

entgegen. (Eingetragen in die Post-Zeitungsliste für 1895 unter Nummer 7128.)

In unserem Feuilleton wollen wir nach Beendigung der jetzigen Erzählung und einiger kurzer Feuilletonartikel anfangs April mit dem Abdruck der geschichtlichen Erzählung:

### „Berliner Märztage“

von Michel Deutsch

beginnen, auf welches Werk wir unsere Leser besonders aufmerksam machen.

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“. Berlin, Ende März 1895.

### Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

#### Skizzen aus dem südamerikanischen Hinterlande.

Ein Blatt

südamerikanischer Geschichte.

Am Morgen nach der Ermordung berichtete man, daß mehrere Gefangene, darunter die Mörder Gill's, mit dem Advokaten als Anführer in der vergangenen Nacht einen Befreiungsversuch gemacht hätten und erst nach langem und hartnäckigem Widerstande von der Wachmannschaft überwunden worden wären. Dabei wären mehrere getödtet worden, einigen sei die Flucht geglückt.

Der Oberst Meza sah an diesem Tage wiederholt nach einer goldenen Uhr, um die Tageszeit zu wissen, nach einer Uhr, die niemand vorher bei ihm bemerkt hatte. Der Oberleutnant trug ein paar schöne goldene Manschettenknöpfe und der Unterleutnant trug sich mit einem goldenen Stahlfederhalter herum, obwohl es bekannt war, daß seine Schreibekünste nicht sonderlicher Art waren.

Die schmerzgebeugte Wittve des Advokaten erhielt am selben Tage den Leichnam ihres Gatten ausgehändigt. Es erschien zu diesem Zwecke der Präsident in Person und wollte einige tröstende Worte an sie richten, aber die unglückliche Frau fiel ihm ins Wort:

„Schweigen Sie, Sie Heuler... reden Sie kein Wort... verflucht soll dieses mein Vaterland sein, und verflucht soll ich selber sein, wenn ich noch einen Tag in diesem Lande verweile... verflucht seien Sie selbst und alle, die dies Land bewohnen.“

### Gefängnisarbeit.

Mit Recht wird das Gefängniswesen als ein Gebiet bezeichnet, auf welchem Willkür und Rechtslosigkeit am allermeisten zu finden sind und welches daher sehr dringend einer weitgehenden gesetzlichen Regelung, wie auch gründlicher Reformen bedarf. Nicht allein im Interesse der Strafgefangenen, sondern auch im Hinblick auf das Erwerbsleben. Und hierbei lenkt namentlich die Gefängnisarbeit mit ihren schädlichen Folgen für das Berufsleben die meiste Aufmerksamkeit auf sich; immer stärker werden die Klagen über die Konkurrenz der Beschäftigung der Strafgefangenen, insbesondere über die Art dieser Beschäftigung.

Zunächst ist festzustellen, daß die allgemeine Unzufriedenheit sich nicht gegen die Beschäftigung der Strafgefangenen an sich, gegen den für gewisse Kategorien bestehenden Arbeitszwang richtet, sondern meist gegen die Art und Weise der Ausübung dieser Arbeitskräfte. Weniger die Zwangsarbeit, als vielmehr die kapitalistische Zwangsarbeit wird belächelt, und die Reformvorschläge fordern nicht geradezu eine Beseitigung der Gefängnisarbeit, wohl aber eine Beseitigung der Waarenproduktion und der Privat-Dienstleistungen seitens Strafgefangener.

Bei einzelnen Strafanstalten werden die Insassen weniger beschäftigt, d. h. durch Arbeit erzogen, als vielmehr finanziell ausgenutzt, ja oft genug geradezu verkauft an Privatunternehmer. Welche Gründe werden hervorgerufen, wenn die Direktoren von Strafanstalten öffentlich in der Tagespresse die unbeschäftigten Gefangenen ausbieten und dem Weisgebote den Zuschlag zusichern, wenn sie die Billigkeit und sonstigen Vorzüge derselben anpreisen, wie der Gefangenwaller seine lebende Waare?

Ueber den Umfang der Gefängnisarbeit liegt nur wenig Material vor. Nach einem amtlichen Aufweis für 1891/92 betrug die Zahl der in 50 (dem Ministerium des Innern unterstellten) Strafanstalten Preussens detinirten beschäftigten Strafgefangenen im täglichen Durchschnitt 24 480 Köpfe, davon unbeschäftigt (wegen Krankheit, Mangel an Arbeit etc.) 6 42 pCt. Es kamen auf die einzelnen Gruppen der Beschäftigung: a) für den eigenen Bedarf der Anstalt (im täglichen Durchschnitt) 5 235 Köpfe mit 1 619 423 Arbeitstagen; b) für eigene Rechnung der Anstalt zum Verlaufe 437 Köpfe mit 1 44 474 Arbeitstagen; c) für dritte Personen gegen Lohn 17 109 Köpfe mit 5 196 099 Arbeitstagen, hiervon 16 699 Köpfe mit Industrie- und 410 Köpfe mit landwirtschaftlichen und Tagelöhner-Arbeiten. Aus dieser Gruppe wurden direkt für Reichs- oder Staatsarbeiten beschäftigt 551 Personen, also ca. 3,4 pCt. dieser Gruppe oder 2,5 pCt. aller Gefangenen.

Auch über den Arbeitsverdienst der Strafgefangenen dringt wenig an die Öffentlichkeit. Nur preussische Berichte bringen einigen Aufschluß, wonach der Netto-Arbeitsverdienst aller Gefangenen mit Arbeitszwang 1891/92 2 827 288 Mark betrug. Es wurde hierbei ein Lohn-Reinertrag pro Kopf und Detentionsstag von 51,9 Pf. und pro Kopf und Arbeitstag von 41,1 Pf. berechnet. Für diese geringe Summe also werden die Strafgefangenen ausgebeutet. Dieser Arbeitsverdienst ist aber nicht der Arbeitsverdienst des Gefangenen, sondern geht zunächst einer großen Zehelung entgegen, wobei der Gefangene selbst nur bis zu einem Drittel erhalten soll; ein Sechstel wird zur Remuneration für die beim Arbeitsverdienst „thätig“ gewesenen Gefängnisbeamten verwendet und der Restbetrag (drei Sechstel), sowie alle dem Gefangenen wegen Strafen etc. vorenthaltenen

Sie ließ die Leiche einsargen und nahm sie am nächsten Tage auf dem nach Argentinien gehenden Paketboot mit in die Fremde, wo sie ihn bestattete. Sie ist selber nie wieder nach ihrem Vaterlande zurückgekehrt.

Juan Reguerra, der so glücklich entkommen war, konnte aber seinem Schicksal ebensovienig entgehen. Er war zwar nach dem Chaco entkommen, wo er den Kommandanten der kleinen Truppe, die zum Schutze gegen die Indianer in Nika Doyes steht, aufsuchte, der ein alter Bekannter von ihm war, und von dem er annahm, daß er ihn nicht verrathen würde. Der Kommandant nahm ihn allerdings mit einiger Verlegenheit auf, berichtete aber im geheimen an die Regierung. Man weiß nicht, ob man sich dort vor einem Skandal fürchtete, wenn der Entkommene sein Abenteuer erzählen sollte; soviel steht fest, daß Reguerra wenige Tage darauf an der Mittagstafel des Kommandanten unter den Zeichen der heftigsten Vergiftung ganz plötzlich starb.

Wald darauf heirathete Fran Concepcion den General Caballero und die Hochzeit war sehr groß und viel besucht.

Am 25. November 1878 ging die zeitige Regierungsperiode zu Ende. Der Kesse Gill's, Higinio Uriarte, trat ab, und man wählte einen homo novus, Herrn Candido Barreiro, zum Präsidenten. Diese Wahl geschah auf Betreiben des Apothekers und mit Zustimmung Caballero's, die wohl noch eine geheime Besorgnis vor dem Einflusse des alten Rivarola hegten. Doch war als ziemlich absoluter Alleinherrscher schon jetzt der General zu betrachten. Barreiro war ein ruhiger stiller Mann, der alles gutwillig that, was man ihn hieß. Von der bekannten Apotheke aus leiteten ihr Inhaber und der General, der mittlerweile Geschmack und Geschick bei der Sache bekam, das kleine Land nach ihrem Einflusse und die neue Aera, die Caballero anfang zu inauguliren, war vielversprechend für die Zukunft.

oder von ihnen nicht erhobenen Verdienstantheile werden vom allgemeinen Staatsfonds eingezogen. Das ist also schließlich der Betrag, für den die Gefangenen nicht etwa bloß beschäftigt, sondern (zu zwei Drittel ausschließlich) der industriellen Ausbeutung überliefert werden. Sie arbeiten dafür vielfach auf Stück, unter strengster Beaufsichtigung und Antriebe, und unter der Herrschaft des unbedingten Schweißgebots. Und bis jetzt erhalten sie bei etwaiger Verunglückung nicht einmal eine Entschädigung oder Rente.

Der Umstand, daß über 2/3 der Strafgefangenen mit Arbeitszwang mit den freien Erwerbsberufen in Konkurrenz treten, hat deshalb eine allgemeine Bewegung gegen die Gefängnisarbeit hervorgerufen, die auch verschiedene in- und ausländische Regierungen zu einzelnen Reformen drängte. Hierbei gehören die Beschäftigung der Strafanstalten mit Staats- und Regierungsaufträgen, das Verbot falscher Waarenbezeichnungen, die Unterstellung der Strafanstaltsproduktion unter die Gewerbeaufsicht, und die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Strafgefangenen. Das sind aber nur schwache Fortschritte, die keineswegs dem entsprechen, was die öffentliche Meinung schon seit Jahrzehnten laut genug fordert.

Unbedingt nöthig ist bei einer Reform der Gefängnisarbeit die Beseitigung der Waarenproduktion in Strafanstalten, gleichviel ob in eigener Regie oder auf Rechnung von Gewerbetreibenden eingerichtet. Der Waarenmarkt ist das hauptsächlichste Feld, wo die Gefängnisarbeit mit den Produkten des freien Erwerbs kollidirt. Der Handwerker steht sich in seinen Interessen geschädigt, wenn er selbst mit den einfachsten Handwerksprodukten von der Strafanstaltsarbeit aus dem Felde geschlagen wird; der Arbeiter fürchtet mit Recht eine Reduktion der Löhne durch die billige Justizhaus-Arbeit, deren Wohlfeilheit oft genug dem Unternehmertum eine Waffe gegen höhere Lohnforderungen in die Hände liefert. Bei beiden kommen aber auch ethische Momente in Betracht; es handelt sich hier gleichzeitig um einen Kampf für die Freiheit und die Rechte der Arbeit. Eine Reihe von Rechten nach Jahrzehnte langen Kämpfen erungen worden, um die Interessen der Arbeiter zu schützen, und der allzu großen Ausbeutung entgegen zu treten, unter denen namentlich das Koalitionsrecht den Arbeitern das werthvollste ist. Mit unerschütterlicher Zähigkeit halten sie an diesen Rechten fest und erlämpfen sie täglich von neuem, wo sie angefaßt werden. Der Kampf um ihre Rechte ist ihnen der Kampf um die Zukunft. Mit um so größerer Erbitterung muß es sie daher erfüllen, wenn man jene unfreien, dem blinden Gehorsam unterworfenen Arbeiter gegen sie in Bewegung setzt, um ihnen den Erwerb zu schmälern, um ihren Widerstand zu brechen. Würde doch oft genug, wenn Arbeiter in Fabriken gestreikt hatten, während oder nach dem Ausstand ein Theil der Arbeiten in die Gefängnisse verlegt.

Die Aufgabe des Staates muß es sein, den Strafgefangenen einen anderen Wirkungskreis zu geben, wo sie nicht mehr die Interessensphäre der freien Arbeit benachtheiligen. Dieser Wirkungskreis mag die Massenerzeugung des Staats- bezw. Regierung- und des Armeebedarfs sein. Vorerst sind aber die Gefangenen mehr denn bisher zur Herstellung des Anhaltsbedarfs selbst heranzuziehen, nicht bloß des lokalen, sondern des Bedarfs aller gleichartigen Anstalten des Reiches, nach dem Prinzip der Arbeitsteilung, d. h. der Vertheilung des Gesamtbedarfs auf die einzelnen Anstalten. Nur sind zwar an solchen Staatslieferungen auch die freien Arbeiter und die Unternehmer interessiert, da durch solche Reformen der Erwerb geschmälert wird. Dies scheint aber das kleinere Uebel zu sein,

Higinio Uriarte reiste einige Zeit nach seinem Abtritt nach Buenos Aires, um dort einige Monate zu verbringen. Er besand sich gerade mit seiner Frau auf einem der Boulevards und musterte die großen Schaufenster, als auf einmal ein Mann auf ihn zukam, in dem er zu seinem Schrecken Niconor Goydon erkannte.

„Ich will Dich nicht tödten, General, aber ich will Dich hier öffentlich kennzeichnen als den Mörder meiner Freunde...“

Sprach's und hieb ihm einige Male mit seiner schweren Hand ins Gesicht, daß rothe Striemen auf der Wange des Angegriffenen ausliefen und der hohe Seidenzylinder, den er trug, weit auf die Straße rollte.

„Sie können, General, nicht früher aufsteigen,“ begann eines Tages der Apotheker in dem Staatszentrum der Apotheke, „bis wir diesen letzten Stein des Anstosches aus dem Wege geräumt haben... Sie wissen wohl, wen ich meine... Es ist der Alte in seinem Walddorf... So lange der dort noch sitzt, ist unsre Rechnung noch nicht vollkommen sicher und es kann uns ein Strich durch sie gezogen werden, ehe wir sie abschließen. Es wird allerdings schwer sein, den Alten herzukriegen; er ist ungemein misstrauisch und menschenscheu geworden durch die letzten Ereignisse; aber ohne das läßt sich nichts Rechtes anfangen... das werden Sie selber einsehen.“

„Nun“, meinte der General, strengen Sie Ihr Gehirn an... Sie pflegen doch sonst nie um Mittel verlegen zu sein.“

„Ich denke mir, daß wir ihn nur durch List fangen können und durch nichts weiter... wir müssen ihn möglichst behutsam anpacken... Mit Gewalt ist bei diesen groben Tabakbanern, die Stein und Bein auf ihren heiligen Rivarola schwören, nichts zu machen, und er geht von dort nicht heraus. Kommt noch dazu, daß er unverheirathet ist und nicht einmal eine Geliebte

namentlich wenn man bedauert, daß nicht alle Staatsaufträge durch Staatsanwaltschaften erledigt werden können. Vor allen Dingen wären auch im öffentlichen Interesse liegende Landes- und Kulturarbeiten ins Auge zu fassen. Manche kulturell wichtige Anlagen z. B. bleiben heute unausgeführt, weil die Kosten die Rentabilität in Frage stellen.

Daß mit der Beseitigung der Waarenproduktion auch die Dienstleistungen Gefangener für Dritte in Wegfall zu bringen sind, ist selbstverständlich. Eine weitere Notwendigkeit bildet der Erlaß einer für alle Bundesstaaten gemeinsamen Gefängnisordnung, zu der die Reichsgesetzgebung nach der Reichsverfassung kompetent ist. Der Reichstag hat sich schon des öfteren für diese Forderung ausgesprochen. Hierbei sind namentlich der Arbeitszwang, sowie die Art der Beschäftigung der Gefangenen, der Arbeitsverdienst, wie das Beschwerderecht einer neuen Regelung zu unterziehen. Wenn man den Gefangenen der Staatsgewalt „zur Besserung“ überliefert, so darf man ihm doch nicht alle Garantien des Rechts verweigern, sondern muß vielmehr bestrebt sein, gerade ihm das geringe Maß seines Rechts sicher zu stellen.

Neben der Beseitigung der Waarenproduktion und der Privatdienste durch Gefangene, harzt noch eine lange Reihe von sozialpolitischen Forderungen auf dem Gebiete des Gefängniswesens und der Gefängnisarbeit der Erfüllung. Als solche seien hier nur genannt: Beseitigung der Alfordarbeit und der Beamtenmilitär, die Statuierung des Arbeitszwanges lediglich durch Gesetz und Nichterspruch, die Festsetzung eines Maximalarbeitstages für die Gefangenen und eines Normallohnes, Sicherstellung des Beschwerderechts, die Abschaffung der Prügelstrafe aus den Gefängnisdisziplinen, die Fürsorge für bedürftige Entlassene z. z. Vieleicht wird die Verabreichung des Gesehntwurfs zur Bekämpfung des „unlauteren Wettbewerbs“, die dem Reichstage bevorzucht, Gelegenheit bieten, auch auf die Gefängnisarbeit etwas näher einzugehen und ein ernstes Wort in dieser Sache zu reden.

## Die Bergwerks-Katastrophen in Oesterreich.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus stellte der Montan-Ausschuß folgenden Dringlichkeitsantrag, der sofort in Beratung gezogen wurde:

I. Das Haus wolle sofort in die erste Lesung des Antrages des Abgeordneten Dr. Wänreither betreffs Bestellung von Bergbau-Inspektoren eingehen und denselben dem Montan-Ausschuß mit dem Auftrage zuweisen, hierüber binnen längstens drei Wochen Bericht zu erstatten.

II. Der Ackerbauminister wird aufgefordert:

1. eine Spezialkommission zur Untersuchung der Betriebs-Verhältnisse des Bergbaues in dem mährisch-schlesischen Kohlenrevier, insbesondere zur Untersuchung der für das Leben und die Sicherheit der dort beschäftigten Personen gefährlichen Eigenschaften der dortigen Kohle einzusetzen, und

2. in diese Kommission neben Beamten seines Ressorts auch unbeteiligte montanistische Fachmänner sowie Betriebsamte des dortigen Reviers zu berufen und dieselben zu beauftragen, an Ort und Stelle die notwendigen Erhebungen zu veranlassen;

3. auf Grund dieser Erhebungen die für dieses Kohlenrevier geltenden Betriebsvorschriften einer Prüfung zu unterziehen und darauf zu ergänzen, daß dadurch die Sicherheit des Betriebes so viel als möglich hergestellt wird;

4. das Ergebnis der kommissionellen Erhebungen sowie die getroffenen Verfügungen dem Reichsrathe längstens binnen drei Monaten bekannt zu geben.

III. Die Regierung wird angefleht, der großen Gefahren, welche mit fehlerhaften Handlungen in Bergwerken verbunden sind, aufzufordern, sich über eine speziell strafrechtliche Bestimmung in dieser Hinsicht schlüssig zu machen und im Hause eine Novelle zu diesem Zwecke einzubringen.

Der Berichterstatter Dr. Wänreither erklärt namens des Montan-Ausschusses, dieser habe aus dem ganzen Komplex von Anträgen, welche ihm zugewiesen sind, die in den vorliegenden Anträgen berührten Fragen hervorgehoben, welche besonders dringlich seien. Die Einrichtung von Bergbau-Inspektoren erfülle ein allgemein anerkanntes Bedürfnis. Der Ausschuss

hat. Sie wissen, daß man häufig genug den Hebel an solchen ganz unscheinbaren Vorsprüngen ansehen kann. Er trinkt auch nicht. Der fatale Mensch hat, kurz gesagt, kein einziges Laster, wenn es nicht seine grenzenlose Leichtgläubigkeit und sein sogenannter Patriotismus ist. Ich schmeichle mir, ein wenig Politiker zu sein, wenigstens soviel ich für meinen Hausgebrauch nötig habe. Und angesichts meiner politischen Erfahrung will ich meinen, daß dieser letztere Punkt die einzige wunde Stelle ist, an der wir diesen Menschen mit Erfolg kugeln können. Er hat außerdem noch die Schwachheit, die Mitmenschen für besser zu halten, als sie sind. . . . Warten Sie die nächste Deputiertenversammlung ab, dann wollen wir die Sache einädeln. . . .

Der brave Apotheker hatte trotz seiner auffälligen Verdienste um das Wohl seines Vaterlandes noch immer keine hohe Stufe auf der politischen Leiter erklommen. Man hatte ihm alles mögliche angeboten; aber er hatte es stets konsequent ausgeschlagen; er beharrte bei der löblichen Gesinnung, ein bescheidenere und stiller Arbeiter bleiben zu wollen. Selbst Deputierter wollte er nicht mehr werden bei der letzten Wahl und sein Freund, der General, hatte ihn beinahe mit Gewalt zur Annahme einer solchen Stelle zwingen müssen.

Am nächsten Sitzungstage erbat er, der meist wenig in dieser Versammlung redete, das Wort und hielt eine lange Rede.

„Meine Herren,“ sagte er, „ich bin heute eigentlich nicht dazu erschienen, um hier in meiner Eigenschaft als Abgeordneter zu sprechen, ich komme vielmehr als Bürger und Sohn unserer gemeinsamen Mutter des Vaterlandes und beabsichtige, bei Ihnen ähnliche Saiten ertönen zu lassen, als die, die in meinem Herzen im Geheimen erklingen. Ich gebe mich auch der Hoffnung hin, daß dieser Klang einen Nachhall in Vaterlande und bei unserer hohen Regierung hervorrufen wird. Ich hoffe es mit Sicherheit; ja, ich mag es von vornherein für fest halten, daß dem so sein wird; denn ich bin der Ueberzeugung, daß die Worte, welche heute mein Mund gebiert, in Gedanken schon in tausenden von paraguayischen Herzen schlummern. Ich beglückwünsche mich selber dafür, daß es mir vergönnt ist, an dieser Stätte der erste zu sein, welcher mit seinen schwachen Kräften einen geringen Impuls in dieser Richtung geben kann, die dem noblen Charakter unserer Mitbürger angeboren und im Keime eingepflanzt ist. . . . ich meine, meine Herren, den Sinn für gegenfeitige politische Zudung und Achtung und schnelles Vergessen von etwa früher vorhandenen Gegenständen. Und solche Gegenstände sind bei uns vorhanden, und sind es gewesen und müssen nach meiner Ueberzeugung auch sein. Sie erzeugen in wechselseitiger Reibung, wie der Stahl am Stein den Funken, so hier den stetigen Fortschritt; wenn auch mancher

war ferner mit Rücksicht auf die mehrfach hinter einander erfolgte Unglücksfälle im mährisch-schlesischen Kohlenrevier der Ansicht, daß eine spezielle Untersuchung der dortigen Verhältnisse notwendig sei. Endlich hat der Ausschuss auch einem mehrfachen Verlangen nachgegeben und die Regierung aufgefordert, jene strafrechtlichen Bestimmungen einer Revision zu unterziehen, welche sich mit der groben Fahrlässigkeit beschäftigen, die leider häufig in den gefährlichen Bergbaubetrieben vorkomme. Der Berichterstatter bittet demnach, die Anträge des Montan-Ausschusses dringlich zu behandeln.

Am bemerkenswertesten unter den bei Beratung dieses Antrages gehaltenen Reden waren die Ausführungen des Abg. Fernerstorfer, aus denen wir die folgenden Stellen wiedergeben:

Oesterreich ist ein unglückliches Land, in welchem erst dann etwas Besseres geschieht, wenn namenloses Unglück vorgegangen ist. Nicht viele Wochen mehr, und es fährt sich der Tag der Schrecken von Hallenau und Ostrau, in welchen die österreichische Gendarmerie und das Militär sich so große Lorbeeren erworben hat. (Abgeordneter Dr. Kronawetter: Sie haben auch Medaillen dafür bekommen!) Das Haupthindernis in der Thätigkeit in bezug auf die Bergwerksfrage ist der Mann, der an der Spitze der Verwaltung steht, der Ackerbauminister, der den größten Widerstand entgegensetzt, wo es sich darum handelt, in diese ungeordneten Verhältnisse Ordnung zu bringen. Es ist selbstverständlich, daß ein Mann, der sich öffentlich in diesem Hause zu sagen getraut hat, die Lage der Bergarbeiter sei eine verhältnismäßig ganz gute, dadurch seine gänzliche Disqualifikation zur Führung dieser Angelegenheiten bewiesen hat, und daß von einem solchen Manne, wenn er sich auch sonst mit dem Evangelium drapiert, nicht zu erwarten ist, daß er etwas Erhebliches für die Besserung der Lage der Bergarbeiter thun werde. Dr. Kalz hat an das christliche Gefühl des Hauses appelliert. Es ist bekannt, daß insbesondere der Ackerbauminister im Christentum sozusagen Fachmann ist. Solche Ereignisse aber, wie diese, deren Gründe viel tiefer liegen als in reinen Zufälligkeiten, sind ein Beweis dafür, daß wir weit davon entfernt sind, irgendwie im öffentlichen Leben, besonders aber dann, wenn es sich um Profite handelt, den Geist des Christentums walten zu lassen, sondern da werden wir beherrscht von dem Geiste der Bestialität. Doch ein solcher Antrag, wie der des Abgeordneten Wänreither über die Bergbau-Inspektoren, überhaupt so lange liegen bleiben konnte, ist eine Schande für dieses Parlament. Ich bin dem Montan-Ausschuß dafür dankbar, daß er sich aus eigenem Antrieb entschlossen hat, heute den Antrag zu stellen und sich selbst eine Frist zu setzen. Nur möchte ich bei dieser Gelegenheit höchstlich gebeten haben, diese Frist auch einzubehalten. Sie ist ohnehin viel länger, als sie aussieht; denn durch eine Frist von drei Wochen können wir in die Hiern hinein. Es werden also vier und fünf Wochen daraus. Auch nimmt es das Haus mit den Fristen nicht so genau. Mit der Einsetzung einer Untersuchungskommission erklärt sich Redner einverstanden.

Hätten wir schon eine Wahlreform, durch welche die Leute ihre Vertrauensmänner hier hätten, so hätte der Montan-Ausschuß nicht so lange geschlossen. Die idyllischen Zustände des heutigen Parlamentes wären dann endgiltig vorbei. Eine Besserung der materiellen Lage werden Sie niemals mit all Ihrem gesättigten Wohl, wollen diesen unteren Klassen gewähren, so lange nicht die Verrücktheit ihrer politischen Wünsche vorgeht. Graf Sclva Larouca meinte, die Sache komme spät, aber nicht zu spät. Für die fünfzig Toten ist es wirklich zu spät.

Möglich wäre es immerhin gewesen, daß bei gewissen Vorkehrungen diese fünfzig getötet worden wären: wenn zum Beispiel die gesetzlichen Bestimmungen über gewisse Kontrollen beim Einschalen in die Schachte beständen. Eine Version über die Ursachen des Unglücks geht auch dahin, daß Leute mit schlecht funktionierenden Lampen zu den Beamten gegangen seien und gesagt hätten, es scheine etwas nicht in Ordnung zu sein. Die Beamten hätten die Sache geprüft und gesagt: Ja, es ist etwas nicht in Ordnung. Aber weiter sei nichts geschehen, und die Leute mühten mit diesen schlecht funktionierenden Lampen in die Grube hinein. Wenn das erwiesen wäre, so wäre es ein außerordentlich wichtiges Moment, und die Leute könnten auch nach dem gegenwärtigen Strafgesetze gefast werden. Die Fähigkeit des Parlamentes, solche Ereignisse absolut zu verhindern, ist allerdings eine geringe, aber die Möglichkeit hierzu

Einzelne dabei leidet und schwer leidet. Ueber das Interesse des Allgemeinen geht nichts und das Interesse der einzelnen Personen kommt dabei erst in zweiter Linie. Ueber Ruinen erhebt sich die schönere Zukunft. Mit Thränen in den Augen erinnern wir uns, meine verehrten Mitbürger, unserer Ahnen, die oft genug ihr Leben opferten für das Wohl ihres Landes; mit bitterem Schmerz des hinter uns liegenden Krieges. Keinen von uns wird es geben, den diese bitteren und doch süßen Erinnerungen nicht reich stimmen sollten, Sachen zu vergessen, die jüngeren Datums sind, und die nicht, wie damals, fast die ganze Nation, sondern nur einzelne Personen und einzelne Familien betroffen haben. Meine Herren, an frischen Gräbern wollen wir die reinsten Gelübde für die Zukunft schwören! Sie werden schon ahnen, worauf ich hinaus will. Acht Jahre lang hat ein innerer stiller Krieg unser Vaterland verheert, der ab und zu zu einer hellen Flamme aus der glimmenden Asche emporstammte. Ich will nicht in Einzelheiten eingehen; ein jeder von Ihnen weiß, was ich meine. Ueber den Gräbern der Leute, die ich will es nicht behaupten, für eine gerechte oder eine ungerechte Sache gefallen sind, sproßt noch blutig das Gras. Einigen wir uns, meine Brüder, über diesen frischen Gräbern und reichen wir uns die Hände zur einträchtigen Arbeit. . . .

Bei dieser Phase der schwulstigen Rede erhob sich unter den Abgeordneten eine große Aufregung. Man schrie „Viva“ und auch die Zuhörer unter dem Publikum stimmten mit ein. Man eilte auf den Redner zu, schloß ihn in die Arme und schüttelte seine Hände.

„Lassen Sie mich fortfahren, meine Herren; mit Thränen der Freude in den Augen,“ und er bemühte sich einige nicht vorhandene Thränen wegzuwischen, „kann ich wieder einmal feststellen, daß das Gemüth des Paraguayers edel und gut ist. Ich danke Ihnen, meine Herren, für die Begeisterung, mit der Sie meine schlichten Worte aufgenommen haben und lassen Sie mich zum Schluß eine Person gedenken. In den Wäldern unserer Republik verirrt sich in der Person eines schlichten Bauern ein Staatsmann ersten Ranges, unser unergreiflicher erster Präsident Rivarola. Mag er damals gefehlt haben oder nicht; wir sind heute nicht dazu hier, eine Diskussion darüber anzustellen, wo die edelsten und menschlichsten Regungen in unserer Seele erwachen; jedenfalls bin ich der Meinung, daß er bei dem friedlichen Kampfe, der sich jetzt zum Wohle unserer Nation entzünden muß, ungenutzt behrt werden wird, daß sein Fernbleiben eine schmerzliche Lücke verurteilt. Ein so befähigter und edler Mann, der, wenn er wirklich fehlte, nur allgemeinen menschlichen Regungen nachgab, sollte dauernd dem neuen politischen Leben fern bleiben? Nein, das ist undenkbar. Ich sehe aus der Begeisterung, die aus Ihren Angesichtern herausschleucht,

wäre vorhanden, wenn in diesem Parlamente der Geist der Solidarität oder gar des Christentums, wie man manchmal sagt, herrschen würde. Im Parlament regieren aber die reichen Leute, die Großgrundbesitzer, der große Fendaladel, die Leute, die das viele Geld haben. Wir stehen unter dem Druck dieser Mächte, und dieselben sehen gar genau auf den Profit, weil darauf ihre ganze Macht beruht. So lange wir daher in Zuständen leben, in welchen der Profit das Maßgebende ist, der Gott unserer Gesellschaft, ist der einzige, der keine anderen Götter neben sich duldet, so lange wird man allerdings solche Unglücksfälle im größten Maßstabe nicht verhindern können, sondern diese werden immer größer und entsetzlicher werden. Mit der Verschärfung der strafrechtlichen Bestimmungen bezüglich der Nachlässigkeit der Arbeiter ebenso wie der Unternehmer glaubt man den Grundsatz der Gleichberechtigung durchgeführt zu haben. Es ist aber keine Gleichberechtigung, wenn man den Arbeiter ebenso straft wie den Unternehmer. Gerade in den fraglichen Gegenden ist die Klasse der Arbeiter eine intellektuell sehr tiefstehende; ferner sind Leute, welche sich immer in der Gefahr bewegen, von vornherein geneigt, Gefahren geringer zu schätzen, und endlich kommt es auch vor, daß man beschwerden der Leute über Mängel in der Grube oder an den Maschinen nicht gern hört. Deshalb kann es geschehen, daß diese Leute, um deren Existenz sich handelt, solche Beschwerden unterlassen und manchem vielleicht einen gefährlichen Umstand verschweigen. Gewiß soll man sie bestrafen, den Unternehmer aber soll man ordentlich bestrafen. Woher wird denn der Mann reich? Wenn die Bergarbeiter sich einmal entschließen — theoretisch kann man sich das ja vorstellen — fortzugehen, — selber, meine Herren Grundbesitzer, mit dem, was Sie durch Ihre Arbeit aus der Grube herausbringen würden, hätten Sie nicht genug, sich den Winter über Ihr Zimmer zu heizen. Die Unternehmer sind keine so notwendige Gesellschaftsklasse, wie Sie glauben. Sie sollen wenigstens den moralischen Antrieb haben, ihre Leute, die sich in so entsetzlicher Arbeit abmühen, materiell so zu stellen, daß keine Klage darüber erhoben werden kann, vor allem aber dafür zu sorgen, daß nicht auf ihren Häuptern die moralische Verantwortung für so viele Tode liegt. Wenn ich eine solche Grube besäße, und mir passierte es, daß hunderte von Leuten zu grunde gehen, ich könnte es nicht ertragen. Ich bin jedenfalls etwas roher konstrukt. Warum sind Sie heute mit dem Antrage gekommen? Wenn Sie nicht gescheit hätten, daß wieder in dem Hause unliebsame Debatten hervorgerufen werden, ich fürchte beinahe. Sie hätten noch gewartet. Was bedeutet für Sie der Tod von tausend oder hunderten von Proletariern! (Starker Widerspruch und Rufe der Entrüstung. — Abgeordneter Dr. Bauer: Das ist eine Inpertinenz.) Es ist ja gut für Sie, wenn Sie dieses lebhaft Gefühl haben. Ich zweifle daran. (Neuerliche Rufe der Entrüstung.) Sie können ja an mir auch alles bezweifeln. In diesen Dingen sind für mich die Thatsachen maßgebend. Der Arbeiterbevölkerung von Mährisch-Schraun und jenen Gegenden gegenüber ist es sehr leicht und ungefährlich, gar nichts zu thun. Von der ganzen Bergbau-Bevölkerung Oesterreichs ist die Bevölkerung dieses Theiles die am tiefsten stehende, die intellektuell gedrückteste und materiell am meisten zurückgebliebene. Das ist auch ein Umstand, der zu denken giebt; die Schätze, die aus dem Gebiete gehoben werden, sind unermeßlich, und die Leute, die sie erarbeiten, sind physisch und intellektuell verelendet. Sie können keine größere Anklage für sich und Ihre Gesellschaft finden, als diese einzige Thatsache. Die Leute leben im Schmutz, im physischen, geistigen und natürlich häufig auch im moralischen; das hängt alles zusammen. Der kümmerlich aber um die Leute, wer ist ein Segen für sie? Die hohe Regierung? Die verehrten Unternehmer? Nein! Ein Segen für diese Leute sind die sogenannten Heher, welche hingehen und ihnen sagen: „Wacht doch aus eurem dumpfen Schlafe auf! Ihr seid Menschen und habt dieselbe Bestimmung, wie eure hochgeborenen Unternehmer, die euch ausbeuten! Wacht es euch nicht gefallen, organisiert euch, werdet eine Macht gegenüber diesen Mächten!“

Beilen Sie sich also mit Thaten, schaffen Sie eine gründliche Reform des ganzen Bergwesens, insbesondere des Kassensystems, eine neuerliche Reform des Verberladensystems (Zustimmung auf der anhersten Einlen und bei den Junggehehen), durch das die Leute so furchtbar hintergangen worden

meine Herren, daß Sie mit mir übereinstimmen. Lassen Sie uns deshalb einmütig die Regierung auffordern, daß sie Cirilo Rivarola wieder in die Reihen der um die Staatsmaschinen geschäftigen Diener einfügt und ihm einen seiner Vaterlands liebe und seinen hohen Fähigkeiten würdigen Posten anweist. Es gilt eine patriotische That zu vollbringen und die Mienen mancher im heißen Kampfe Gefallenen damit zu süßen.

Ich habe gesprochen.“

Des Apothekers bombastische Rede fand die allgemeinste Billigung. Man beschloß, die Regierung schleunigst aufzufordern, eine allgemeine Amnestie für alle vergangenen politischen Vergehen zu erlassen und vor allen Dingen den früheren Präsidenten Rivarola zu ersuchen, seine bewährte und oft erprobte Thakraft und Erfahrung wieder für das Wohl der Republik zur Verfügung zu stellen.

Die Regierung konnte natürlich nicht umhin, dieser spontane und einmütig kundgegebene Willensäußerung ihrer Volksvertretung Folge zu leisten und wenige Tage darauf ging eine Deputation angeführter Senatoren und Deputierten nach Barrero Grande, um Rivarola aufzufordern, geschehene Dinge zu vergessen und nach Asuncion zurückzukehren, wo man seiner mit Kengstlichkeit harre. Der Expräsident, zu dessen Fehlern wirklich eine übermäßige Leichtgläubigkeit gehörte, und der jetzt, nachdem seine früheren Gefährten theils todt, theils in der Fremde waren, ziemlich isolirt stand, ließ sich, obwohl er den perfiden Charakter seiner Landsleute kennen mußte, wirklich über die Beweggründe, die diese Komödie verurteilt hatten, täuschen. Er fiel dem Wortführer weinend um den Hals statt aller Antwort. Er glaubte wirklich, daß das Blut seiner Freunde nicht nutzlos vergossen sei, und daß es beginne, seine Früchte zu zeitigen. So ging auch er hin, der letzte brave Paraguayer. Er versprach in Bälde in Asuncion zu erscheinen. Man drängte ihn die Deputation zu begleiten. Aber er weigerte sich entschieden, das zu thun. Er wollte allein als simpler Bürger kommen. Sollte man für ihn irgend etwas übrig haben, einen Platz, wo er der Nation nützlich sein könnte, so würde er ihn mit Freuden besetzen. Er ritt nach einigen Tagen allein nach der Hauptstadt und bezog sein altes Haus, aus dem er einst als Weib verkleidet geflohen war. Aber es fehlte ihm jetzt sein Freund Godon, der ihm früher schützend zur Seite gestanden hatte. Man sprach davon, daß er den ersten vakanten Ministerposten erhalten werde. Die Vertretung und das Regierungspersonal gab ihm zu Ehren ein großes Bankett. Der General fiel ihm an der offenen Tafel um den Hals, und der Präsident erklärte, daß dieses der feierlichste Augenblick seines Lebens sei.

(Schluß folgt.)

find, und wenn Sie diese Thaten vollbracht haben, dann murren Sie, wenn man Ihnen Vorwürfe macht. So lange aber diese Vorwürfe in den Thaten begründet sind, müssen Sie sie ruhig hinnehmen und können höchstens das eine sagen: Wir strecken, daß wir uns bessern werden. Dieses Versprechen haben Sie zum Theil heute schon dadurch abgegeben, daß Sie die Dringlichkeit beschlossen haben. Ich zweifle nicht, daß Sie auch den meritorischen Anträgen zustimmen werden. Aber geben Sie sich nicht der Täuschung hin, daß damit endgiltig die Sache erledigt ist, und daß Sie nicht immer von neuem daran werden gemahnt werden, daß die heutigen ökonomischen Verhältnisse absolut unhaltbar sind, und daß man aus ihnen nicht mit irgendwelchem Flickwerk herauskommen kann. Diese entsetzlichen Zustände können nur einigermaßen gemildert und abgemildert werden durch grundlegende Reformen, die in der Regel freilich von Leuten beantragt und vertheidigt werden, welche Sie für Umstürzler halten, weil sie ein Gebäude herstellen wollen, in dem es sich lohnt zu leben, während Sie noch immer dieses brüchliche Gebäude, in dem wir wohnen, durchaus nicht von Grund aus umarbeiten wollen, sondern immer nur jeweils einmal irgend einen Balken hinstellen, um eine stinkende Mauer zu stützen. Seien Sie sich vollständig Ihrer großen Verantwortung bewußt und legen Sie kein geringeres Gewicht dem Umstande bei, daß wir in Oesterreich auch schon eine große, organisierte Arbeiterpartei haben, der bis heute noch zum kleinsten Theile die Arbeiterbevölkerung der Berggebiete angehört; unschreibbar aber wird der Zeitpunkt kommen, wo auch alle die Leute, die in diesem gefährlichen Betriebe beschäftigt sind, dieser Organisation angehören, und von diesem Augenblicke an wird — wenn auch die politischen Rechte nicht erschaffen sind — Ihr ruhiges und beschauliches Leben ein Ende haben. (Bravo-Rufe.)

## Politische Uebersicht.

Berlin, 22. März.

Der Reichstag erledigte heute die zweite Lesung des Postetats ohne erwähnenswerthe Debatte. Das Haus war unter dem Eindruck des für morgen geplanten parlamentarischen Staatsstreiks, der allerdings nach und nach zu sehr bescheidenen Dimensionen zusammengeschrumpft ist. Man erwartete jeden Augenblick irgend einen Ueberfall seitens der nationalen Radaubröder. Es blieb aber ruhig. Erst nach Schluß der Sitzung weiterleuchtete es ein wenig, als Präsident von Lesechow die Sitzung für morgen festsetzte. Gegen die vorgeschlagene Tagesordnung (Fortsetzung des Etats) war nichts einzuwenden. Aber die Zeit! Der Reichstag beginnt sonst seit Beginn dieser Session regelmäßig um 1 Uhr. Heute schlug Herr v. Lesechow 2 Uhr vor.

Das hat etwas zu bedeuten, sagte sich jeder, und Graf Hompeich vom Zentrum beantragte sofort: Beginn um 1 Uhr! Das Abgeordnetenhaus, auf das der Präsident Rücksicht genommen, wird bis dahin fertig sein.

Es kam zur Abstimmung — und die Majorität erklärte sich für 1 Uhr. Und die Majorität bestand aus lauter „Reichsfeinden“. Die „Nationalen“ machten lange Gesichter, als seitens der Linken ihnen zugerufen ward: Das war die Probe-Abstimmung für morgen! Und das war's. Hinter dem Beginn der Sitzung um 2 Uhr stand nämlich die Berechnung, daß ein Theil der entfernt wohnenden Oppositionsleute, wenn es morgen über den Bismarck-Rummel zur Abstimmung kommt, schon abgereist sein werde.

So macht man nationale Politik. Und so fällt man dabei rein.

Als nächste Sitzung morgen 1 Uhr, mit der Tagesordnung: nach Friedrichsruh oder in den Papierkorb? Und Rest des Etats. —

Der „Antrag Kanitz“, der, wie wir gestern berichteten, im Staatsrath glänzend durchgefallen ist, soll nach mehreren Informationen, die der „National-Zeitung“ geworden, im Staatsrath nur sehr wenig Freunde gefunden haben. Nach der einen dieser Informationen wäre er gegen 4 Stimmen, nach der anderen gegen 16 Stimmen abgelehnt worden. Vielleicht erklärt sich diese Verschiedenheit der Angaben so, daß für den ursprünglichen Antrag Kanitz nur 4 Stimmen, für eine Modifikation desselben 16 Stimmen waren. Es nahmen etwa 50 Personen an den Verhandlungen Theil.

Die Agrarier sind, wie dies voranzusehen war, vorläufig einigermassen „zerschmettert“. Die „Deutsche Tageszeitung“, das Blatt des Bundes der Landwirthe, klagt:

Der Eindruck, den dieser Beschluß im Lande machen wird, muß der Größe der landwirthschaftlichen Nothlage entsprechen, und wir würden es verstehen, wenn jetzt wirklich dumpfe Verzweiflung sich unserer Bauern bemächtigte, die ihre letzte Hoffnung auf die Debung der Getreidepreise gesetzt haben.“

Aber im Laufe des heutigen Tages haben sich die Herren Bauerbündler schon etwas von dem Schrecken erholt, und in einem späteren Artikel desselben Blattes heißt es schon muthiger:

Zunächst ist noch nichts entschieden. Der Staatsrath ist keine gesetzgebende Behörde; seine Beschlüsse sind nur Anregungen für die Stellungnahme der Regierung. Ueber die gesetzgeberischen Maßnahmen werden Reichsregierung und Reichstag zu bestimmen haben. Für uns alle aber, die wir die Meinung des Staatsrathes nicht theilen können, ergibt sich aus der gegenwärtigen Lage die Nothwendigkeit, uns enger zusammenzuschließen, uns fester einzuarbeiten in den Boden unserer Ueberzeugung, der uns einen sicheren Halt giebt bei dem Wogen der öffentlichen Meinung, bei dem Wandel der Anschauungen anderer. Nicht einen Schritt können wir zurückweichen — nicht eine Linie abweichen von dem, was wir als Wahrheit erkannt haben! Wir werden weiter kämpfen mit gleicher Entschiedenheit, mit dem Frohmuth, den die Ueberzeugung gewährt, und uns nicht irre machen lassen durch Anschuldigungen und Verleumdungen, auf die wir gefast sind. Uns gehört die Zukunft! Tandem bona causa triumphat! Endlich siegt die gute Sache!“

„Stolz will ich den Spanier!“ Ob es aber etwas helfen wird, ist eine andere Frage. Uns scheinen dies nur schon gestrige, klingende Verlegenheitsphrasen. Der „Antrag Kanitz“ ist todt. Darüber hinweg hilft keine Rhetorik. Mit der Thatfache heißt es jetzt für die Agrarier sich abzufinden. —

Zur Wahl in Elsaß-Schmalzalen. Nunmehr liegt das amtlich ermittelte Resultat der Stichwahl vom 18. März vor. Der Ruppelpastor erhielt 9664 Stimmen, unser Kandidat Huhn 6797 und 62 Stimmen waren ungiltig. — Die „Staatsbürger Zeitung“, der es unangenehm ist, daß ihr Iskraut nur mit Hilfe der Nationalliberalen, Landwirthsbündler und — freisinnigen „Vollvertreter“ werden konnte, und die durch den antisemitischen Wahlsieg vollständig verrückt geworden zu sein scheint, sucht sich selber weiß zu machen, die freisinnigen Stimmen der Hauptwahl wären in der Stichwahl auf den Sozialdemokraten, und die sozialdemokratischen Stimmen der

Hauptwahl wären in der Stichwahl auf den Iskraut übergegangen. Daß die „Staatsbürger Zeitung“ es für anständiger hält, von Sozialdemokraten, als von Freisinnigen gewählt zu werden, mögen die Freisinnigen mit ihr ausmachen. Aber ein bißchen Logik muß man doch auch im größten Freudentaumel bewahren, — sonst sagen die Leute, man wäre übergeschnappt. —

Im Reichstag wird der Präsident sich morgen ermächtigen lassen, im Namen des Reichstags Bismarck zu dessen 80. Geburtstag zu gratulieren. Die Vertreter der unabhängigen Parteien werden kurze Erklärungen abgeben, daß und warum sie ihre Zustimmung nicht erteilen können, und sie werden eine Abstimmung herbeiführen. Die Opposition, wenn vollzählig, ist in starker Majorität. Die Erklärung unserer Fraktion wird von Singer vorgelesen. Kommt es zu einer Debatte, so wird natürlich gesagt, was zu sagen ist. Es scheint, die nationalen Radaubröder beabsichtigen einen Skandal. Das wäre der Gelegenheit ja sehr würdig. —

Antisemitischer Unfug. Der antisemitische Abgeordnete Bindewald hat im Reichstage am Freitag jedes Pult im Sitzungsaal mit einem Flugblatt belegt, welches, mit dem Bilde des Fürsten Bismarck geschmückt, Schmähungen gegen die Stadt Berlin und antisemitische Redensarten des Nationalheros enthielt. Der Bureaudirektor ließ die Flugblätter entfernen. —

Vindict der Zweite ist „schmerzlich berührt“, daß der Reichstag sich Bismarck am 1. April nicht zu Füßen wirft; er begreift natürlich nicht, daß es Menschen giebt, die Grundsätze haben, und Hausknechtsbehandlung nicht lieben. —

Ein Tag Ferien! Die „Berliner Korrespondenz“ meldet: Der Kultusminister hat mit Allerhöchster Ermächtigung bestimmt, daß aus Anlaß des 80. Geburtstages des Fürsten Bismarck, am Montag, den 1. April d. J., der Unterricht in allen Schulen ausfällt.

Wie werden sich die preussischen Staatsbürger unter 14 Jahren freuen!

Etiquettenfragen. Dieser Tage berechnete die Frankfurter Zeitung, wie viele Generale und wie viele tausende von Stabsoffizieren den sich auf viele Millionen beziffernden Pensionat belasten, die zum Theil pensionirt sind, weil es die — veraltete — Etiquette vorschreibt, bei Uebergehung seinen Abschied zu nehmen. Aber es giebt nach der „Volk-Zeitung“ noch viel unflüglichere Etiquettenfragen: Der kommandirende General des 6. Armeekorps in Breslau, ein Mann in den besten Jahren, der für besonders thätig gilt, Herr von Lewinsky ist vor einigen Wochen in Pension gegangen, was bei der allgemeinen Beliebtheit des Mannes Bedauern, aber zugleich — Erstaunen erregte. Wie man sich erzählt, ist der Grund eine — Etiquettenfrage. Nach preussischer Anschauung ist der „Kommandirende“, der vielleicht 30 000 Mann befehligt, der „Höchste“ in der Provinz; der Oberpräsident ist erst die zweite „Spitze“. Nun wollte es aber der Zufall, daß der neue Oberpräsident von Schlesien, Fürst Hafffeld, als „Durchlaucht“ (natürlich nicht in seiner Eigenschaft als Oberpräsident) dem Kommandirenden „über“ ist. Also mußte Herr v. Lewinsky nach „preussischer Tradition“ den Abschied nehmen! In der kurzen Zeit, bis der erbetene Abschied eintraf, rüfste Fürst Hafffeld, dessen Liebesswürdigkeit und Rücksicht allgemein anerkannt und gelobt wird, Kollisionen zu vermeiden. So ging er zu Kaisers Geburtstag auf seine Güter, damit der Kommandirende, denn dies ist eben „Tradition“, das Kaiserhoch beim Diner ausbringen konnte, was sonst ihm als Durchlaucht zugesallen wäre. Man sucht nun nach einem Kommandirenden, der auch sonst seinem Range nach dem Fürsten Hafffeld überlegen wäre. Daher die lange erörterte Frage, ob nicht der Erbprinz von Meiningen, königl. Hoheit, als General nach Breslau gehen solle. Da hier irgend ein Hinderungsgrund vorzuliegen scheint, nennt man jetzt den Prinzen Friedrich von Hohenzollern, den Kommandeur des 3. Armeekorps, als Nachfolger des Herrn v. Lewinsky. —

„Wer schreit hat unrecht,“ ist ein bekannter, schon von den alten Griechen ausgesprochener Erfahrungssatz. Wer die besseren Gründe hat in einem Streit, ist stets ruhig; wer aber dieses Bewußtsein nicht hat, der wird stets durch leidenschaftliche Festigkeit den Mangel an Logik zu ersetzen suchen. Unsere Agrarier würden das „Schreien“ nicht planmäßig betreiben, wenn sie überzeugt wären, ihre Ansprüche mit stichhaltigen Veranlassungen stützen zu können. Und der hysterisch-nerböse „Ton“, der jetzt bei allen sogenannten nationalen und konservativen Parteien Mode geworden ist, beweist aufs Klarste, daß diese Parteien an die Güte ihrer Sache nicht mehr glauben, und nur noch in der Bergewaltigung und dem Niederschreiben ihrer Gegner das Heil erblicken. Man kann getrost sagen, die konservativen und nationalliberalen Zeitungen können nur noch im Superlativ und mit Ausdruckszeichen schreiben. Wer nicht will, wie sie wollen, ist ein schlechter Mensch, ein schlechter Patriot, ein Vaterlandsfeind, ein Umstürzler und gehört eigentlich ins Gefängnis. Einer sachlichen Argumentation sind diese Parteien ganz unfähig geworden.

Wir würden lägen, wollten wir sagen, daß wir über dieses tolle Gepolter und Geschimpfe uns ärgerten. Im Gegentheil. Es erscheint uns als ein höchst erfreuliches Symptom. Je lauter unsere Feinde schimpfen und poltern, desto lauter verstanden sie uns ihren Bankrott. —

Sozialpolitik bei der Reichspost. Eine sonderbare Verfügung der kaiserlichen Ober-Postdirektion in Schwerin, an alle Postämter des Bezirks gerichtet, ist der „Medlenburgerischen Volks-Zeitung“, unserem Bruderorgan, in die Hände gefallen. Die unterm 12. d. Mts. erlassene Verfügung spricht sich in ihrem Eingang lobend über die Erfolge aus, welche die Versuche der Landbriefbefellung mittelst Schneeschuhe bei mehreren Postämtern während der Zeit des diesjährigen hohen Schnees gezeigt haben, und empfiehlt den Briefträgern eifrige Nachahmung. Es wird besonders hervorgehoben, daß die Verwendung der Schneeschuhe, welche die betreffenden Briefträger auf eigene Rechnung beschafft hatten, es mehrfach ermöglicht haben, ohne Einstellung von Hilfskräften den Bestelldienst geregelt anrecht zu erhalten.“ Am Schlusse der Verfügung heißt es wörtlich:

Es wird den kaiserlichen Postämtern anheimgestellt, diejenigen Landbesteller, welche sich durch ihre Ausdauer eine anerkannterthe Fertigkeit im Gebrauch der Schneeschuhe erworben und hierdurch zur Vermeidung von Störungen im Landbestelldienst beigetragen haben, bei den demnächst von hier zur Einforderung gelangenden Vorschlägen zu Unterstützungen und Vergütungen zu berücksichtigen.

Sehr richtig bemerkt dazu unser medlenburgisches Bruderblatt: „Es ist gewiß recht lobenswerth von der Postverwaltung, daß sie den Landbriefträgern, welche sie derzeit veranlaßt hat, sich auf eigene Kosten Schneeschuhe anzuschaffen, eine Ent-

schädigung „zuwenden“ will, aber weshalb beschafft sie die Schneeschuhe nicht von vornherein von Amts wegen, da sie doch eingekaufenermaßen der Postkasse die Einstellung von Hilfskräften ersparen? Statt dessen sollen die Schneeschuh-Läufer zu „Unterstützungen und Vergütungen vorgeschlagen“ werden, d. h. es sollen ihnen aus denjenigen Mitteln, welche der Reichstag jährlich zur Vertheilung an „würdige und bedürftige“ Beamte und Unterbeamte bewilligt, Beträge zugewandt werden. Wer sind denn aber die „bedürftigen“ Unterbeamten, diejenigen, welche sich zu Gunsten der Postbehörde noch auf eigene Kosten Schneeschuhe kaufen können, oder arme mit Kindern gesegnete Landbriefträger, welche bei ihren monatlich 50 M. sich keinen solchen Luxus leisten können? Den letzteren werden die für sie bestimmten Unterstützungen geschmälert und anderen gegeben, die natürlich nach Ansicht der Postbehörde auch die „würdigeren“ sind. Wer bezahlt also in letzter Linie die Schneeschuhe, welche die „Einstellung von Hilfskräften“ ersparen?“ —

Sonntagsruhe im Eisenbahnverkehr. Wie der Schles. Zeitung“ offiziell geschrieben wird, haben die Ermittlungen darüber, unter welchen Vorbedingungen es angängig und durchführbar sein würde, im Interesse der Sonntagsruhe eine vollständige Einstellung des Güterverkehrs an Sonn- und Festtagen eintreten zu lassen, zu dem Ergebnis geführt, daß die Sonntagsruhe im Eisenbahnverkehr außer auf den preussischen Staatsbahnen auch für die Eisenbahnverwaltungen in Bayern, Württemberg, Baden und Hessen nach Maßgabe der bei den Besprechungen im Reichs-Eisenbahnamt aufgestellten Grundsätze am 1. April 1895 eingeführt werden wird. Von diesem Zeitpunkte ab soll der Güterverkehr, ausschließlich des Vieh- und Eilgutverkehrs, sowie der leicht verderblichen Güter, Marktörter aller Art zur Besorgung der größeren Städte, der für den Export für die Seehäfen bestimmten Güter mit Inapp bemessener Lieferfrist, der Güter, welche aus Rücksichten des Wettbewerbes mit dem Auslande mit besonderer Beschleunigung gefahren werden müssen, an Sonn- und Feiertagen vollständig ruhen. Ueber die gleichzeitig mit der vollständigen Einstellung des Güterverkehrs geplante Schließung von Stationen an Sonn- und Feiertagen ließ sich die seinerzeit eingeseht gewesene Kommission etwa folgendermaßen aus: Die Unternehmungen, ob nicht einzelne Stationen an Sonn- und Feiertagen beim Fortfall der Güterzüge zu bestimmten Stunden während der vorgeschriebenen Ruhezeit überhaupt geschlossen oder in Blockstationen umgewandelt werden können, haben ergeben, daß eine Schließung von Stationen im allgemeinen nur auf den weniger bedeutenden Linien, auf denen verhältnismäßig wenige Personenzüge verkehren, möglich ist. Auf den meisten Strecken, namentlich auf den Hauptbahnen, auf denen ein reger Personenverkehr herrscht, sind die Zwischenräume zwischen den einzelnen Zügen zumeist so gering, daß eine Schließung der Stationen während derselben keinen Zweck haben würde. Die fragliche Maßregel habe nur dann den gewünschten Erfolg — die Gewährung einer auskömmlichen, von jeder Verantwortlichkeit des Dienstes überhaupte befreiten Ruhezeit — wenn der Zeitraum, während dessen die Station geschlossen werden kann, nicht weniger als etwa drei Stunden beträgt. In einer dem Referate beigegebenen Zusammenstellung waren für die zur Zeit bestehenden 11 Eisenbahndirektions Bezirke 111 Strecken bezw. Stationen namhaft gemacht, hinsichtlich welcher eine Schließung in betracht gezogen werden könnte; auf den Direktionsbezirk Berlin würden 17 derartige Strecken entfallen. —

Kriegsinvaliden von 1870/71. Der Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht in einer Sonderausgabe einen Erlaß des Kaisers, dem wir folgendes entnehmen:

„Ich würde es mit hoher Benugung begrüßen, wenn denjenigen Offizieren, Militärärzten, Beamten und Mannschaften des deutschen Heeres und meiner Marine, welche infolge einer im Kriege von 1870/71 erlittenen Verwundung oder sonstigen Dienstbeschädigung verhindert waren, an den weiteren Unternehmungen des Feldzuges theilzunehmen, und dadurch der Anrechnung eines zweiten Kriegsjahres bei der Pensionirung verlustig gehen oder gegangen sind, auf Ansuchen der betreffenden Pensionärsämter fortan erstattet werden könnte. Ebenso würde es meinen Absichten entsprechen, wenn die Bereitstellung von Mitteln erfolgte, um solchen Personen des Unteroffizier- und Mannschafthandes des Heeres und der Marine, die am Feldzuge von 1870/71 oder an den von deutschen Staaten vor 1870 geführten Kriegen ehrenvoll Theil genommen haben, würdig und infolge von Erwerbsunfähigkeit bedürftig sind und weder eine Invalidenpension, noch eine laufende Unterstützung an Stelle der letzteren beziehen, in Zukunft Beihilfen gewähren zu können. Ich verkenne nicht, daß die Umstände nur die Berücksichtigung einer kleinen Anzahl dieser Kriegstheilnehmer gestatten. Es ist aber mein lebhafter Wunsch, daß wenigstens denjenigen Männern der Dank des Vaterlandes bezeugt werde, die als vorzugsweise bedürftig anzusehen sind.“ — Der Reichskanzler wird dann beauftragt, Vorschläge zu machen, wie diese Absichten verwirklicht werden könnten. —

Das Landtags-Wahlrecht in Anhalt ist am 19. ds. Mts. vom anhaltischen Landtage nach der von uns schon geschickten reaktionären Richtung verändert worden. Wenn man auch den Sozialdemokraten das Wahlrecht zum Landtag rauben konnte, so kann man doch die Entwicklung unserer Partei im anhaltischen Landtage nicht hindern. In diesem Sinne schreibt unser „Volkblatt für Anhalt“:

Die Sozialdemokratie aber wird die durch dieses Gesetz verfügbare Zeit und Arbeit für die Landtagswahlen dazu benutzen, das anhaltische Volk über die „Vollfremdlichkeit“ seiner Regierung und seiner Gesetzgeber aufzuklären und den Boden für die Reichstagswahlen vorzubereiten, damit das Volk im Stande ist, bei den nächsten Reichstagswahlen die einzige gebührende Antwort durch die Wahl zweier sozialdemokratischer Reichstags-Abgeordneter zu geben! —

Der Diktaturparagraph in Elsaß-Lothringen. Die nationalliberalen „Berliner Neuesten Nachrichten“ schreiben heute:

„Wie wir hören, wird der Beschluß des Reichstages bezüglich des Diktaturparagraphen in Elsaß-Lothringen voraussichtlich die Zustimmung des Bundesraths finden. Wir würden dies aus einem doppelten Grunde bedauern; einmal weil die Zeit uns nicht danach angethan zu sein scheint, irgend welche Regierungsrechte aufzugeben; zum anderen weil wir befürchten, daß im gegebenen Falle an die Stelle des Diktaturparagraphen sehr bald der Belagerungszustand treten würde, und dann ungleich ernstere Verhältnisse Platz griffen, als sie mit dem Diktaturparagraphen überhaupt möglich gewesen wären.“

Nun, die Besorgnisse der „Berliner Neuesten Nachrichten“ waren absolut unbegründet, wie dies übrigens für jeden, der die Grundsätze unserer Regierung einige Zeit beobachtet hat und kennt, von vorn herein feststand. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ demotivirt die für alle reaktionären Seelen so fürchterliche Nachricht von der Aufhebung des Diktaturparagraphen aufs schnellste, indem sie schreibt:

In Regierungskreisen ist, wie wir erfahren, von einer solchen Absicht des Bundesraths nichts bekannt. Im Gegentheil ist nach den Erklärungen der verbündeten Regierungen im Reichstage anzunehmen, daß an eine Aufhebung des Diktaturparagraphen zur Zeit nicht gedacht werden kann.

Eine Naivetät sondergleichen, der Regierung liberale Anwendungen zuzutrauen! —

Die schweizerische Bundesversammlung — National- und Ständerath — tritt am 25. März zur Frühjahrsession zu-

kommen. 46 Geschäfte sollen in dieser Session erledigt werden, worunter die wichtigsten sind: Lebensmittel-Gesetzgebung (neuer Verfassungartikel), Monopolisierung der Wasserkräfte, Revision der Militärartikel der Bundesverfassung, Bankgesetz, Zündholzmonopol, Motion Antefse, Stimmberechtigung der Bahnaktionäre etc.

**Zum Kampf um das allgemeine Wahlrecht für die Gemeinderathswahlen in Belgien** wird aus Brüssel gemeldet:

Die Erregung unter der Bevölkerung nimmt infolge der als Protest gegen das Gemeinde-Wahlgesetz in Szene gesetzten Propaganda für den allgemeinen Ausstand beunruhigt zu. Im Västlicher Bezirk befinden sich ca. 3000 Grubenarbeiter im Ausstand. In Berviers streiken die Weber. In Gent sollten gestern die Arbeiter in einer Versammlung einstimmig den Beschluß, in den allgemeinen Ausstand einzutreten, falls das allgemeine Wahlrecht geschmälert werden sollte.

Ferner wird noch aus Lüttich unterm 22. d. M. gemeldet: Gestern durchzog ein Trupp ausländischer Kohlenarbeiter aus Pershal die Straßen von Lüttich. An der Spitze des Zuges wurden rote Fahnen getragen. Im sozialistischen Volkshaus fand eine Versammlung statt, in der für heute der allgemeine Ausstand beschlossen wurde. An vielen Stellen sollen die Streikenden bereits durch andere Arbeiter ersetzt worden sein.

**Niederlage der Schutzkäufer in Holland.** Aus dem Haag wird telegraphiert:

Die zweite Kammer lehnte einen Antrag auf Revision des Zolltarifs behufs Schutzes der Landwirtschaft und Industrie mit 52 gegen 33 Stimmen ab. Die Regierung hatte den Antrag lebhaft bekämpft.

**Ein Arbeiter gemahregelt von Sozialdemokraten!** Diese Schredenskunde geht jetzt durch die ganze Bourgeoispreffe, und voll sittlicher Entrüstung eifern die Vertreter des Geldsacks über einen so abscheulichen Akt brutaler Intoleranz. Die Komödie ist schon öfters gespielt worden; und da es diesmal den Regisseuren nicht gelang, in Deutschland ein Opfer „sozialdemokratischer Unbuddsamkeit“ zu entdecken, so sind sie nach Frankreich gegangen, wo sie in der sozialistischen Brotbäckerei von Limoges ihren Mann gefunden haben. Was an der Sache wahr ist, wissen wir nicht — vielleicht ist alles erlogen, vielleicht bloß ein Theil. Aber wenn denn auch alles wahr wäre, was dann? Sehen wir zu. Erzählt wird, ein Arbeiter sei, weil er sich vorschrittswidrig von einem nicht zum Geschäft gehörigen Arbeiter habe helfen lassen, entlassen worden, darauf hin hätten die meisten der Genossenschaftsarbeiter gestreikt, die Verwaltung habe dann andere Arbeiter an stelle der entlassenen genommen, und ob dieser „brutalen Vergewaltigung“ herrsche allgemeine Entrüstung unter den Arbeitern und Sozialisten.

Das der angeblige Sachverhalt. Nun, wenn dem wirklich so ist, dann wird die „allgemeine Entrüstung“ sehr bald dazu führen, daß der gemahregelte Arbeiter, falls ihm Unrecht geschehen ist, wieder an seine Stelle kommt. Wer hilft aber den tausenden und zehntausenden von Arbeitern, die alljährlich, bloß ihrer politischen Gesinnung halber, von Kapitalisten „brutal gemahregelt“ werden? „Entrüsten“ die Herren Bourgeois sich in solchen Fällen? Im Gegentheil: sie versperren den Gemahregelten auch ihre Werkstätten und helfen mit bei dem Kesseltreiben, das die unglücklichen Opfer des Kapitals in den Hungertod treiben soll.

**Ministerpräsident Ribot über die Beziehungen zwischen Unternehmer und Arbeiter.** Man schreibt uns aus Paris unterm 19. März: Man ist hier seit langem schon so sehr daran gewöhnt, die organisierten Arbeiter bei jeder Gelegenheit von den Ministern angefallen zu sehen — erwiesen sich doch die Perier, Dupuy und Konsorten als die reinsten Stetendünen des Ausbeutertums — daß, läge nicht der Entwurf gegen das Streikrecht der Eisenbahnarbeiter vor, man fast versucht wäre, sie jüngst während der Finanzbudget-Debatte vom Ministerpräsidenten Ribot gehaltene Rede als ein Zeichen des vollständigen Umschwungs der diesbezüglichen Regierungspolitik zu begreifen. Obwohl es sich da um Arbeiter, und zwar um Staatsarbeiter, handelte, und der Ministerpräsident die beiden jüngsten in den Tabak- und Zündholzfabriken haltgehabten Streiks besprochen, hat er, weit entfernt davon, die sonst üblich gewesenen gesellschaftsretterischen Ausfälle zu machen und auf die „Streikagenden“ loszupulen, diese Streiks gewissermaßen für berechtigt erklärt und den Unternehmern dabei gleichgültig zu verhalten gegeben, daß es nicht mehr an der Zeit sei, sich den Arbeitern gegenüber als Autokraten zu geben. Nachdem Herr Ribot sich bereit erklärt hatte, dem Verlangen des sozialistischen Abgeordneten Lavy, alle auf die Zahl, Löhne und Arbeitszeit der in den Staatsfabriken beschäftigten Arbeiter bezüglichen Daten sammeln und veröffentlichten zu lassen, Folge geben zu wollen, um so deren wahre Lage erkennen zu lassen, führte er nämlich im wesentlichen folgendes aus:

Man habe gesagt, der Staat solle ein Musterunternehmer sein. Das sei richtig. Der Staat habe vor allem Gerechtigkeit zu beobachten und die Würde seiner Arbeiter zu respektieren, wie er ja auch verlangt, daß die zur Führung der Geschäfte notwendige Autorität respektiert werde. Von diesen Gefühlen habe er sich auch gelegentlich zweier Streiks leiten lassen, die glücklicherweise von kurzer Dauer waren. In Dijon war in der Tabakfabrik ein Streik ausgebrochen. Die Arbeiter hatten sich beklagt, daß der Direktor einer Arbeiterdelegation gegenüber Worte gebrauchte, die in Wirklichkeit eine Arbeiterin verleiht, sie in ihrem Privatleben angegriffen und eine Bewegung hervorgerufen haben, die er (Ribot) für eine berechnete habe. Er werde von den Direktoren stets verlangen, nicht zu vergessen, daß die Arbeiter dieselben Gefühle der Würde haben wie wir alle. Die Autorität könne durch die gegenseitige Achtung nur gewinnen. Zudem er so gehandelt, glaube er für die Aufrechterhaltung der Autorität, so weit sie gut und berechtigtes an sich hat, mehr gethan zu haben, als wenn er die berechnete Beschwörungen abgewiesen hätte. Bei dem in den jüngsten Tagen in den beiden Zündholzfabriken von Pantin und Aubervilliers stattgehabten Streik habe er die Delegierten der Zündholzarbeiter empfangen. Man sagte, daß er sie mit Wohlwollen anhörte. Das sei seine Pflicht gewesen. Er könne mit Rücksicht vorgebrachte Beschwerden nicht anders aufnehmen. Die Delegierten hatten ihm da nun erklärt, daß bei dem Streik von 1893 ein Uebereinkommen bezüglich der Löhne getroffen wurde, die infolge der Ersetzung des früher aus Ausland bezogenen Holzes durch französisches, das die Arbeit erschwere, vermindert worden seien. Die Verwaltung antwortete darauf, daß die Löhne trotz des Holzwechsels die vereinbarte Höhe erreichten. Diesen gegenseitigen Behauptungen gegenüber konnte es nur eine Antwort geben: eine von den Interessenten beider Theile vorzunehmende Untersuchung. Wir haben und können nicht die Präsumtion haben, die Lohnfrage durch einen Nachspruch zu entscheiden. An stelle der von oben herab ausgeübten Macht, die ebendem genügt haben konnte, müsse man daran gehen, den Vertrag zu sehen und die gegenseitige Achtung des gegebenen Wortes. Dadurch würden viele Streitigkeiten und Mißverständnisse beseitigt werden, die schon manchmal zu höchst bedauerlichen Zusammenstößen geführt haben. Wir müssen den Arbeiter als den Gleichgestellten desjenigen betrachten, der ihn anwendet, sowohl dann, wenn es sich darum handelt, die

Arbeitsbedingungen festzusetzen, als wenn es sich darum handelt, die Vertragsbestimmungen durchzuführen. Wir haben da nicht mehr das Recht anzuerkennen. Wir haben da gemeinsam mit ihm Unternehmung zu pflegen, zu sehen, ob er recht hat, und ihn mit jener Geduld, jenem Wohlwollen anzuhören, das man sonst im persönlichen Verkehr einander entgegen zu bringen hat. So habe er auch da gehandelt. Wenn die Zündholzarbeiter recht haben, werden ihre Löhne unverzüglich erhöht werden. So verleihe er die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Staatsverwaltung und den Arbeitern, und er hoffe, daß man diesem Beispiele immer mehr und mehr im ganzen Lande folgen werde.

Wie Herr Ribot diese Rede, deren Ausführung in ganz Frankreich von der Kammer einstimmig votirt worden ist, mit dem das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter betreffenden Gesetzentwurf in Einklang zu bringen vermag, das ist vorläufig noch sein Geheimniß, und es ist sehr fraglich, ob er diesen Widerspruch auch nur halbwegs zu lösen vermögen wird. Was hingegen weniger fraglich ist, das ist, ob die Tabak- und Zündholzarbeiter jemals zu ihrem Rechte gekommen wären, wenn sie nicht tüchtig organisiert wären und sich nicht im Nothfalle des Streiks hätten bedienen können. Das hindert aber nicht anzuerkennen, daß die Ribotsche Rede sich von denen seiner Vorgänger vortrefflich abhebt und im ganzen einen erfreulichen Fortschritt bedeutet.

**Der Banca Romana-Skandal in Rom** zieht noch weitere Kreise. Ein italienisches Blatt, die „Capitale“, verzeichnet das Gericht, der Prozeß in der Banca Romana-Angelegenheit werde nochmals geprüft werden, indem das Verfahren gegen unbekannt Personen wegen Bestechung eröffnet werde. Mehrere Geschworene in dem genannten Prozesse seien bereits über Gerichte vernommen worden, welche zur Zeit des Urtheilspruches unwillig, und nach welchen von ungenannten Personen Geldbeträge für die Freisprechung bezw. Verurtheilung angeboten worden wären.

Da kann man ja noch sanftere Dinge zu hören bekommen, — wenn nicht von „einführender Seite“ dafür gesorgt wird, daß man nichts zu hören bekommt.

**Erstwahl in England.** Bei der Erstwahl für das verordnete Parlamentsmitglied Sir Joseph Weston am 21. d. M. wurde der radikale Kandidat Sir W. Weiss mit 8740 Stimmen gewählt. Der Gegenkandidat Gore von der Unabhängigen Arbeiterpartei hatte 8608 Stimmen erhalten.

**Spanien.** Die Armeen, welche nach Ansicht felsamer Schwärmer die Hauptstütze der staatlichen Ordnung ist, vernichtet überall, wo sie das Heft in die Hand bekommt, Ordnung und Gesetz. So war es im alten Rom, so ist es jetzt in Spanien. Marschall Martinez Campos, der Wiederhersteller der Monarchie, hat die Verfassung gestürzt, die Königin-Regentin, nebst ihrem Sohn, dem König von Gottes Gnaden, thatsächlich zu Gefangenen gemacht, das Ministerium fortgeschickt und das Kriegrecht, also den Belagerungsstand eingeführt. Ebenso brutal wie die Prätorianer des römischen Kaiserreichs, sind die spanischen auch ebenso habgierig. Höheren Sold und höhere Chargen! Das ist die Losung. Und wer zu behaupten wagt, daß die Armeen um des Staats willen und nicht der Staat um der Armeen willen da ist, wird vor's Kriegsgericht gestellt, und von den goldhungrigen Offizieren ohne Gnade verurtheilt. Von Erschießungen hat man bisher noch nichts gehört — die Herren Ordnungstüchtler par excellence scheinen also noch guten Humors zu sein. Im übrigen — spanische Wirtschaft. Die Volksvertretung (die Cortes) scheint jeden Einfluß verloren zu haben. Ein Ministerium, d. h. eine Regierung im zivilisirten Sinne des Wortes giebt es gar nicht — der Säbel des Marschalls Martinez Campos ist die Regierung. Kurz, die vollendetste Anarchie. Und dieses Ideal der Anarchie verwirklicht durch denjenigen Stand, in welchem gewisse Leute das einzige Volkwerk gegen die Anarchie erblicken! Es ist das einer der besten Witz, welche die Weltgeschichte in neuerer Zeit gemacht hat.

Welcher Mann die Regierung übernimmt, ist also noch absolut unbestimmt. Im übrigen wird jetzt recht lustig im Sinne der Scheibiltatur über die Zeitungen hergefallen. Allein vom heutigen Tage liegen folgende drei Telegramme vor:

Barcelona, 22. März. Die Zeitung „El Diluvio“ ist von dem Militärgericht davon in Kenntniß gesetzt worden, daß ein gerichtliches Verfahren gegen sie anhängig ist.

Reus, 22. März. Auf Befehl des Militärrichters wurden drei Journalisten, welche der Verleumdung der Armeen beschuldigt sind, verhaftet.

Alicante, 22. März. Das der Verleumdung des Heeres angeklagte Blatt „Cri du Peuple“ wird vom Kriegsgericht abgeurtheilt werden.

**Vom japanisch-chinesischen Kriegsschauplatz.** Zu den jetzt eingeleiteten Friedensverhandlungen wird berichtet, Japan wüßte die chinesische Kriegsschädigung weder in Silber, noch Gold, noch auch in Form einer Gebietsabtretung, sondern in genügend gesicherten Schuldverschreibungen zu erhalten. Japan freite hierdurch die Störung zu vermeiden, welche die Anhäufung massenhaften Reichthums über die Möglichkeit unzutringender Aneignung hinaus für seine Finanzen und das Erwerbleben im Gefolge haben könnte; auch möchte Japan lieber selbst an feste Europas China zum Handelsvorden haben.

Uebrigens bezweifelt man nach einer Meldung aus Yokohama, daß die Friedensunterhandlungen, die jetzt in Shimonoseki eröffnet worden sind, einen Erfolg haben werden. Die japanische Militärpartei, welche für eine Fortsetzung des Krieges bis zu einem vollständigen Siege Japans sei, habe jetzt in der Politik eine vorwiegende Stimme und das japanische Parlament theile diese Ansicht. Inzwischen werden frische Truppen für den aktiven Dienst abgefordert.

Ueber die Vorgänge auf dem Kriegsschauplatz selbst liegt heute folgendes Telegramm aus Shanghai vom 21. d. M. vor:

Nach Telegrammen aus dem Norden sind viele japanische Schiffe vor Shan-dai-Kwan, Taku und Ahshon erschienen. Eine Truppenauschiffung wird binnen kurzem erwartet. Die chinesischen Truppen halten sich bereit, den Einfall zurückzuweisen. Wie verlautet, soll eine japanische Flotte an den Pescadores-Inseln angekommen sein.

Eine Depesche aus Hongkong vom heiligen Tage (22.) lautet:

Die Japaner haben die Pescadores-Inseln bei Formosa angegriffen. Der Kampf dauert noch fort.

Ueber die Rebellion in Bern liegen jetzt ausführlichere Nachrichten vor. Am letzten Sonntag bei Tagesanbruch drangen die Truppen der Aufständischen in Lima ein und besetzten die Kirchthürme und andere günstige Punkte. Den ganzen Tag tobte heftiger Straßenkampf. In der Nacht herrschte vollkommene Dunkelheit; keine Gaslaterne brannte. Die Stille wurde allein durch das Treiben der trunkenen Soldaten und vereinzelte Schüsse unterbrochen. Am Montag in aller Frühe begann das Gefecht in den Straßen von neuem, und wieder folgte eine schreckliche Nacht. Am Dienstag plünderten die Regierungstruppen den „Union Klub“ und den „National Klub“ sowie Kaufhäuser in der Stadt. Durch die Dazwischenkunft des päpstlichen Nuntius, Mgr. Macchi, und des diplomatischen Korps wurde ein Waffenstillstand von 24 Stunden vereinbart, um die gefallenen Soldaten zu befrachten und die todtten Pferde wegzuschaffen. Die Straßen sind heute in grauen-erregendem Zustande. Verbrannte Leichen liegen umher. Mittwoch Morgen um 11 Uhr kam durch Vermittelung des Nuntius und

des diplomatischen Korps der Friede zu Stande. Auf beiden Seiten sind 1500 Mann kampfunfähig geworden. Der Präsident Caceres hat sich an Bord des chilenischen Kriegsschiffes „Presidente Pinto“ begeben. Nunmehr ist ein neuer Präsident und ein neuer Polizeichef ausgestellt, die Municipalgarde organisiert, und es herrscht vollkommene Ordnung. Die Todten sind bekränzt worden. Alle fremden Gesandtschaften waren während der letzten Tage beständig dem Feuer ausgesetzt. In Callao ist alles ruhig. — Nach weiteren Meldungen aus Peru übernahm nach der Demission von Caceres eine aus Abgeordneten beider Parteien zusammengesetzte provisorische Regierung die Gewalt. Dieselbe wird die Wähler zum Kongress einberufen.

## Parteinachrichten.

**Parteiliteratur.** Die diesjährige Maifestzeitung, die reichhaltiger als die früheren illustirt ist, gelangt am 9. April zur Verfertigung, sofern bei der Buchhandlung des „Vorwärts“ die Bestellungen bis spätestens 28. März eingegangen sind. Die Genossen, welche ihre Bestellungen noch nicht aufgegeben haben, mögen also dies umgehend bewerkstelligen. Und da die Genossen in diesem Jahre nicht durch Zirkular besonders aufgefordert werden, so werden sie gebeten, diese Kenntnissgabe durch die Parteipresse beachten zu wollen.

Buchhandlung des „Vorwärts“.

Die Parteipresse wird um Nachdruck gebeten.

Die Wahlagitator wurde seitens unserer Kölner Parteigenossen am Donnerstag früh mit der Vertheilung eines Flugblattes in den Straßen Kölns eingeleitet.

**Aus dem Wahlkreise Friedberg-Büdingen!** Wie man in Hessen ohne Umhüllvorlage politisch Andersdenkende behandelt, dafür folgende Thatsachen. Am 1. Mai vor. Jahres fand in Kommelshausen eine Feier statt und zwar im Garten, der an eine Wirtschaft stößt und in dem schon 80 Jahre Sonntag-Wirtschaft betrieben wurde. Der Wirth wurde bestraft, und ihm gedroht mit Konfiskation, weil er für diesen Garten keine Konfession besaß. Nach unendlichen Lausereien, Beschuldigungen, Zeugenvernehmungen u. s. w. wurde der Wirth freigesprochen und die Polizei abgewiesen. — Ein anderer Mann des Ortes wurde wegen einer Aeußerung, die er vor zwei Jahren bei der Reichstagswahl gethan haben soll, denunzirt und ihm der Prozeß gemacht, der Mann, geängstigt und seiner Stelle verlustig, ließ Frau und Kind im Stich und rief nach Amerika. Sein bleiches Hab und Gut werden die Gerichtskosten etc. auffressen. — Während der Zeit erhielten fünf Genossen Strafbefehle von je 10 M. und zwar, weil sie für Beschädigung des Parteitages 9,95 M. gesammelt hatten. — Ein anderer Genosse wurde wegen Majestätsbeleidigung angeklagt, weil er erklärte, gegenwärtig einer Unterhaltung, daß in früheren Revolutionen schließlich auch die Soldaten von den neuen Ideen ergriffen gewesen wären und die Waffen nicht zum Niederschreiben von Vater, Mutter und Bruder gebraucht hätten. — Schließlich wurde ein Genosse inhaftirt wegen angeblicher Verleitung zum Meineid. Seit Monaten sitzt er nun im Gefängnis, und alle Mühe, ihn aus der Haft zu befreien, scheiterte. Frau und Kinder sitzen daheim ohne jedweden Verdienst. Nun wurde ihnen auch noch die Wohnung gekündigt, weil die Frau eines Angeklagten bei einem frommen, gutgesinnten Bürger nicht wohnen bleiben dürfe.

## Depeschen.

Wolf's Telegraphen-Bureau.

**Berlin, 22. März.** In der am 21. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths gab der Vorsitzende, königlich bayerische Gesandte Graf von Lerchenfeld-Röding zunächst der Trauer des Bundesraths über das Hinscheiden des Fürsten Woldeemar zur Lippe Ausdruck. Nach dem Eintritt in die Tagesordnung wurden die Vorlage, betreffend die auf den Eisenbahnen Deutschlands — ausschließlich Bagerns — vorzunehmenden Abweichungen von der Umgrenzung des lichten Raums, der Entwurf einer Verordnung wegen Einführung der Strömungsordnung in Helgoland, und der Entwurf von Bestimmungen zur Ergänzung der Beschlusstafel für die Prüfung von Bäumen u. s. w. für ein Einzelgesetz — den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Die Zustimmung wurde ertheilt dem Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen wegen Abänderung des Gesetzes vom 24. Juli 1889 und 22. Juni 1891 über Grundeigenthum u. s. w. und über die Einrichtung von Grundbüchern, dem Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen wegen der in die Geburtsregister einzutragenden Vornamen, dem Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Bestellung von Amtskautionen, sowie dem Entwurf eines Gesetzes wegen Feststellung des Landeshaushalts-Etats von Elsaß-Lothringen für 1895/96 in der Fassung der Beschlüsse des Landesauschusses. Der lgl. sächs. geh. Justizrath Wörner wurde als Rändiges Mitglied in die Kommission für die zweite Lesung des Entwurfs eines Bürgerlichen Gesetzbuchs berufen. Außerdem wurden die Anträge für eine Anzahl von Reichsbeamten festgesetzt und Eingaben vorgelegt.

**Brüssel, 22. März.** Gerächtweise verlautet, die Pulverfabrik in Herenthaal bei Antwerpen sei in die Luft geflogen.

**London, 22. März.** Der Vorkensverkehr in der Throgmorton Street nahm heute seinen gewöhnlichen Verlauf. Die Polizei enthielt sich jeglichen Eingriffs; die Straßenbesucher hielten sich jedoch nur auf der einen Seite der Straße auf.

**Madrid, 22. März.** Sagasta hat sämtliche Minister, welche ihre Entlassung gegeben haben, zu einer Befragung berufen. Man glaubt, daß von derselben die Annahme oder Ablehnung der Bildung des neuen Kabinetts seitens Sagasta's abhängt.

**Kalkutta, 22. März.** Nach einer hier vorliegenden Meldung rüßte sich Umra Khan, um jeder Expedition, die zu seiner Vertreibung aus Tschitral entsendet wird, Widerstand zu leisten. Ferner wird berichtet, Sher Aizul, der von Umra Khan unterstützt wird, sei von den Truppen in Tschitral als rechtmäßiger Herrscher anerkannt und widerstandslos in das bisher von einem englischen Kommissar besetzte Fort Tschitral eingelassen worden. Die indische Garnison, welche sich jetzt nach Mastubah begibt, begleitete den Richter Emir-ul-Mulk. Die indische Regierung theilte den Stämmen mit, sie beabsichtige Umra Khan zu vertreiben, wolle jedoch Tschitral nicht besetzen.

(Depeschen-Bureau Gerold.)

**Lüttich, 22. März.** Bei dem gestrigen Zusammenstoß zwischen Polizisten und Aufständigen trugen von den letzteren 3 Personen schwere Verletzungen durch Säbelschläge davon. Da für heute Abend neue Zusammenstöße befürchtet werden, ist die ganze Bürgergarde einberufen worden, um jede Unruhe sofort mit Gewalt zu unterdrücken.

**Madrid, 22. März.** Der spanischen Regierung ist eine Note des schweizerischen Bundesraths zugegangen, in welcher die Hoffnung ausgesprochen wird, daß das für verschiedene Inhaftirten Spaniens eingeführte Monopol nicht auch auf die vom Auslande eingeführten Artikel ausgedehnt werde.

**Madrid, 22. März.** Wie eine Meldung aus Cuba besagt, haben General Garrich und Oberst Verjoss die Rebellen besiegelt und ihnen in Puerto Principe große Mengen Munition und Waffen abgenommen.

**Buarest, 22. März.** In der hiesigen Studentenschaft ist eine große Erregung gegen die Disziplinarordnung des projektirten Hochschulgesezes zu bemerken, welche fortwährend durch politische Opposition gesährt wird.

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

67. Sitzung vom 22. März 1895, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Graf Posadowsky, v. Stephan und Kommissarien.

Vor der Sitzung vertheilte der antisemitische Abg. Bindewald Flugblätter mit dem Bilde des Fürsten Bismarck und der Ueberschrift: „Warum der Reichstag und die Stadt Berlin ihren Ehrenbürger nicht feiern darf“, indem er sie auf die Plätze der Abgeordneten aller Parteien legte. Das Flugblatt enthält antisemitische Ausprüche des Fürsten Bismarck und andere antisemitische Ausführungen. Als die Vertheilung eben beendet war, sammelten die Diener des Hauses sämtliche Flugblätter wieder ein.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung der Titel des Postetats, welche sich auf das Dienstaltersstufen-System beziehen.

Die Kommission beantragt folgende Resolutionen anzunehmen:

1. den Herren Reichskanzler zu ersuchen, bei Aufstellung des nächstjährigen Reichs-Haushaltsetats für diejenigen Klassen von Beamten der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung, welche durch Einführung des Dienstaltersstufen-Systems in ihren Gehaltsverhältnissen geschädigt werden, die Gehaltsstufen so zu erhöhen, daß eine solche Schädigung vermieden wird; 2. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, durch einen Nachtragsetats in einer Pauschalsumme diejenigen Mittel zu fordern, die notwendig sind, um den durch das System der Dienstalterszulagen in besonders hohem Maße geschädigten Beamten Zulagen zu gewähren; 3. die Resolution v. Kardorff unterdrückt wie folgt anzunehmen: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei Aufstellung des nächstjährigen Reichshaushalts-Etats auf eine Erhöhung des Weisheitsalters der Landbriefträger bis 1000 Mark Bedacht zu nehmen.

Der Referent Abg. Müller (natl.) berichtet über die Verhandlung der Kommission, welche die verschiedenen Anträge, die bei der früheren Beratung von den Abgg. Hammacher, von Kardorff, Müller-Sagan und Singer gestellt waren, eingehend berathen hat und zu dem oben mitgetheilten Beschlusse gekommen ist. Ueber den Antrag Müller-Sagan (betreffend Anrechnung der diätarischen Dienstzeit der Assistenten, ihre Zulassung zur Sekretärprüfung u. s. w.) ist ein Beschluß in der Kommission nicht zu Stande gekommen.

Abg. Lieber (Z.): Als die Anträge an die Budgetkommission verwiesen wurden, konnte man der Meinung sein, daß im Reichstage wie in der Budgetkommission die Neigung vorhanden sei, die Dienstaltersstufen nicht zu genehmigen ohne eine gleichzeitige Erhöhung der Gehälter. Die nochmalige Beratung hat zur Folge gehabt, daß aus den Kreisen der Postbeamten, welche von den Dienstaltersstufen einen Vortheil erwarten, Zuschriften wohl an fast alle Mitglieder gekommen sind, welche für die baldige Einführung des neuen Systems eintreten. Die Verhandlungen der Kommission haben ergeben, daß man die Uebertragung des Dienstaltersstufen-Systems auf die Post- und Telegraphenverwaltung nicht mehr verschieben darf. Das Zentrum wird daher für die Anträge der verbündeten Regierungen stimmen, spricht aber die Hoffnung aus, daß es möglichst bald zu einer Gehaltsaufbesserung kommen möge und daß die speziellen Wünsche, welche die Kommission ausgesprochen hat bezüglich einzelner Beamtenklassen, berücksichtigt werden.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) spricht sich für die Einführung der Dienstaltersstufen aus und hofft, daß die Anträge der Kommission recht bald durchgeführt werden trotz des Widerspruchs des Reichschatzsekretärs. Redner empfiehlt dann im Sinne seines Antrages, daß bei der Berechnung des Dienstalters der Post- und Telegraphenassistenten, sowie der Postverwalter die diätarische Dienstzeit in Anrechnung gebracht wird, soweit sie mehr als vier Jahre ausmacht.

Abg. v. Leipziger (dt.) erklärt sich namens seiner Freunde ebenfalls für die Anträge der Kommission. Besser wäre es allerdings gewesen, wenn die Ausführung des Systems noch ein Jahr hätte aufgeschoben werden können bis zur Aufbesserung der Gehälter. Aber eingeführt werden müssen die Dienstaltersstufen; denn es kann nicht, wie der Herr Staatssekretär sagte: ein privilegium postale geschaffen werden. Wenn auch nur einzelne Beamtenklassen geschädigt werden, so wollen wir doch keine Schädigung der Beamten; wir meinen nicht mit Herrn Singer, daß das Dienstaltersstufen-System auch auf das Risiko der Schädigung der Beamten hin, unter allen Umständen eingeführt werden müsse. Die Annahme der Resolution ist deshalb die Vorbedingung für die Annahme der Dienstaltersstufen. Nachdem die Spannung zwischen Matricularbeiträgen und Ueberweisungen durch die Beschlüsse der Budgetkommission auf 6 Millionen reduziert ist und da wir 9 Millionen für Postbauten übrig haben, wird sich auch wohl ein Weg finden lassen, um den geschädigten Beamten zu ihrem Recht zu verhelfen.

Abg. Hammacher (natl.) spricht sich für die Einführung der Dienstaltersstufen; der Reichstag habe deren Einführung einstimmig beschloffen mit der ausdrücklichen Bedingung, daß die Beamten dadurch nicht geschädigt werden sollten. Diese Bedingung ist durch die Vorschläge der Regierung nicht erfüllt worden. Die finanziellen Bedenken können nicht maßgebend sein, denn es handelt sich um außerordentliche Fälle, die auch außerordentliche Maßregeln erfordern. Die Anträge des Herrn Müller können jetzt nicht eingehend erörtert werden; sollten sie aufrecht erhalten werden, so würden sie für jetzt abzuheben sein.

Der Vizepräsident v. Vuol stellt den Antrag Müller-Sagan mit zur Diskussion; derselbe lautet:

1. den Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß bei Berechnung des für das Dienstaltersstufen-System maßgebenden Dienstalters der Post- und Telegraphenassistenten, sowie der Postverwalter aus der Klasse der Zivilanwärter die diätarische Dienstzeit derselben insoweit in Anrechnung gebracht werde, als sie mehr als vier Jahre beträgt, und daß für das Dienstaltersstufen- und Telegraphenassistenten, sowie der Postverwalter aus der Klasse der Militäranwärter der Tag ihres Eintritts in den Post- bzw. Telegraphendienst zu Grunde gelegt werde; 2. den Reichskanzler zu ersuchen, hinsichtlich der Zulassung zur Sekretärprüfung die Gleichstellung der Post- und Telegraphenassistenten, sowie der Postverwalter aus der Klasse der Zivilanwärter mit den Assistenten sowie den Postverwaltern aus der Klasse der Militäranwärter wiederholt in Erwägung zu ziehen; 3. den Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß auch für die vor dem 1. Januar 1892 in den Subalterndienst übernommenen Militäranwärter der Reichs-Postverwaltung die Anciennität um ein Jahr, oder, wenn die Invalidität vor Ablauf eines Jahres eingetreten ist, um die thatsächlich abgeleitete aktive Dienstzeit zurückdatirt werde, sobald sie etatsmäßige Anstellung erhalten; 4. den Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß die etatsmäßige Anstellung der Post- und Telegraphen-Assistenten sowie der Postverwalter künftig, ohne Vorbehalt einer Kündigungsfrist, auf Lebenszeit erfolge.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Ich habe nicht gesagt, daß die Entschädigung der dementsprechenden Postbeamten Millionen erfordern würde, sondern ich habe gesagt, daß, wenn die Beamten aller Ressorts, die geschädigt sind, durch den

Dispositionsfonds entschädigt werden sollten, es sich um Millionen handeln würde. Ich habe mich nicht aus finanziellen Gründen gegen die Resolution ausgesprochen, sondern aus dienstpragmatischen Gründen. Es schien mir nicht angängig, einseitig den Postbeamten diese Entschädigung zuzuwenden; das schien mir gegen den Grundsatz zu verstoßen: justitia fundamantum regnorum. Auch aus anderen Resorss werden gleichartige Ansprüche einzelner Beamtenklassen laut. In allen diesen Resorss sind die jüngeren Beamten sehr schnell vorgerückt, während die älteren langsamer vorschreiten. Ich bin gern bereit mit den einzelnen Resorss in Verbindung zu treten und will auch die preussischen Stimmen dafür zu gewinnen suchen, daß die geschädigten Kategorien der Beamten eine Gehaltserhöhung im nächsten Etat erhalten können. Ich bitte Sie nicht an meinem guten Willen zu zweifeln; nicht aus finanziellen Gründen, sondern im Interesse einer gerechten Behandlung sämtlicher Kategorien aller Beamter habe ich Ihre Vorschläge bekämpft.

Abg. Richter (fr. Sp.): Die Zurückweisung der Anträge und der Titel an die Kommission hatte nicht die Bedeutung, daß das Dienstaltersstufen-System für dieses Jahr abgelehnt werden sollte. Trotzdem ist diese Befürchtung in vielen Kreisen der Postbeamten vorhanden gewesen. Die Beschlüsse des Reichstages sind nicht ausgeführt worden; kann wir haben ausdrücklich jede Schädigung der Beamten ausschließen wollen. Daß der Staatssekretär bedenkl. ist, ist begreiflich; aber wenn es sich nur um dienstpragmatische Gründe handelt, dann wollen wir doch erst abwarten, ob nicht die Reichsregierung schließlich doch die Anträge ausführt, zumal wenn es sich nur um eine kleine Anzahl von Beamtenklassen handelt.

Abg. Singer (Soz.): Auch die Beamten, welche sich an uns gerandt haben mit Gründen gegen die Einführung des Dienstaltersstufen-Systems, bekämpfen dieses System nicht prinzipiell, sondern haben nur gebeten, die schweren Ungleichheiten, von denen sie dadurch betroffen werden, irgendwie auszugleichen. Es muß ein System eingeführt werden, welches mit keiner finanziellen Schädigung der Beamten verbunden ist. Die Vorzüge des Systems an sich, die Freimachung der Beamten von der Willkür der Behörde, begrüssen alle Beamtenkreise mit derselben Genugthuung. Den Anträgen der Budgetkommission stimmen wir zu. Die Vorzüge des Dienstaltersstufen-Systems erscheinen uns so groß, daß wir einzelne Schädigungen mit in den Kauf nehmen, allerdings unter der Voraussetzung, daß der Reichstag die Regierung erucht, im nächsten Etat diese Schädigungen auszugleichen. Wir hoffen, daß es bei den Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Ressorss gelingen wird, eine Ausgleichung zu finden, sei es durch Erhöhung des Maximal- oder Minimalgehalts; diese Ausgleichung ist nöthig, um den Beamten die Freude an dem Dienstaltersstufen-System nicht zu verderben. So ergeht die Beamten auch über die künftige Sicherheit und Festigkeit ihrer Stellung, so wenig kann man verlangen, daß sie die finanzielle Schädigung freudig auf sich nehmen. Selbst auf die Gefahr, daß durch die Zufriedenstellung der Beamten manche der Sozialdemokratie entfremdet werden, begrüssen wir eine Gehaltsaufbesserung der Beamten stets mit Freude. Ich bedaure, daß der Staatssekretär die Resolution bezüglich des Nachtragsetats nicht so freudlich aufgenommen hat. Die Bedenken dagegen sind nicht als durchschlagend anzuerkennen. Gegenüber der Thatsache, daß schon in allerhöchster Zeit bei der Einführung der Dienstalterszulagen eine nicht kleine Zahl von Beamten bei einem Gehalt von etwa 2500 M. um Summen von 3-400 M. geschädigt wird, kann sich der Reichstag nicht der Verpflichtung entziehen, die Regierung um den Nachtragsetat zu ersuchen, und nicht erst im nächsten Etatjahre die Mittel zur Ausgleichung bereit zu stellen.

Ich bedaure, daß die finanziellen Bedenken des Schatzsekretärs so groß sind und so starken Wiederhall im Hause gefunden haben. Die Kommission hat leider auf ihren früheren Beschlusse wegen der Landbriefträger verzichtet und die Gehaltserhöhungen erst für das nächste Etatjahr vorgeschlagen. Wir meinen, daß an der sofortigen Gehaltserhöhung der Landbriefträger von 900 auf 1000 M. festgehalten werden muß. In der Resolution Müller ist der erste Punkt auch nach unserer Meinung durchaus berechtigt, ebenso ist der in Punkt 2 behauptete Wunsch der Beamten ein alter und durchaus berechtigter. Den Zivilanwärttern ist jetzt die Möglichkeit, durch die Ablegung des Examen in eine feste Stellung zu kommen, abgeschnitten. Der Staatssekretär hat mir privatim eingewendet, daß der Militäranwärter eine längere Dienstzeit mitbringe und daß nach dieser Gleichstellung ein solcher Andrang zu den Stellen entstehen würde, daß nicht alle Beamten solche Stellen erhalten könnten. Das ist ganz gleich. Jede solche Stelle, die einem Zivilanwärter gegeben wird, bedeutet schon einen Vortheil, da sie bisher ganz davon ausgeschlossen waren. Es können selbstverständlich nur so viele diese Stellen erhalten, wie Stellen da sind. Ich bitte den Staatssekretär der Postverwaltung dringend, diese Frage im Sinne der Resolution zu lösen, denn ich sehe keinen Grund, weshalb die schon bevorzogenen Militäranwärter noch einen besonderen Vortheil dadurch erhalten sollten, daß man die Zivilanwärter von dem Examen und dieser Stellung überhaupt ausschließt. Das Gesetz verlangt, daß die Hälfte der Stellen für die Militäranwärter frei bleibt, aber nicht, daß den Zivilanwärttern einfach die Möglichkeit versagt wird, trotz allem guten Willen und aller Qualifikation in diese Stellen zu kommen. Ich empfehle also die Resolution Müller zur Annahme, und wir geben auch den Anträgen der Kommission mit Ausnahme des einen wegen der Landbriefträger unsere Zustimmung.

Abg. Müller-Sagan tritt noch einmal für seine Anträge ein und verweist darauf, daß die einzelnen darin berührten Fragen schon in früheren Debatten berührt seien, so daß das Bedenken des Abg. Hammacher gegen den Antrag um so weniger zutreffend sei, als die Nummern 2 und 4 schon vom Reichstage einmal angenommen seien.

Abg. Gröber (Z) tritt für die Nummern 2 und 4 der Anträge Müller ein; namentlich müsse man die Postassistenten zulassen zur Sekretärprüfung, dafür trete man sogar in den Kreisen der höheren Postbeamten ein. Für die Anträge 1 und 3 könne das Zentrum aber jetzt nicht stimmen.

Direktor im Reichs-Postamt Fischer: Die Einrichtung, daß für die Angestellten eine mehr als fünfjährige Vorbereitungszeit angerechnet wird, besteht nicht nur in Preußen, sondern auch im Reich. Davon abzuweichen liegt keine Möglichkeit und keine Veranlassung vor. Die Postbeamten treten in der Regel mit dem 17. Lebensjahre ein und eine längere Vorbereitungszeit ist nöthig, um sie in alle Zweige des Postdienstes einzuführen. Die Postbeamten werden in einem Lebensalter angestellt, welches durchschnittlich geringer ist als für die Zivil-Subalternbeamten in anderen Verwaltungen ist. Es liegt also kein Grund vor, die Postbeamten günstiger zu stellen als andere Beamtenkategorien. Ich bitte also die Resolution 1 des Abgeordneten Müller abzulehnen, ebenso wie die Resolution 3, daß auch für die vor dem 1. Januar 1892 in den Subalterndienst übernommenen Militäranwärter der Post die Anciennität um ein Jahr zurückdatirt werde, sobald sie etatsmäßig angestellt werden. Es würden hierdurch die Zivilanwärter geschädigt werden. Der letzte Punkt, welcher verlangt, daß die etatsmäßige Anstellung der Post- und Telegraphen-Assistenten sowie der Postverwalter künftig ohne Vorbehalt einer Kündigungsfrist, auf Lebens-

zeit erfolgen soll, ist in der Budgetkommission nicht angeregt worden, er ist ein Novum, dessen Durchführung ohne ganz erhebliche organische Aenderung nicht möglich ist. Die Beförderung der Assistenten zu Ober-Assistenten erfolgt bis jetzt nach Recht und Gerechtigkeit, und zwar nach Maßgabe der vorhandenen Stellen. Künftighin wird nun die Ernennung zum Ober-Assistenten erfolgen nach Ablauf einer dreijährigen Dienstzeit von der Anstellung an. Ich glaube, daß damit dieser Punkt zur Zufriedenheit der Antragsteller geregelt ist.

Abg. Förster-Neustettin (Deutsch-soziale Reformpartei) will auf seine früheren Bemerkungen über die informatorische bzw. diätarische Beschäftigung der Militäranwärter zurückkommen, was der Präsident v. Uexküll aber als nicht zur Sache gehörig bezeichnet. Redner verzichtet deshalb auf das Wort.

Abg. Müller-Sagan zieht die Nummer 4 seines Antrages zurück.

Damit schließt die Debatte. Die Anträge Müller 1 und 3 werden abgelehnt; Nummer 2 wird angenommen.

Die Resolution 1 und 2 der Kommission werden angenommen.

Der Titel 2: Gehälter der vortragenden Räthe u. s. w. des Reichspostamts wird genehmigt.

Reim Titel 3: gebirgige expedirende Sekretäre u. s. w. weist

Abg. Müller-Sagan darauf hin, daß die Kassenbeamten ziemlich hohe Kauttionen stellen müssen. Das Aufzählen in die Stellen der Kassenbeamten sei dadurch erschwert. Die Beamten müssen sich die Kauttionen beschaffen, indem sie Lebensversicherungs-Polizen vorkaufend bei Kauttionskassen, deren Beamten für dieses Geschäft viel höher sind, als das Risiko, welches dieselben dabei laufen. Denn nach der „Berliner-Zeitung“ betragen die Defekte 70 Pf. auf 1000 M., während die Kauttionskassen einschließlich der Amortisationsquote 52 M. Prämie für 1000 M. nehmen.

Direktor im Reichs-Postamt Fischer: Eine Erklärung darüber, ob eine Aenderung der Bestimmungen über die Kauttionsleistung beabsichtigt ist, kann ich nicht abgeben. Defekte kommen glücklicherweise recht wenige vor. Auf 1000 M. kommen wahrscheinlich nicht 70 Pf., sondern nur 7 Pf. Erhebungen über eine Aenderung der Höhe der Kauttionen werden vorgenommen werden.

Bei den Ausgaben für die Post- und Telegraphenämter weist Abg. Müller-Sagan darauf hin, daß beim Postamt von Heinrichswalde die höheren Postbeamten Wahlagitation in den Dienststunden getrieben haben; gegen einen Redakteur, welcher davon Mittheilung machte, wurde von der Postverwaltung Klage angehängt. Redner bringt noch einen weiteren Fall zur Sprache, wie es scheint, aus Remel, wo ein Postamts-Vorsteher seine Beamten quält und namentlich hohe Geldstrafen ihnen auferlegt; die Verwaltung sollte einmal feststellen, wie viel Geldstrafen eingezogen werden.

Direktor im Reichs-Postamt Fischer: Die Gesamtsumme der Strafen beläuft sich jährlich auf 30 bis 35 000 M. Besser wäre es wohl gewesen, wenn der Vorredner den sich beschwerenden Beamten den Rath gegeben hätte, sich an ihre vorgesetzte Dienstbehörde zu wenden. In Heinrichswalde hat eine Vertheilung von Wahletiketten nicht innerhalb, sondern außerhalb der Dienststunden stattgefunden.

Bei Titel 22: Postassistenten, kommt

Abg. Förster-Neustettin auf die Anrechnung der diätarischen Dienstzeit der Postassistenten auf das Dienstaltersstufen und bedauert, daß die Postverwaltung bei der Beschäftigung der Militäranwärter nicht  $\frac{1}{2}$  des Stelleneinkommens denselben zukommen läßt, sondern, weil es sich angeblich um informatorische Beschäftigung handelt, geringere Ratenätze gewährt.

Abg. Werner (Deutsch-soziale Reformpartei) bringt Klagen der Postassistenten darüber zur Sprache, daß höhere Postbeamten den Assistentenverband schmähen und beschimpfen, daß einem Postassistenten eine Entzerrung von seinem Amtsort über 12 Stunden hinaus verweigert wurde, als er einer Jubiläumssfeier für den Fürsten Bismarck beiwohnen wollte. Ein Assistent wurde von Neß nach einem kleinen Orte veretzt, weil er einen Offizier nicht begrüßt hatte. Seine Mutter, die bei einem Vorgesetzten sich für ihn verwandte, wurde mit einem nicht salonmäßigen Ausdruck empfangen. Die Maßregelung der Assistenten wird in den meisten Fällen auf ihre Zugehörigkeit zum Assistentenverbande zurückgeführt. Das dient nicht zur Hebung des Ansehens der Postverwaltung.

Direktor Fischer: Ich muß den Vorwurf, daß die Postassistenten, welche dem Verbands angehören, von der Zentralverwaltung anders behandelt würden, als die anderen Beamten auf das entschiedenste zurückweisen, und zwar um so energischer, als von den angeführten Fällen kein einziger an die Zentralstelle gelangt ist.

Abg. Werner: Die Beamten wenden sich gar nicht erst an das Reichspostamt, weil sie doch wissen, daß sie nicht recht bekommen.

Direktor Fischer: Wir haben in manchen Fällen schon Remedur geschaffen; jeder Beamte, der sich an das Reichspostamt wendet, kann eine unparteiische Untersuchung erwarten.

Abg. Schoenlauf (Soz.): Es ist einmal nöthig, die Frage des Erholungsurlaubes der Unterbeamten anzugehen. Die Subalternbeamten und höheren Beamten erhalten Erholungsurlaub, die Unterbeamten nicht. Die Unterbeamten, mögen sie 10, 12, 20, 30 Jahre dienen, müssen unsonst auf einen Erholungsurlaub warten. Es ist von hoher Bedeutung, daß die große Kategorie der Unterbeamten, der Postschaffner, Packetträger, Briefträger u. s. w. nicht ein einziges Mal im Jahre einen Erholungsurlaub erhalten, während den Subalternbeamten und höheren Beamten dieser Urlaub bewilligt wird. Das trägt nicht dazu bei, die Zufriedenheit der Unterbeamten zu steigern, ebenso wenig, wie sie gesteigert wird, wenn der Direktor Fischer von den Posthülfsboten als von jungen Menschen von 20 Jahren spricht, die sozusagen hinter den Ohren noch nicht trocken geworden sind, sich von irgend einem Frauenzimmer einfangen lassen und ins Unglück hineinrudern. Diese Worte des Direktors Fischer haben sicherlich böses Blut gemacht. Der Herr Direktor sollte einmal in den national-liberalen „Münchener Neuesten Nachrichten“, einem Blatte, das von einer süddeutschen Regierung zu offiziellen Mittheilungen benutzt wird, das Urtheil über seine Ausführungen in dieser Angelegenheit lesen. Es ist sicher nicht angehan, von denselben Beamten, die man kurz nach ihrem Dienstantritt alle Pflichten des Dienstes erfüllen läßt und zu den schwersten Arbeiten heranzieht, in dieser nicht besonders achtungsvollen Weise zu sprechen. Wenn man die Beamten so anstrengt, darf man nicht so über sie urtheilen. Man muß dafür sorgen, daß diese tüchtigen und ausdauernden angestrebten Beamten mindestens einmal im Jahre eine kurze Ruhepause bekommen, daß ihnen gestattet wird, vom Dienst einmal auszuschnaufen zu können.

In Ergänzung meiner früheren Ausführungen habe ich noch festzustellen, daß das, was ich über die Arbeitszeit in dem Leipziger Postamt 13 betreffend der  $\frac{6}{12}$  stündigen Arbeitszeit sagte, sich nicht auf die Beamten des Postamts 13, sondern auf die der Oberpostdirektion bezieht, und was ich über die Arbeitszeit der Subalternbeamten (10, 50 Stunden)

sagte, die Subalternbeamten in der Briefträger-Abfertigungsstelle angeht. Ich bitte Sie, darauf hinzuwirken, daß endlich einmal für die Unterbeamten ein günstigerer Zustand dadurch geschaffen wird, daß ihnen ein Erholungsurlaub bewilligt wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Direktor im Reichspostamt Fischer:** Daß die Unterbeamten nicht einen Tag Erholungsurlaub im Jahre bekommen, behauptet der Redner in vollständiger Unkenntnis der Verhältnisse. Nach den bestehenden Dienstbestimmungen hat die Oberpostdirektion die Befugnis, die etatsmäßig angestellten Unterbeamten wie den nicht angestellten Beamten einen Erholungsurlaub bis zu zehn Tagen zu gewähren.

**Abg. Schönlank:** Es fragt sich nur, ob die Behörde von dieser Befugnis Gebrauch macht. Die Mehrzahl dieser Beamten bekommt keinen Erholungsurlaub, sondern muß Winter und Sommer vom frühen Morgen bis zum späten Abend arbeiten. Es handelt sich nicht darum, die diskreditierten Vollmachten zu erhalten, sondern die Gewährung eines Urlaubs festzulegen. (Beifall links.)

**Direktor Fischer:** Was der Abgeordnete verlangt, ist durch die Dienstausweisung der Postverwaltung geschehen. Genau wie für die anderen Beamten, wird auch für die Unterbeamten Erholungsurlaub bewilligt.

**Abg. Schönlank (Soz.):** Es wäre erwünscht, wenn der Direktor Fischer dem Reichstage eine Statistik über den an Unterbeamten erteilten Erholungsurlaub vorlegte. Es kommt nicht darauf an, was auf dem Papier steht, sondern was wirklich ausgeführt wird. Daß die Unterbeamten sich beklagen, daß sie keinen Urlaub erhalten, daran ist kein Zweifel.

Der Titel „Landbriefträger“ wird genehmigt mit der Resolution III der Kommission.

Der Titel zur Herstellung eines neuen Dienstgebäudes in Magdeburg, erste Rate 233 800 M. war an die Budgetkommission zurückverwiesen worden, weil es sich um die Erhaltung eines alterthümlichen Hauses handelte.

Der Referent **Möller-Dortmund** theilt mit, daß sich herausgestellt hat, daß die alterthümliche Fassade des alten Hauses schon längst durch Umbauten entstellt sei.

**Abg. Lieber (Z.)** verweist darauf, daß er in der Kommission seinem Bestreben darüber Ausdruck gegeben habe, daß dem Hause ein falsches Bild des alten Hauses vorgelegt worden sei. Darauf hat der Konservator der Denkmäler der Provinz Sachsen lebhafteste Beschwerde beim Reichstagspräsidenten geführt. Redner erklärt, daß er nicht gewußt habe, daß der Konservator das falsche Bild überreicht habe. Warum hat er dem Reichstage nicht das richtige Bild vorgelegt?

**Staatssekretär v. Stephan:** Nach der eingehenden nochmaligen Prüfung der Position in der Budgetkommission glaube ich mich darauf beschränken zu können, dem Hause die Annahme derselben zu empfehlen.

**Abg. v. Leipziger (DL)** erkennt die Nothwendigkeit eines Neubaus an und bedauert, daß der Konservator der Kunstdenkmäler der Provinz Sachsen nicht früher seinen Einspruch geltend gemacht habe.

Der Titel wird darauf genehmigt.

Die Budgetkommission beantragt schließlich:

Die zum Etat der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung eingegangenen Petitionen, betreffend die Erhöhung des Postgewichts für einfache Briefe auf 20 Gramm, resp. um Einführung von Geld-Postkarten und um Herabsetzung der jährlichen Telephongebühren von 150 M. auf 100 M., sowie die Petition der großherzoglichen Handelskammer zu Worms um Befreiung der Sondergebühr für die Benutzung der Fernsprech-Verbindungen während der Nacht und um Herabsetzung der Fernsprechgebühren auf 100 M. den verbündeten Regierungen zur Erwägung zu überweisen.

Die Abstimmung wird in dritter Lesung erfolgen. Damit ist die zweite Lesung des Etats der Post- und Telegraphenverwaltung erledigt.

Schluß 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Rest des Etats.)

Ein Vorschlag des Präsidenten v. **Levetzow**, die Sitzung erst um 2 Uhr beginnen zu lassen, fand Widerspruch beim Abg. **Hompeich**; die Mehrheit des Hauses bestehend aus den Sozialdemokraten, Demokraten, Freisinnigen, Zentrum, Polen, Welfen, Elsäffer, entschießt sich für 1 Uhr.

## Parlamentarisches.

**Tabaksteuer-Kommission.** Sitzung vom 21. März. Die Abgeordneten Dr. Paasche (natl.), Müller-Fulda (Z.), Dr. Schulz-Lupis (freil.), v. Massow (L.) haben folgenden Antrag eingebracht:

§ 1.  
Der Zoll ist zu erheben von 100 Kilogramm

1. Tabakblätter, unbenutzte und Stengel	85 M.
2. Tabaksaucen	120 „
3. fabrizierter Tabak	
Zigarren	900 „
Zigaretten	1200 „
anderer	450 „

Der Bundesrath ist ermächtigt, Profillarotten zur Herstellung von Schnupftabak unter Kontrolle der Verwendung zum Zollfuß 225 M. für 100 Kilogramm zuzulassen.

§ 1a.  
Tabakblätter, unbenutzte und Stengel zahlen außer dem in § 1 Ziffer 1 angeführten Gewichtszoll einen Zuschlagszoll von 15 Prozent des Werthes.

Für die Feststellung des Werthes ist bestimmend der Kaufpreis, zu welchem der Tabak aus einer zollfreien Niederlage an den Fabrikanten oder sonstigen Käufer im deutschen Zollgebiete nach Ausweis der Faktura geliefert wird.

An Stelle des Fakturapreises kann der durch Sachverständige ermittelte Schätzwert treten.

Nochtabak in deutschen Kolonien und Schutzgebieten erzeugt und von dort mit Ursprungszeugnissen eingeführt, unterliegt dem Zuschlagszoll nicht.

§ 1b.  
Der innerhalb des Zollgebiets erzeugte Tabak unterliegt der Besteuerung nach Maßgabe dieses Gesetzes.

Die Steuer beträgt 45 M. für 100 Kilogramm nach Maßgabe des Gewichtes des Tabaks in fermentirtem oder getrocknetem, fabrikationsreifen Zustande.

Die Abgg. Dr. Clemm und Dr. Schädlcr haben ferner den Antrag eingebracht, den Zoll auf unbenutzte Tabak per 100 Kilo auf 125 M. zu erhöhen. Fabrizierter Tabak (Zigarren etc.) zählt 1200 M., anderer 450 M. Zoll.

Die Diskussion beginnt mit § 1 der Regierungsvorlage und damit in Verbindung die zu § 1 eingebrachten Anträge. Abg. Clemm begründet seinen Antrag mit dem Wunsch deutscher Tabakbauern, die Konkurrenz ausländischen Tabaks durch erhöhten Zoll abzuschwächen. Die deutschen Tabakbauern müßten bei der erdrückenden Konkurrenz des ausländischen Tabaks zu Grunde gehen.

**Abg. Paasche:** Ich will nicht den Gewichtszoll erhöhen, sondern einen Werthzoll einführen, um für die Finanzreform zu retten, was zu retten ist, nachdem der Regierungsvorlage sozusagen das Herz ausgehauen ist mit der Ablehnung der Fabriksteuer. Die Gefahr der Defraudation ist bei meinem Antrage so groß nicht. Sachleute werden mir sagen, der Werthzoll sei derart unmöglich, aber ich glaube das nicht. Die Zigarre des armen Mannes wird durch meinen Antrag nicht verteuert. Man wird daher den armen Mann gegen meinen Antrag nicht ins Feld führen können. Es

werden nach meinem Antrag ungefähr 15—16 Millionen Mark mehr aus dem Tabak geschlagen. Ein Preisausschlag der billigen Zigarren ist nicht mit dieser Zollerhöhung verbunden, daher auch kein Konsumrückgang und keine Arbeiterentlassung zu befürchten.

**Abg. Frese:** Die Rechnung des Abg. Clemm in letzter Sitzung stimmt nicht. Der Tabakbau ist noch ertragsfähig und erzielt mehr als der Anbau manches anderen Produkts. Der Nothtabakwerthzoll bietet technisch so große Beschränkungen, daß wir der Schatzkammer im Vorjahre zustimmte, als ich die Angelegenheit besprach. Redner bespricht eingehend die Qualitätsverhältnisse. Der Werthzoll verleitet außerordentlich zur Defraude. Schon der vorliegende Fabriksteuer-Gesetzentwurf läßt die prozentuale Besteuerung in diesem Hinsicht ausgeschlossen, weil die Sache zu schwierig. In keinem Lande würde man eine solche Werthsteuer auf den Zoll verpflanzen. Die zu erwartende Wiedereinfuhr wird viel geringeren Ertrag bringen, als Herr Paasche annimmt. Westfalen und Sachsen würden schwer von dieser Besteuerung betroffen. Darauf erklärt Redner die Preisverhältnisse des Tabaks gegenüber dem Redner. Der höhere Schutzoll wird Anreiz zum Anbau von Tabak auf Flächen geben, wo kein gutes Gewächs zu erzielen ist.

**Abg. Schädlcr:** Nachdem die Fabriksteuer gefallen ist, deren Wiederaufhebung ich erhoffe, stelle ich meinen heutigen Antrag. Der jetzige Schutzoll genügt nicht. Wenn unser Tabakbau noch rentabel sein soll, muß der Zoll erhöht werden. Die Berechnung des Abg. Clemm über den Tabakbau will genauer geprüft sein. Ich hoffe nicht, daß die Anträge kurz abgethan werden.

**Abg. v. Hammerstein:** Der Antrag Paasche hat mehr die finanzielle Seite zu Grunde. Der deutsche Tabakbau hängt weniger von der Konkurrenz ausländischen Tabaks ab, als von den auf Grund der durch Qualität erzielten Preise. Wir können nur ein bedingtes Quantum deutschen Tabak gebrauchen. Man kann nicht allen Menschen zumuthen, Pfälzer zu rauchen. Der Antrag Clemm ist schon durch die Denkschrift der Regierung im Jahre 1890 widerlegt. Ich berufe mich zur Widerlegung der Anträge auf die Denkschrift.

**Abg. Wassermann:** Ein höherer Schutz für den Tabakbau ist nöthig. Die Anbaufläche für Tabak ist zurückgegangen. Die Einfuhr ausländischen Tabaks ist in den letzten Jahren gestiegen. Konkurrententabake sind Domingo, Brasil und Java. Die Preise dieser Tabake sind so billig, daß wir den deutschen Tabak besser schützen müssen.

**Abg. Clemm polemisiert** gegen Frese und hält seine Berechnung anrecht, die absolut richtig sei. Der vorjährige deutsche Tabak sei wegen seiner guten Qualität stark gefragt, das beweise, daß eben zu wenig Tabak in Deutschland gebaut wird.

**Abg. Müller-Fulda:** Ich bin gegen den Antrag Clemm. Derselbe lehrt seit Jahren wieder, wird aber wohl ebenso wieder abgelehnt werden. Ich würde einen blanken Werthzoll für das Beste halten, aber die Regierung wird nicht aus der Hand geben, was sie jetzt durch den Gewichtszoll sicher hat. Deshalb bin ich für den Vorschlag von Werthzoll zum Gewichtszoll. Dieser Zuschlag wird die Preise der Zigarren in mäßiger Weise erhöhen. Für die Finanzreform lege ich mich hier nicht fest. Ein Theil meiner Freunde will nur einen Zuschlag eines Werthzollens von 10 pCt. Geht das und ist die Regierung einverstanden, wäre mir das auch lieber.

**Abg. Molkenbühr:** Der Abg. Clemm steht mit der von ihm präsentirten Rechnung auf gespanntem Fuße. Die Zahlen sind schon im Vorjahre den Bauern vorgeführt, stimmen aber nicht. Man schreit über die Konkurrenz des ausländischen Tabaks, ohne die Dinge zu kennen. Die Preisdifferenz der ausländischen Tabake beruht auf dem Sortiment, der Geschmacksrichtung und der veränderten Fabrikation. Man kann den ausländischen Tabak nicht durch inländischen verdrängen, weil letzterer an Qualität weit zurückbleibt. Die Werthklassifikation bei dem beantragten Werthzollzuschlag ist unzureichend. Ich zweifle, daß ein nennenswerther Ertrag aus diesen Steuern herausgeschlagen werden kann. Wenn die Fabrikanten nicht die Preise zu erhöhen brauchen, wie gesagt wurde, dann werden sie sich für die Zollerhöhung an den Löhnen schadlos halten und die Löhne herabdrücken. Aus diesen Gründen bin ich gegen jede Erhöhung der Tabaksteuer.

**Abg. Graf Douglas:** Wir wollen das Schutzollverhältnis, wie es vor 1879 bestand, zu Gunsten des deutschen Tabaks mit unserm Antrag wieder herstellen.

**Abg. Richter:** Wir müßten uns einen Vorwurf machen, daß wir nicht schon längst den Werthzoll eingeführt hätten, wenn der Antrag Paasche diskutirbar wäre. Die „National. Corr.“ spricht selbst wegen der über den Antrag. Dieser Werthzoll ist unmöglich. Der Schutzoll von 1879 war nicht größer. Gut, stellen wir das alte Verhältnis wieder her. Der frühere Unterschied betrug 20 M., jetzt 40 M. Der Tabakbau befindet sich gegenwärtig in günstiger Lage, bedarf daher umsonst einer Erhöhung. Sie wollen aber weniger Schutz für die Bauern, als höhere Einnahmen für die Regierung schaffen. Aber Ihre Berechnungen sind falsch. Die Zigarrenindustrie wird den Schaden zu tragen haben und die Industriellen werden den Schaden auf die Arbeiter abwälzen. Das Defizit beträgt gegenwärtig nur noch 10 Millionen; dazu bedarf es neuer Steuern nicht.

**Regierungskommissar v. Wachenberger:** Ich spreche nicht präjudizial für die Regierung unseres Landes. Der Fabriksteuer stimmte die bairische Regierung in der Voraussetzung zu, daß eben der ausländische Tabak höher beizusetzen würde. Das letztere soll durch die heute gestellten Anträge auch erzielt werden. Die Befürchtung, daß bei höherer Verzollung ausländischen Tabaks große Ausdehnung des deutschen Tabakbaues eintreten werde, ist hinfällig. Ich binnte dem Antrag Clemm nicht zustimmen, dagegen ist der Antrag Paasche diskutirbar wegen der mäßigen Erhöhung des Zolles. Es stehen die Interessen kleiner und der kleinste Leute in Frage, ich bitte das zu beachten. Die Kommission würde ein gutes Werk thun, wenn sie eine Erhöhung des Zolles beschließen würde.

**Abg. Cnecerus:** Die Fabriksteuer hätte nur eine geringe Vertheuerung der 5 Pfennig-Zigarre zur Folge gehabt. Hätte man eine Stoffsteuer berücksichtigt, war gar keine nennenswerthe Vertheuerung zu befürchten. Finanziell hätte man 20 Millionen erreicht. Der Antrag Paasche führt zu einer gleichmäßigen Vertheuerung nach dem Werthe um 15 pCt. Aber er kann umgearbeitet werden, so daß die billigen Zigarren keine Vertheuerung erfahren. Der Werthzoll erhöht die Gefahr der Defraudation. Sowie der Antrag Paasche vorliegt, ist er unannehmbar.

**Staatssekretär Graf Posadowsky:** Die verbündeten Regierungen stellen nach wie vor auf der Fabriksteuer. Die heutigen Anträge erfordern die Ausarbeitung und Vorlegung eines neuen Gesetzentwurfes. Hätte man in Verbindung mit der Fabriksteuer einen Schutzoll gewünscht, die Regierung hätte mit sich reden lassen. Aber es handelt sich für uns um das Finanzgesetz. Wir wollen mehr Geld. Solch' hohe Erträge, wie der Abg. Paasche angab, 15 Millionen, sind unmöglich bei Annahme seines Antrages zu erzielen. Ich meine, die verbündeten Regierungen haben jahrelang nach einem Wege gesucht zur höheren Besteuerung des Tabaks und kamen zur Fabriksteuer. Die Werthsteuer wurde als nicht durchführbar erachtet. An Ihnen ist es, zu beweisen, ob sie zolltechnisch durchführbar ist. Die Gefahr der Defraude ist bei der Werthsteuer am größten. Es sind meine persönlichen Bedenken, die ich geltend mache. Wir hegen den dringenden Wunsch, die Angelegenheit im Plenum zur Sprache zu bringen.

**Abg. Wattenberg:** Ich und einige Freunde stellen den Antrag, den Werthzollzuschlag zum Antrag Paasche auf 10 pCt. zu setzen.

Nächste Sitzung: Mittwoch, vormittags 10 Uhr.

Die Budgetkommission des Reichstages hat am 22. d. M. die Berathung der ihr überwiesenen Vorschlagsätze zum Abschluß gebracht. Bei dem Vorschlag der Stempelabgaben wurden die Einnahmen vom Stempel für Kauf- und sonstige Anschaffungsgegenstände von 13 867 000 M., einem Antrage des Abg. Müller-Fulda entsprechend, auf 17 084 000 M. erhöht. Bei dem Vorschlage des Rechnungshofes und der Allgemeinen Finanzverwaltung wurden keine Änderungen beschlossen. Die Matrikularbeiträge bessern sich auf 392 000 953 M.; die „reinen“ Matrikularbeiträge auf 380 450 669 M.; die Ueberweisungen auf 373 775 000 M., so daß also 6 675 669 M. mehr von den Einzelstaaten aufzubringen sind, als ihnen überwiesen werden. Die endgiltigen Zahlen über die Herstellung des Gleichgewichts in Vorschlag und die Höhe der Aufsehe werden erst rechnerisch festgestellt.

Die Justizkommission nahm in ihrer Freitagssitzung, welche der Debatte der von der Regierung vorgeschlagenen Abänderung des § 126 Str.-P.-O. galt, unter Ablehnung der Regierungsvorlage einen Antrag des Abg. Bröckmann an, wonach der § 126 Str.-P.-O. folgenden Wortlaut erhält: „Der gemäß § 125 erlassene Haftbefehl ist aufzuheben, wenn die Staatsanwaltschaft es beantragt, oder wenn nicht binnen zwei Wochen nach Vollstreckung desselben die öffentliche Klage erhoben und die Fortdauer der Haft von dem zuständigen Richter angeordnet, auch diese Anordnung zur Kenntniß des Antrichters gelangt ist.“

Wenn die Frist von 14 Tagen nicht genügt, so kann dieselbe auf Antrag der Staatsanwaltschaft vom Landrichter auf 4 Wochen verlängert werden, wenn es sich um ein Verbrechen oder Vergehen oder eine Uebertretung gegen § 361 Nr. 3 oder 4 des Strafgesetzbuchs handelt.“

In dem Bericht der Donnerstagssitzung muß es statt § 112 St.-G.-B. heißen: § 112 St.-P.-O.

Die Kommission zur Berathung der Gewerbe-Ordnungs-Novelle hielt am Freitag Vormittag eine Sitzung ab. Die Regierungsvorlage will in § 56 den Hausirhandel mit Schmudfsachen, Bijouterien, Brillen und optischen Instrumenten verbieten. Der Abg. Gröber beantragt, unter diesen Bestimmungen auch „Puffjachen“ einzufügen.

Es entspinnt sich zu Anfang der Berathung eine längere Debatte über die weitere Erledigung der Geschäfte. Der Vorsitzende giebt nämlich bekannt, daß ihm der Präsident auf eine Anfrage den Bescheid gegeben hat, wenn die Kommission ihre Berathung nicht bis Oetern beendet, ist gar nicht daran zu denken, daß die Vorlage im Plenum berathen wird.

Gröber (Z.) beantragt in angedacht dieses Umstandes, nur die wichtigsten Bestimmungen über die Detailreisen den dem Plenum zu unterbreiten; dagegen die anderen Bestimmungen über den Hausirhandel fallen zu lassen, damit wenigstens in dieser Session noch etwas zu Stande kommt. Gegen diesen Vorschlag wenden sich die Abgeordneten Strombeck, Weiß und Reishaus, während von den Abgg. Frank (natl.) und Schwarze (Zent.) der Vorschlag bestritten wird. Der Antrag gelangt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und der Abgg. Pafse (natl.) und v. Strombeck (Zent.) zur Annahme.

Die Berathung wird vorläufig fortgesetzt, um dann kurz vor den Ferien in ein oder zwei Sitzungen die zweite Lesung über die Paragraphen zu vollziehen, die nach diesem Beschluß dem Reichstage unterbreitet werden sollen. Bei der weiteren Berathung über § 56 werden Anträge auf Befreiung einiger Bestimmungen gestellt. Der Abgeordnete Weiß will „Brillen und optische Instrumente“, der Abg. Strombeck „Schmudfsachen“ und „Bijouterien“ streichen.

Die Anträge werden bei der Abstimmung abgelehnt und die Regierungsvorlage unverändert angenommen.

Zur Berathung steht sodann ein Abänderungsantrag des Abg. Gröber zu § 56. Die Ziffer 10 soll folgende Fassung erhalten:

Ausgeschlossen vom Heilbieten im Umherziehen sind ferner: Truchtschriften, andere Schriften und Bildwerke, insofern sie in sittlicher oder religiöser Beziehung Vergerniß zu geben geeignet sind, oder welche mittels Zuführung von Prämien oder Gewinnen vertrieben werden, oder welche in Lieferungen erscheinen, sofern nicht die Zahl der Lieferungen des Werkes und dessen Gesamtpreis auf jeder einzelnen Lieferung an einer in die Augen fallenden Stelle verzeichnet ist.

**Abg. Pafse (natl.):** Diese Bestimmungen gehören nicht zu denjenigen, die von den Interessentkreisen schwer empfunden werden. Er könnte sich dafür erklären, behält sich aber für die zweite Lesung eine definitive Stellung vor.

**Abg. Schmidt:** Berlin weist darauf hin, wie durch diese Bestimmung nicht die sogenannten Schundromane getroffen werden, sondern vielmehr auch gute, wissenschaftliche Werke.

Der Abg. Holleuffer (kon.) stellt den Antrag, den Verlagsbuchhändlern zu gestatten, für bestimmte Schriften die Genehmigung zum Kolportagebetrieb nachzusuchen. Eine solche Genehmigung soll für das ganze Deutsche Reich erteilt werden. Ferner soll diese ganze Bestimmung auch Anwendung finden gegen diejenigen, welche Bestellungen aufsuchen.

**Abg. Schwarze** erklärt sich für den Antrag Holleuffer.

Die Anträge werden mit dem Antrage Holleuffer angenommen.

Im § 56a Abs. 4 bezweckt der Antrag Gröber die Vermittlung von Abzahlungsgegeschäften durch den Hausirhandel zu untersagen.

**Abg. Wattenberg** und **Gröber (Z.)** besürworten eingehend die Annahme des Paragraphen.

Von dem Geheimrath Sydow werden eine Reihe von Einwendungen gegen diese Bestimmung erhoben und darauf hingewiesen, daß ja das Gesetz gegen die Abzahlungsgegeschäfte bereits die schlimmen Auswüchse des Abzahlungsgegeschäfts beseitige. Bei der Abstimmung wird der Antrag Gröber angenommen.

## Parteinachrichten.

Mit Beschprozessen werden die sozialdemokratischen Blätter reichlich bedacht. In der Sache regelmäßig zur Veröffentlichung gelangenden Berichte, sowie die „unter neuen Umständen“ monatlich summarisch zusammengestellten Berichte des Parteivorstandes zeugen von den ungeheuren Opfern an Geld- und Gefängnisstrafen, welche den Genossen von der Presse auferlegt werden. Viele dieser Prozesse sind fast unvermeidlich, wenn man bedenkt, welche Aufgaben unsere Presse zu erfüllen hat. Sie soll nicht bloß belehrend, aufklärend wirken, sie hat auch un-nachlässig in schärfster Weise Kritik zu üben an den mehr als faulen politischen und sozialen Verhältnissen unserer Zeit, ohne Rücksicht auf die daraus entstehenden Folgen. Greift sie das System an, tabelt sie an den Verwaltungen, was ihr tabulischwerth erscheint, so kann sie nicht umhin, hier und da auch die Personen zu treffen als Träger der Systeme, oder besser diese fühlen sich getroffen. Oh! Sie sind ungeheuer nervös, unsere „Stützen des Staats“, vom Minister herab bis zum letzten Polizeibüttel.

In gleicher Weise empfindlich sind die übrigen Ordnungsmänner, die, sei es als Handelsherren, Fabrikpächter, Grundbesitzer oder auch als Zuckerrüben bauende oder Schnaps brennende Agrarier, sich berufen fühlen, die „heilige Ordnung“ zu schützen. Wehe, wenn eine Zeitung es unternimmt, sie in ihrem ordnungswichtigen Treiben zu stören. Diesem Umstande ist es denn namentlich zuzuschreiben, daß die sozialdemokratischen Redakteure so häufig vor den Schranken des Gerichts zu erscheinen haben.

Aber, es muß hier ausgesprochen werden, nicht selten ließe sich ein Prozeß umgehen, wenn diejenigen, die den Parteiblättern Berichte überbringen, in ihren Mittheilungen mehr Vorsicht gebrauchen wollten. Zwar liegt meist nicht etwa die Absicht vor,

Die Unwahrheit zu sagen, oder auch nur zu übertrieben, sondern es ist eben weit schwerer, als man gewöhnlich annimmt, objektiv zu berichten. Von 10 Personen, die irgend einem Vorgang als Zeuge beizuhören und darüber Bericht erstatten, werden nicht zwei darin übereinstimmen. Das kommt immer auf den Standpunkt, die Anschauungsweise der betreffenden an. Fehlt aber bei der Beweisführung vor Gericht auch nur das Äußerliche, so erfolgt regelmäßig die Verurteilung des betreffenden Redakteurs. Mögen die Parteigenossen also aus dem oben Gesagten die Lehre ziehen, daß sie erstens nicht verlangen können, daß der Redakteur eines Arbeiterblattes sich wegen jeder Lappalie der Gefahr aussetzen kann, ins Gefängnis zu spazieren, zweitens halte man bei seinen Berichten strengstens an der Wahrheit, behaupte nie zu viel, immer nur soviel, als man im Stande ist, durch einwandfreie Zeugen unter Beweis zu stellen.

Verwerflich ist es natürlich, wenn aus der Luft gegriffene Sägen dem Redakteur unterbreitet werden, die derselbe in gutem Glauben veröffentlicht, um dabei gründlich hereinzufallen. Ein solcher Fall ist kürzlich dem Genossen Rosenow in Chemnitz passiert. Dem „Beobachter“ entnehmen wir darüber folgendes:

In unserm Blatte war im Dezember vorigen Jahres ein Vorgang geschildert worden, welcher den Modellistischer Friedrich Th. Männich betraf. Dieser Mann war seinerzeit in unserer Redaktion vorgespochen und hatte daselbst erklärt, der Stadtrat habe ihm, gelegentlich der Verteidigung seines Töchterchens, auf dem Friedhofe ein Schreiben zuhellen lassen, in welchem er aufgefordert worden sei, das Begräbnisgeld gleich zu bezahlen, „wo nicht, bleibt die Leiche stehen“. Der Mann hatte damals sowohl uns wie anderen Personen den Vorgang in einer Weise geschildert, daß man in seine Glaubwürdigkeit keinen Zweifel setzte. Später stellte sich allerdings heraus, daß der Männich sich die Sache buchstäblich aus den Fingern gezogen hatte. Wegen Verleumdung des Stadtrats war nun unser Redakteur gezwungen, sich am vergangenen Dienstag neben dem Männich vor dem hiesigen Landgerichte zu verantworten. Die Personalien ergaben, daß Rosenow mehrmals wegen Verleumdung durch die Presse, Männich dagegen wegen Widerstands und Unterschlagung vorbestraft ist. Rosenow bezog sich auf die Behauptungen Männichs, welche dieser sogar mit seiner Unterschrift gegeben. Männich bewies aber vor Gericht so wenig Wahrhaftigkeit — er verwahrte sich u. a. auch dagegen, Sozialdemokrat zu sein —, daß seinen Aussagen kein Glauben beigemessen werden konnte. Dazu kamen die Zeugnisse des Herrn Stadtrats Otto, des Leidenbestellers Schroth, des Verlegers Ludwig, des Kaufmanns Ed. Feißig, der Frau Gastwirthin Trunfcher, die alle zu seinen Ungunsten aussagten. Daher verurteilte das Gericht den Männich wegen verleumderischer Verleumdung zu zwei Monaten, unseren Redakteur Rosenow wegen einfacher Verleumdung durch die Presse zu einem Monat Gefängnis.

**Die Sozialdemokraten Mannheims** — so lesen wir in bürgerlichen Blättern — haben sich nunmehr vollständig getrennt. Von den Anhängern Müllers soll ein besonderer Wahlverein gegründet worden sein, der den Namen Sozialdemokratischer Verein Vorwärts führt, während die Anhänger Dresbachs den Namen Sozialdemokratischer Verein Mannheim führen. Die Märzfeier am Sonntag wurde von den beiden Vereinen getrennt begangen. — Nun, so bedauerlich auch die Zerspaltung der Kräfte, so ist schließlich doch eine „reine Scheidung“ den fortwährenden, unfruchtbaren Stänkereien vorzuziehen.

Aus Amerika kommt die Nachricht, daß H. B. Frischie, der alte Vorkämpfer der Sozialdemokratie, nahezu erblindet ist. Frischie, der, wie man weiß, unterm Sozialistengesetz nach Amerika ging, ist noch heute unermüdet in der Bewegung thätig, obwohl er ein Greis geworden ist.

**Todtenliste der Partei.** Am Sonnabend, den 16. März, starb in Göttingen (Württemberg) der Schriftsetzer Friedrich Diehm (beschäftigt in der J. H. W. Dieh'schen Buchdruckerei in Stuttgart) nach kurzer Krankheit im Alter von 33 Jahren. Der Verstorbene war Schriftführer des Sozialdemokratischen Vereins Göttingen und bekleidete während der letzten Landtagswahl das Amt als Vorsitzender des Wahlkomitees für den Bezirk Göttingen. Sein ruhiger, ehrlicher Charakter sichert ihm ein dauerndes Andenken bei den Genossen.

**Polizeiliches, Gerichtliches etc.**  
— Gegen den Redakteur Genossen Breccour von der „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ war das Strafverfahren eingeleitet worden wegen Verleumdung der schlesischen Geistlichkeit. Die Verleumdung wurde gefunden in einem Artikel, welchen die „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ der „Breslauer Volks-Wacht“ entnommen hatte, betitelt: Die Mehelei in Oberschlesien. Wegen dieses Artikels war der Genosse Schöbe, Redakteur der „Breslauer Volks-Wacht“ zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Strafverfahren gegen den Genossen Breccour ist eingestellt, da der Erzbischof von Breslau den Strafantrag zurückgezogen hat. — Hat der christliche Erzbischof ein menschliches Mitleid empfunden, hat er sich der Worte seines Meisters: Liebet eure Feinde, Segnet die Euch fluchen, thut wohl denen, die Euch beleidigen und verfolgen, erinnert?

— Durch den Abdruck des Fuchsmühlers Glaubensbekenntnisses sollte sich Genosse Hoffmann, Redakteur des „Saalfelder Volksblattes“, der Beschimpfung von Einrichtungen der christlichen Kirche schuldig gemacht haben. (§ 166 d. St. G. B.) Die Sache wurde vor der Strafkammer in Rudolstadt verhandelt. Nach glänzender Verteidigung durch den Rechtsanwält Dr. Hornemung, Jena erfolgte Freisprechung, beantragt waren drei Wochen Gefängnis. In München war bei der Verhandlung gegen sieben Redakteure, die wegen der Fuchsmühlers Vorgänge angeklagt waren und zum Teil das Fuchsmühlers Glaubensbekenntnis abgedruckt hatten, nicht einmal von der Staatsanwaltschaft eine Religionsmähmung gefunden. Hier lautete die Anklage vielmehr auf groben Unfug.

— Gegen 22 Personen, theils von Falkenstein, theils von Auerbach i. W. ist Anklage erhoben wegen Vergehen gegen §§ 10 und 13 des sächsischen Vereinsgesetzes. Dieselben sollen verächtlich erscheinen, anlässlich der am 26. November v. J. in Falkenstein stattgefundenen öffentlichen Versammlung nach Auflösung derselben durch den hiesigen Bürgermeister noch weiter im Versammlungsorte verblieben zu sein.

— Abgewiesen wurden von der Königl. Staatsanwaltschaft Klagen die Strafantragsteller des Falkensteiner Stadtverordnetenkollegiums vom vorigen Jahre, Friedr. Becker und Gen. wegen Verleumdung gegen den Redakteur der „Voigtl. Volks-Zeitung“, Genossen Reich. Meinhold. Die Verleumdung wollen dieselben darin gefunden haben, daß die Zeitung zu Ende des vorigen Jahres einige Male unter schwarzer Handverzierung das Resultat der Abstimmung über das neugeschaffene Klassenwahlsystem für die Gemeindevahlen brachte.

## Gewerkschaftliches.

**Achtung, Holzarbeiter! Kollegen!** Wir haben Euch bereits in der letzten Sonntagnummer des „Vorwärts“ mitgeteilt, daß 1000 Kollegen und Kolleginnen in Schmöden die Arbeit eingestellt haben. Der Ausstand dauert unverändert fort. Wir ersuchen Euch deshalb nochmals, diese Kämpfer unter unseren Kollegen, welchen zugemutet wird, mit 7—8 M. mit Familie leben zu können, so viel in Euren Kräfte steht zu unterstützen. Die größte Anzahl der Schmöden Kollegen ist trotz ihrer niedrigen Löhne organisiert. Die in der Werkstätte gesammelten Gelder nimmt Kollege Wiedemann, Arbeitsnachweis, Annenstr. 39, entgegen. Marken zum Zentral-Streikfonds werden auf allen Zahlstellen des Verbandes ausgegeben. Die Ortsverwaltung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

**Achtung, Bürstenmacher! Den Arbeitern in der Pfaffavazuricherei von Steidtmann u. Nagel in Hamburg** wurde eine Lohnreduktion von 30 pCt. angelündigt, weshalb wir bitten, den Zugzug streng fernzuhalten.

**Achtung, Schneider! Kollegen!** In den in letzter Zeit von uns abgehaltenen Werkstätten- und Geschäftsdelegierten-Sitzungen für die Maßbranche sind verschiedene Mißstände, die in den Geschäften wieder eingerissen sind, zur Sprache gebracht, die, wenn wir nicht ganz energisch hierzu Stellung nehmen, alles von uns Errungene einfach illusorisch machen. Es ist daher Pflicht eines jeden Kollegen, das mit einzutreten, dieses zu verhindern. Wir haben daher zur weiteren Stellungnahme in dieser Sache am Montag, den 25. März, abends 8 1/2 Uhr, in Norbert's Festsaal, Beuthstr. 22, 1 Tr., eine öffentliche Schneider-Verammlung anberaumt, um die Tarife der einzelnen Geschäfte Revue passieren zu lassen. Da in derselben auch die trassen Mißstände einiger Geschäfte einer Besprechung unterzogen werden sollen, so ist es Pflicht der Kollegen, auf den Posten zu sein.

Die Agitationskommission  
der Schneider und Schneiderinnen Berlins.

**Au die Steinarbeiter Berlins!** Noch nie ist die Arbeitslosigkeit besonders unter den Steinmetzen eine so allgemeine gewesen wie in diesem Winter. Trozdem Arbeit genügend vorhanden ist, wird auch jetzt noch ein großer Teil der Kollegen von der Arbeit ausgeschlossen. Die Herren Meister scheinen damit wieder einen besonderen Zweck zu verfolgen, die ganzen Maschinenarbeiten besonders bei der Firma Wimmel deuten darauf hin. Leute, die schon jahrelang bei der Firma beschäftigt sind, müssen schon seit Weihnachten aussetzen und werden von einer zur anderen Woche vertrieben. Auf anderen Plätzen ist es nicht viel besser. Es wird endlich Zeit, daß sich die Berliner Steinmetzen wieder aufrufen und sich mehr um unsere Organisation kümmern, so wie sie das früher vor dem Streik gethan haben.

Am Sonntag, den 24. März, vormittags 10 Uhr, findet bei Deigmüller, Alte Jakobstraße, eine öffentliche Versammlung der Steinarbeiter Berlins statt, zu der wir hiermit alle einladen. Kollegen! Zeigt, daß Ihr nicht länger gewillt seid, Euch als willenloses Werkzeug in den Händen der Unternehmer benutzen zu lassen.

Der Vertrauensmann.

**Das Zentral-Syndikat der bulgarischen Buchdrucker-Arbeiter in Sofia** berichtet: Drei Monate dauert bereits der Kampf gegen die Prinzipale. In den hiesigen Druckerereien bestand bisher der Uebelstand der monatlichen Auszahlung, und ein echt orientalisches Salendrian brachte es dahin, daß diese nicht am ersten jeden Monats erfolgte, sondern gezahlt wurde, wann es dem Prinzipal beliebte. In vielen Druckerereien zahlte man, wenn die Arbeiter drängten, zwei, fünf und zehn Franken, je nachdem Baargeld vorhanden war, und es dauerte oft vier bis sechs Monate, ehe eine Abrechnung erfolgte. Es gab Buchdruckerarbeiten, denen die Prinzipale 400—500 Frk. an Lohn schuldeten, und die Fälle sind nicht vereinzelt, daß Arbeiter ihren Lohn überhaupt nie ausgezahlt erhielten. Einige partielle Streiks wurden nun durchgeführt, um diesen Uebelständen zu steuern, und einige Siege, die errungen wurden, berechtigten zur Aussicht auf die endliche Regelung der Lohnzahlungen. Es kam aber anders. Die Prinzipale koalisierten sich und stellten den Forderungen der Arbeiter Hindernisse entgegen. Kollegen, welche wegen der Lohnbewegung bei einer Buchdruckerfirma entlassen wurden, fanden in anderen Offizinen keine Aufnahme mehr. Nun blieb nichts anderes übrig als ein allgemeiner Streik. Seit dem 9. d. M. stehen nun dreihundert Buchdrucker-Arbeiter im Ausstand. Bis jetzt bewilligten 13 Druckerereien die aufgestellten Forderungen. Die Streikenden appellieren an die Hilfe aller Genossen.

## Lokales.

**Charlottenburg.** Den Parteigenossen zur Nachricht, daß die auf den nachbezeichneten Stellen ausliegenden Abonnementlisten am Dienstag, den 26. d. M. geschlossen werden. Wir ersuchen die Parteigenossen, bis dahin noch recht reger für Erwerbung von Abonnenten zu agitieren. Am genannten Tage findet auch die Wahl des Parteispeditors statt; in der betreffenden Versammlung wird ferner zur diesjährigen Märzfeier Stellung genommen werden. Hierzu hat der Reichstagsabgeordnete Genosse Harm-Eberfeld das Referat übernommen. Näheres im Inserat der Sonntagnummer.

Obige Listen liegen aus bei: H. Wernicke, Krumme Straße 19, G. Weyer, Wallstr. 50, C. Witke, Wallstr. 63, H. Krid, Pestalozzistr. 63, H. Sellin, Scharrnstr. 16, Köhr, Leibnizstr. 23, J. Niemann, Lutherstr. 50, Bredlow, Angerburgerstr. 78, Heinz, Krause, Wischardstr. 74, P. Wolter, Magazinstr. 15, Drentha, Marsstr. 21, Gumpel, Osnabrückerstr. 28, Ahlert, Sophie-Charlottenstr. 80.

Die Vertrauensperson.

**Von dem unglücklichen Neve,** der bekanntlich durch Peukert-Kneip der preussischen Polizei in die Hände geliefert wurde, bringt ein hiesiges Blatt folgende grauenhafte Nachricht:

Vor 8 Jahren etwa ist der Tischler Neve zu einer Zuchthausstrafe von 15 Jahren verurteilt worden. Nachdem er etwa 6 Jahre der Strafe verhielt hatte, zeigten sich bei ihm Spuren geistiger Erkrankung, was seine Ueberführung in die mit der hiesigen Strafanstalt verbundene Beobachtungsstation für geisteskranke Verbrecher zur Folge hatte. Er sah gegen zwei Jahre in einer Zelle dieser Station, ohne daß er dazu zu bewegen gewesen wäre, sich mit den eingeführten Hausarbeiten zu beschäftigen. Kürzlich wurde er der Hauptanstalt wieder überwiesen. Hier verlangte er befähigt eine Wiederaufnahme seines Verfahrens und stellte das Verlangen, zu ihrer Begründung Anträge ganz widersinniger Art dem Staatsanwalt unterbreiten zu dürfen. Man war schließlich genötigt, ihn nach der Irren-Abtheilung zurückzuführen. Die Geisteskrankheit des bedauernswerten Mannes offenbart sich jetzt so, daß er in nächster Zeit dem Irrenbause überwiesen werden wird.

Wir brachten bekanntlich schon vor fünf Jahren die Nachricht von der geistigen Erkrankung Neve's, und ist die jegige Mitteilung wohl als offiziöse Behauptung anzusehen, daß Neve's Schicksal endgültig besiegelt ist. Neve selbst hatte seit seiner Verurteilung alle Hoffnung aufgegeben, je wieder dem Leben und der Freiheit zurückgegeben zu werden, wie dies aus einem seiner Briefe deutlich hervorgeht, die er aus dem Zuchthaus zu Halle geschrieben und die wir vor Jahresfrist anlässlich der Neve-Entlassungs-Artikel veröffentlicht haben.

Unser Achtung vor dem Manne Neve haben wir stets Ausdruck gegeben; er war ein durch und durch lauterer Charakter, opferfreudig und selbstlos wie wenige für die Sache des Proletariats thätig. Seine Ansichten sind den unseren diametral entgegengesetzt gewesen, vor seinem tragischen Schicksal aber muß alle Gegnerschaft verstummen.

Und alle anständigen Menschen sind einig in der Verachtung der Judas, die ihn mit ihrem Kusse verrathen haben!

**Zu dem Fall Schippel** bemerkt die „Vossische Zeitung“: „Für einen Mann, der im politischen Leben steht, kann es kaum etwas Niederdrückenderes und Grausameres geben, als vollständig ohne Berührung mit der Öffentlichkeit leben zu müssen.“ Ob die Entrüstung bürgerlicher Mütter Besserung schaffen wird? Unläugbar ist die heutige Lage der Kultur in Preußen! Als Kuriosum sei noch angeführt, daß unserem Genossen Schippel außer dem Reichs-Anzeiger und den Reichstagsakten auch noch die Ausübung einer Schrift des — Bundes der Landwirthe verweigert wurde. Da — bis zum heutigen

Tage wenigstens — Broschüren und Bücher den politischen Gefangenen im allgemeinen von der Gefängnisverwaltung unbeanstandet ausgehändigt werden, so ist es um so verwunderlicher, daß die Pfälzer Jenzur gerade die Gedanken der angeblich treuesten Stützen des Thrones beanstandet hat. Was sagt der Freund des Bundes der Landwirthe, Staatsminister v. Köller hierzu?

**Herr Stadtverordneter a. D. Dr. Hentig.** Von dem tapferen deutschen Bismarckschwärmer Dr. Hentig war bekanntlich gestern berichtet worden, daß er im Gel über die schmachtvolle Gefinnung der Stadtverordnetenmajorität, die seinen Freund Evers beleidigen lasse und den Elyanler nicht ehren wolle, sein Mandat zum sächsischen Parlament niedergelegt habe. Das war eine heroische That, die, wenn sie auch etwas von dem Geruch des edlen Ritters von der Mancha an sich hatte, dennoch gar viele antisemitische Egel mit flamender Ehrfurcht erfüllen mußte.

Wie nun aber so manchem Helden, der dem Idealen zufliegt, ein Erdentrost zu tragen peinlich bleibt, so scheint sich auch hinter den heroischen Rücktrittsmotiven des Herrn Oberlehrers noch ein anderes Grundchen zu verbergen, das gar nicht hoch und hehr zu schauen ist. Denn nach den in sehr bestimmter Form gebrachten Meldungen des „Berliner Tageblatt“ schwebt gegen den teutschen Mann ein kleines Strafverfahren wegen Wuchers. Das genannte Blatt läßt sich u. a. wie folgt über diesen Fall aus:

Das in Rede stehende Strafverfahren gegen Herrn Dr. Hentig ist eröffnet wegen Bewucherung des Lokomotivführers a. D. Schelling, der bis vor kurzer Zeit in dem Berliner Vorort Hangelberg a. d. Spruce ansässig war und dort einen Neubau errichtet hatte. Herr Dr. Hentig hatte ihm die Baugelder zu demselben, wie die Anklage und der Bewucherte behaupten, gegen Wucherginsen vorgestreckt; der Schelling'sche Neubau ist inzwischen durch die Intervention des Baumeisters nicht in die Hände des Geldgebers, sondern in anderen Besitz übergegangen, und der ruinierte Schelling hat seinen Wohnsitz von Hangelberg, seinem Geburtsort, nach Neustettin verlegt.

Das Strafverfahren läuft unter dem Aktenzeichen G. 60/95 beim Amtsgericht Fürstenwalde, und es haben in demselben Ende Februar bereits verschiedene Zeugenvernehmungen vor dem Amtsgericht Herrn Weberel daselbst stattgefunden.

Interessant und bezeichnend ist, daß Herr Dr. Hentig trotz der geschilderten Vorgänge den Muth hatte, seine Aufnahme in den Verschönerungsverein zu Hangelberg nachzusuchen. Derselbe wurde jedoch von den Mitgliedern des Vereins am vergangenen Sonntag einstimmig abgelehnt.

So die Mittheilungen, für deren Richtigkeit wir natürlich dem „B. T.“ die Gewähr überlassen müssen.

Wir kondolieren der antisemitischen Partei im übrigen von ganzem Herzen zu den vielen Unglücksfällen, die ihre Helden ihr neuerdings bereitet haben, und geben den teutschen Mann anheim, möglichst noch vor Verjagung der Juden eine recht gründliche Generalausmischung ihres eigenen Stammes vorzunehmen.

**Bei der Einweihung der Gnadenkirche,** die gestern mit großem militärischen Gepränge und noch größerer Straßensperrung vollzogen wurde, hat sich, wie vorauszusehen war, ein Stück unverfälschten preussischen Christenthums offenbart. Bis zum letzten Tage haben die in dem Gebäude beschäftigten Arbeiter Tag und Nacht zu niedrigen Löhnen schlangen müssen, diverse Sonntage mußten vorher von ihnen entheiligt werden, damit das Gebäude pünktlich an dem Tage eingeweiht werden konnte, an welchem ein Herr der Mann geboren wurde, der das Wort sprach, daß die Religion dem Volke erhalten werden müsse. Gegenüber der unbestreitbaren und unbestrittenen Thatsache, daß in der Gnadenkirche das dritte Gebot des Christengottes gröblich, weil ohne zwingende Ursache, verletzt worden ist, hatte der Mann, der ausserdem war, die Festpredigt zu halten, kein Wort des Tadel's in seiner Predigt. Unsere Aufforderung, an rechter Stelle von der angeblich freudigen Freimüthigkeit und Unergründlichkeit der amtlichen Vertreter des Christenthums ein Zeugniß abzulegen, ließ der General-Superintendent Hopsrediger Faber, denn so heißt der Hopsrediger, unberücksichtigt. Kein einziges der Worte seines Kollegen Hopsrediger Baur, die wir ihm vorgestern als Textunterlage empfohlen haben, ist in dem langen Bericht, den die „Kreuz-Zeitung“ über seine Predigt bringt, zu finden. Ja, der Herr Hopsrediger hatte Phantasie genug, angesichts der Thatsache der Sonntagseheiligung in diesem Institut, den Bau der Kirche eine Geschichte der rührenden, jarten, opferfreudigen Liebe zu nennen!!! eine Auffassung, um die wir Heiden den Mann wahrlich nicht beneiden. Der hohe Muth und die wirklich bewundernswürthe Hoffnungslosigkeit des Herrn Pastors kam ferner in folgenden Worten zum Ausdruck:

Es giebt so wenig wahrhafte Fröhlichkeit, weil es so wenig Christenhoffnung giebt, und es geht so viel ungeduldriges Klagen und Seufzen um, weil es so wenig Christenglauben giebt. Und das kommt daher, daß man das Beten verlernt hat. O, daß unser Volk zurückkehrte zu den Altären u. s. w.

Es gebet wirklich ein immerhin nicht alltäglicher Muth dazu, den fast absoluten Mangel an Christenglauben im Volke zu beklagen, wo Vertreter dieses Glaubens, fromme Kirchenälteste, es ohne ein Wort des Tadel's mit ansehen, daß „der Tag des Herrn“ in einem „Gottesbaue“ frank und frei durch profane Arbeit unterbrochen werden darf, daß dem Arbeiter, der mehr als irgend ein anderer Mensch des Sonntags als Ruhetag bedarf, dieser Tag, um mit den Worten des Hopsredigers Baur zu reden, in schwerer Weise gestohlen wird.

Vielleicht kommt der Herr General-Superintendent, wenn er abseits vom Militärgelände einmal Zeit hat, im stillen Kämmerlein über Welt und Weltlauf nachzudenken, auch zu dem Schluß, daß das Volk, das arbeitende, glaubenslose Volk nie und nimmer zu dem Christenthum zurückkehren kann und darf, daß sich in Weisepredigten und Zulassung von Sonntagseheiligungen an „heiliger Stätte“ fast in einem Athemzuge äußert.

Doch wir haben schon zuviel Raum an dieser wahrlich nicht allzu abnormen Affäre verschwendet.

Das arbeitende Volk, verkörpert in Millionen von kampfesfreudigen und idealgesinnten Proletariern, wendet sich abschließend ab von solchen, nur zu erklärlichen Krankheitsäußerungen einer für immer absterbenden Epoche. Es hilft eine neue Welt aufbauen, eine Welt der Wahrheit und Gerechtigkeit, in der die erhabenen Worte des großen deutschen Dichters zur Geltung kommen sollen — die Worte, von denen wir zu Ruh und Frommen mancher Leute die schönsten hier wiedergeben wollen:

Wir wollen auf Erden glücklich sein!

Es wächst hinieden Brot genug

Für alle Menschenfinder

Und Rosen und Myrthen und Schönheit und Lust

Und Zuckererbsen nicht minder.

**Die feisten Bäckermeister** haben in ihrer Wuth darüber, daß die Ausbeutung der Gesellen nicht länger in vierhücher Weise betrieben werden soll, eine Versammlungsresolution vom Stapel gelassen, der wir folgendes entnehmen: Die Generalversammlung (die am 21. d. Mts. von den Mitgliedern der Bäckerei zu Berlin abgehalten wurde) erachtet die Festschreibung einer bestimmten Arbeitszeit in Bäckereien ohne tiefgehende Schädigung derselben für unmöglich, und sieht in dem Umstande, daß der Meister von dem guten Willen der Gesellen abhängig gemacht werden soll, eine Vernichtung der Autorität derselben und der zur Zeit noch bestehenden guten Beziehungen zwischen

beiden. Während das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie aufgehoben worden ist, würde mit Einführung des Maximal-Arbeitstages ein solches gegen einen freibeweglichen und königstreuen Gewerbestand geschaffen werden und spricht die Generalversammlung deshalb die Erwartung aus: die hohen verbündeten Regierungen werden von der Einbringung eines derartigen Gesetzes im Reichstage noch im letzten Augenblick Abstand nehmen.

Wir empfehlen den geängstigten Bäckermeistern, zum Trost die Rede gegen die Fortsetzung der Sozialreform zu lesen, welche der Handelsminister v. Beseler vor kurzem im Reichstage gehalten hat. Vielleicht giebt ihnen das einige Hoffnung in ihrer überflüssigen Seelenqual.

**Etwa 1000 Inhaber von Barbier- und Friseur-Geschäften** hielten am Donnerstag eine Versammlung ab, in der der Obermeister Wollschläger die Annahme einer Resolution empfahl, die auf die dem Reichstage vor mehr als Jahresfrist überreichte Petition Bezug nimmt. In dieser wünschen die Barbier den § 41a der Gewerbeordnung auf ihr Gewerbe ausgedehnt, da sich Unzuträglichkeiten ergeben würden, wenn die Barbiergeschäfte, nachdem die Arbeiter für das Personal eingetreten, noch geöffnet bleiben dürften. Die Versammlung beauftragte den Innungsvorstand, die dem Reichstage eingereichte Petition dem Polizeipräsidenten mit der Bitte zu überreichen, für das ihm unterstellte Verwaltungsgebiet Bestimmungen zu treffen, nach denen alle Barbiergeschäfte um 2 Uhr zu schließen haben. Die Innungsmitglieder verpflichteten sich, freiwillig ihre Geschäfte auf jeden Fall nicht über die angegebene Zeit offen zu halten.

Das **Schiedsgericht der vereinigten Innungen Berlins** scheint eine heillose Angst vor der Öffentlichkeit des Verfahrens zu haben. Schon im vorigen Jahre hatte der „Vorwärts“ über sonderbare Gespögenheiten des Gerichts, das in der Neuen Friedrichstraße sein Heim besitzt, zu berichten. Eine Stepperrin, welche dasselbe in Anspruch zu nehmen gezwungen war, hatte den Schuhmacher K. H. um seinen Beistand ersucht, und dieser war gern darauf eingegangen, seiner Kollegin einen Gefallen zu thun, wie das unter Arbeitern überhaupt Sitte ist. Man wies nun H. nicht nur als Beistand zurück, obwohl rechtlich seiner Zulassung als eines solchen nichts im Wege stand, sondern man wies ihn obendrein noch brüsk aus dem Verhandlungsraum, als er höflich darum bat, der Verhandlung als Zuhörer beizuhören zu dürfen. Am 18. März 1895 hatte nun H. selbst das Vergnügen, als Kläger vor dem Schiedsgericht erscheinen zu müssen. Inzwischen hatte er sich aber vergewissert, daß das von der oberen Verwaltungsbehörde genehmigte Statut für das Schiedsgericht die Öffentlichkeit des Verfahrens gewährleistet. Um zu sehen, wie man diesmal verfahren würde, nahm er den Kollegen K. H. als Beistand mit zum Termin. Und richtig, der Verlauf der Dinge war derselbe wie im vorigen Jahre, ganz wie es der Kläger gehopt hatte. K. H. wurde vom Vorsitzenden als Beistand abgelehnt und als Zuhörer nicht geduldet, und doch lag ein gesetzlicher Grund gegen sein Verbleiben nicht vor. Als sich der Kläger H. gar erdreiste, zu fragen, welcher Gesetzesparagraph dem Vorsitzenden das Recht gebe, ihm den Beistand zu verweigern, und weshalb die Öffentlichkeit ausgeschlossen worden sei, die doch das Statut des Gerichts festlege, war es mit der Geduld des Vorsitzenden zu Ende. Der Kläger hätte überhaupt nichts zu fragen, fuhr ihn dieser an — allerdings die beste Manier, sich aus der Affäre zu ziehen, und eine auch anderwärts beliebte Übung. K. H. wird sich, wie uns mitgeteilt wird, über das seiner Meinung nach geschwindige Verfahren des Schiedsgerichts beim Minister beschweren. Ob nur der Vorsitzende, oder ob auch die übrigen Richter für das geschilderte Verfahren verantwortlich zu machen sind, entzieht sich unserer Beurteilung.

Das eine **Zeitungsnotiz** erheblich besser wirkt, wenn es gilt, Mißstände abzuschießen, als jede omtliche Anzeige, hat sich jetzt wieder im Kriminalgericht gezeigt. Im Anfang des vergangenen Monats theilte eine hiesige Korrespondenz mit, daß in den Detentionszellen wahrhaft grauenvolle Zustände herrschten, wie sie kaum in Schauerromanen zu finden seien. In den Zellen sei als Bedürfnisanstalt ein alter Blechimer aufgestellt, dessen elektrischer, meist bereits in Fäulnis übergegangener Inhalt die Atmosphäre förmlich vergifte, so daß selbst das Publikum auf dem Korridor in der Nähe dieser Zellen von Unwohlsein befallen werde. Beim Betreten dieser Zellen werde ein normal veranlagter Mensch von einem Ohnmachtsgelächel befallen. In diesen Zellen, die nicht gerade von Gentlemen aber nicht selten doch auch von ganz unschuldigen Verhafteten Stundenlang bewohnt werden müßten, sei bei Epidemien geradezu ein Heerd für Anstedenungen vorhanden. Sehr oft sind von den Gerichtsdienern bei ihren unmittelbaren Vorgefunden Beschwerden über diese Zustände geführt worden. Diese haben aber keinen Erfolg gehabt, es blieb eben alles beim alten. Da erschien die Meldung dieser ungläublichen Zustände (meines Wissens hat sie nur der „Vorwärts“ abgedruckt); die Zeitungsmittelteilung wurde dem Justizminister zugeleitet und dieser ordnete eine genaue Untersuchung an. Diese hat stattgefunden und erst auf diesem Wege hat der stellvertretende Landgerichtspräsident, Landgerichtsdirektor Ried, Kenntnis von den wahrhaft ungläublichen Zuständen erhalten und nun wird deren Abstellung umgehend erfolgen. Ob damit amtlich anerkannt ist, daß die Presse die Pflicht hat, offenbare Uebelstände, die für die Allgemeinheit verhängnisvoll werden können, zu rügen und auf deren Abstellung hinzuwirken?

In der **Frage des Salzstreuens** bei der Pferdebahn berichtet der „Deutsche Thierschutzverein“: Im verfloffenen Winter hat die Frage des Salzstreuens bei Schneefällen auf Veranlassung der Direktion der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft zu lebhaften Erörterungen geführt. Der Deutsche Thierschutzverein ist dieser Angelegenheit näher getreten und hat festgestellt, daß das Salzstreuen allerdings einzig und allein die Veranlassung der vielen Erkrankungen der Pferde an den Fesselgelenken ist. Die ganze Pferdewelt Berlins und der Umgegend leidet also unter dem Salzstreuen. Die Thiere der Pferdebahn-Gesellschaft natürlich am meisten, was schon aus der außerordentlich großen Zahl der an den Fesselgelenken erkrankten Pferde hervorgeht.

In **Nizdorf bildet der Selbstmord** der beiden Schulknaben Schmidt und Schreiber das Tagesgespräch. Der entsetzliche Fall ruft in allen Bevölkerungskreisen große Aufregung hervor. Daher kam diese Angelegenheit auch am gestrigen Donnerstag in der Sitzung der Gemeindevertretung zur Sprache. Gemeindefürsprecher Fabritzsch Schumann fragte an, ob es sich bewahrheitete, daß zwei Nizdorfer Knaben, welche von ihrem Lehrer gegünstigt worden und abkann für den schulfreien Nachmittag nochmals zum Lehrer bestellt worden seien, augenscheinlich aus Furcht vor nochmaliger Bestrafung, sich durch Ertränken in Berlin das Leben genommen haben und ob eine strenge Untersuchung bereits eingeleitet worden sei. Amtsekretär Mier erwiderte hierauf, daß noch keineswegs feststehe, daß die ertrunkenen Knaben mit den beiden vermißten Nizdorfer Knaben identisch seien, denn die Leichen seien noch nicht gefunden worden. Nur an einer gefundenen Mähle hätten die Eltern angenommen, daß es sich um ihre Kinder handle. Eine Untersuchung könne erst nach Aufklärung der Leichen eingeleitet werden. — Gemeindefürsprecher Genosse Schröder forderte eine strenge Untersuchung darüber, ob die Knaben aus Furcht vor angebotenen weiteren Strafen den Tod gesucht hätten, denn es sei klar, daß man einen solchen Lehrer hier nicht länger brauchen könne, wenn sich im Umlauf befindliche Gerüchte bestätigen. — Gemeindefürsprecher Gen. Schenl ist der Ansicht, daß es überhaupt unzulässig sei, daß ein Lehrer die Kinder an

schulfreien Nachmittagen zu sich hinbestelle; unter diesen Umständen sei es kein Wunder, wenn sich viele Kinder vor der Schule fürchten und hinter dieselbe laufen. — Gemeindefürsprecher Müller bemerkte, daß der Hauptlehrer Siedecke, um den es sich hier handle, schon lange wegen seiner übergroßen Strenge und seine unmäßigen Prügelstrafen bekannt sei. Die Aufregung der Einwohnerschaft über den Vorfall sei eine allgemeine. — Schöff Schumann beantragte, den Schulvorstand um sofortige eingehende Untersuchung des Falles zu ersuchen, wenn auch die Leichen noch nicht gefunden seien. Nizdorf dürfe nicht in den Ruf kommen, daß hier die Lehrer die Kinder dermaßen züchtigen, daß sie zu Selbstmord getrieben würden. Darum müsse der jehige Fall schnellstens aufgeklärt werden, denn das stehe doch fest, daß ohne Grund die beiden Knaben nicht ins Wasser gegangen sind. — Der Gemeindefürsprecher Boddin versprach, sofort durch einen Gemeindefürsprecher Recherchen anstellen zu lassen und in der am Freitag Nachmittag stattfindenden Versammlung der Gemeindevertretung ausführlichen Bericht zu erstatten. Hiermit war die Versammlung einverstanden und es wurde vorläufig von weiteren Schritten abgesehen.

In der **Anklagesache gegen die Lemis**, welche wohl die gefährlichste Kupplerin Berlins ist, da sie meist Mädchen im Alter von 14 Jahren und darunter an sich lockte und reichen Wäslingen auslieferte, hat sich herausgestellt, daß das Ehepaar Lemis noch Gehilfen gehabt hat. Es sind bis jetzt vier Personen angeklagt und verhaftet. Die Vertretung zweier Angeklagter ist dem Rechtsanwalt Dr. Cohnmann übertragen worden. Ob die vornehmen Schandbuben, welchen die Kupplerin Kinder zuzuführen hatte, auch an den Pranger der Öffentlichkeit gestellt werden?

Die **Direktion der städtischen Fortbildungsanstalt im Friedrichs-Gymnasium** ersucht um Aufnahme folgender Mittheilung: Die Sommerkurse im Freihand- und Maschinenzeichnen, im Französischen, Englischen, Deutschen, kaufmännischen Rechnen, in der einfachen und doppelten Buchführung und Mathematik beginnen Montag den 1. April. Der Unterricht wird nach Bedürfnis für Anfänger und Geübtere in verschiedenen Abtheilungen durch bewährte Fachlehrer erteilt. In den französischen und englischen Kursen werden außer der Lektüre Übungen im mündlichen und schriftlichen Gebrauch der Sprache, besonders im Briefstil, stattfinden. Das überaus mäßige Honorar von 4 bzw. 2 M. für den einzelnen Kursus macht die Teilnahme an diesem nach Wahl wie Methode der früher durchaus praktischen Unterrichte einem jeden möglich. Meldungen von Teilnehmern nimmt entgegen täglich von 11-12 Uhr und Sonntags von 8-12 Uhr in der Anstalt der Direktor Professor Dr. Voigt.

Ueber **bedenkliche Folgen** der glücklicherweise im Abnehmen begriffenen Influenza wird geschrieben: Die Spielarten der durch die Influenza hervorgerufenen Krankheiten sind so mannigfaltig, wie sie bisher noch nicht beobachtet worden sind. Neben den üblichen Erkrankungen der Athmungsorgane sind konstatiert worden: Knochen-Erkrankungen, Augenkrankheiten bis zur Erblindung einzelner Patienten, hochgradige Arteriosklerose, Chrenleiden und Muskelentzündungen; ja, in einigen Fällen ist sogar die Zuckerkrankheit die Folge der Influenza gewesen. Die Ursache dieser vielfältigen Folgen der Moderkranheit, welche nachgewiesenermaßen Ende vorigen und Anfang dieses Jahrhunderts nur unter leichten Krankheitserscheinungen auftrat, ist bis jetzt noch nicht festgestellt worden.

In einer **Mundentzündung**, von der man annimmt, daß sie die Folge des Genußes von Milch von erkrankten Kühen sei, sind 70 Grenadiere vom 1. Garde-Regiment z. F. in Potsdam erkrankt.

Zwei **seltsame Patienten** erschienen am Donnerstag Nachmittag um 5 Uhr in einem hiesigen Krankenhaus. Dem einen waren beide Hände ziemlich schwer zerrissen, während der andere nur leichte Verletzungen an der einen Hand erlitten hatte. Beide ließen sich verbinden und gaben an, unweit des Zoologischen Gartens eine Patrone gefunden zu haben. Sie hätten mit einem Messer daran gearbeitet, bis der Inhalt plötzlich explodiert sei und ihnen die Verwundungen zugefügt habe. Die Namen beider Personen sind nicht bekannt und man weiß nicht, ob die Schilderung des Vorfalles richtig ist.

Der **geheimnißvolle Mann**, der, wie wir gemeldet haben, angeblich in höherem Auftrage im Thiergarten beim Kreuzungspunkt der Steges-Allee und der Charlottenburger Chaussee nächstlicher Weise Droschken angehalten und die Insassen genau in Augenschein genommen hat, ist, wie die „Post“ mittheilt, wahrscheinlich gefestigt. Die Polizei wie die Postverwaltung wissen von der Affäre nichts.

In dem **geplanten Raub- und Giftmord**, über welchen wir vor einigen Tagen erst berichtet haben, können wir heute auf grund eingehender Informationen noch folgendes mittheilen: Es handelt sich bei der Angelegenheit um den Fürstenmacher Weber, Alte Schönhauserstr. 50 wohnhaft, der daselbst in einem Laden einen Bürstenhandel betreibt. W., der früher in der Neuen Schönhauserstraße, sodann bis vor einem halben Jahre in der Alten Schönhauserstr. 13 wohnte, ertrug sich in jeiner Jugend eines sehr guten Rufes und niemand wußte, daß derselbe bereits 15 1/2 Jahre Gefängnis- und Zuchthausstrafe abgedient hatte. Auch dachte keiner daran, daß die zahlreichen anonymen Briefe und Denunziationen, unter welchen neben anderen Geschäftsleuten auch der frühere Hauswirth des Weber, der Fürstenhändler Feinrich in der Alten Schönhauserstr. 13 zu leiden hatte, von W. ausgehen. Um so überraschender wirkte die Kunde von der Verhaftung des Weber. Der Plan der Ermordung galt der in der Linienstraße wohnenden Rentiere W., einer reichen Wittwe, deren Lebensgewohnheiten Weber genau durch seine Frau kannte, welche die Dame täglich fristete. Die Absicht des Mordes hat er, wie bereits mitgeteilt, einem gewissen P., einem polnischen Arbeiter, und später dem Maurer M. unterbreitet. Die Angaben, welche W. der Polizei gemacht hat, scheinen sich vollkommen zu bestätigen, da in der einen Flasche Branntwein beträchtliche Teile eines Giftes gefunden sein sollen. Aber wenn auch W. des Mordplanes nicht überführt wird, dürfte der unheimliche Mensch doch für längere Zeit unschädlich gemacht werden. Bei der in seiner Wohnung vorgenommenen Hausdurchsuchung sind verschiedene Waaren beschlagnahmt worden, welche, wie die Polizei vermutet, aus Diebstählen herzurühren.

Auf der **Stelle getödtet** wurde durch Ueberfahren am Donnerstag Nachmittag um 5 Uhr die fünfjährige Tochter Walli der Arbeiter Hoffmann'schen Eheleute aus der Köpenickerstr. 174. Das Kind wurde auf der Straße von einem beladenen Mordwagen erfasst. Ob den Kutscher Emil Schmidt eine Schuld trifft, steht noch nicht fest.

Ein **großes Feuer** kam Donnerstag Vormittag gegen 8 Uhr in der Nähmaschinenfabrik von Lämmerhirt u. Kompagnie, Thurmstr. 73 (Moabit), im Seitenflügel zum Ausdruck, das in kurzer Zeit die sämtlichen Räume des vier Stock hohen Fabrikgebäudes ergriff. Die Feuerwehr gab mit fünf Druckspritzen und einer Dampfspritze bis 12 1/2 Uhr mittags unangeseht Wasser, wodurch allmählich die Gewalt des Feuers gebrochen wurde. Um 1 Uhr konnten die ersten Jüge der Feuerwehr wieder abtrüden. Die Fabrik ist vollständig ausgebrannt; der Schaden soll mehr als 100 000 M. betragen, indes durch Versicherung gedeckt sein. Ueber die Entstehungsurache verläutet noch nichts Bestimmtes.

**Eisenbahn-Unfall.** In Spandau hat sich Donnerstag früh ein Eisenbahnunfall zugezogen, durch den ein Materialschaden von 20 000 M. verursacht worden ist. Auf grund eines zu unrechtzeit gegebenen Einfahrtsignals lief um 2 Uhr früh ein

von Hannover kommender Güterzug in den Lehrter Bahnhof ein, dabei stieß er auf einen Theil eines zur Ausrangirung bestimmten Güterzuges, der das Geleise noch besetzt hielt. Mehrere Güterwagen, darunter ein Biertransportwagen der Moabiter Brauerei, sowie die auflaufende Maschine sind schwer beschädigt worden. Die Schienen wurden auf einer Strecke von 30 Meter aufgerissen. Vom Fahrpersonal ist niemand zu Schaden gekommen. Die Aufräumungsarbeiten und die Wiederherstellung des Geleises sollten im Laufe des Tages bewerkstelligt sein.

**Schwerer Verdacht.** Der „Posener Zeitung“ zufolge wurde gestern Nachmittag in Schwerin a. W. der zwanzigjährige Schiffer Paul Wande unter dem Verdacht, am 18. November 1893 in Spandau die sechsjährige Hedwig Franke ermordet zu haben, verhaftet. Derselbe soll heute nach Berlin ins Untersuchungsgefängnis gebracht werden. Wande war schon einmal unter demselben Verdacht verhaftet, aber wegen ungenügender Beweise entlassen worden.

In einem **Gasthose** in der Klosterstraße hat sich am Donnerstag ein 47jähriger unbekannter Mann erhängt.

**Gesperrt:** Die Liebenwalderstraße von der Reinickendorferstraße bis zur Henningsdorferstraße behufs Umfahrrichtung vom 23. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter.

**Polizeibericht.** Am 21. d. M. vormittags sprang eine Frau von dem Balken ihrer im vierten Stock eines Hauses in der Friedenstraße belegenen Wohnung auf die Straße hinab und zog sich sehr schwere Verletzungen zu. — In einem Gasthose wurde ein am Abend vorher dort eingekletterter Mann erhängt vorgefunden. — Nachmittags wurde auf dem Felde, gegenüber dem Grundstücke Pappelallee 52, die bereits stark verweste Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. — In der Köpenickerstraße geriet ein sechsjähriger Knabe unter die Räder eines Geschäftswagens und erlitt erhebliche Querschnitten des Unterschenkels. — In der Einfahrt eines Grundstücks in der Köpenickerstraße wurde ein fünfjähriges Mädchen durch einen Mordwagen überfahren und auf der Stelle getödtet. — In der Kanonenstraße fiel ein etwa 35 Jahre alter Mann hin und zog sich eine so schwere Verletzung am Hinterkopfe zu, daß er benutzlos liegen blieb. Er wurde nach der Charitee gebracht. — Vormittags entstand im Quergebäude des Hauses Thurmstraße 73 durch Zerspringen eines im Keller befindlichen Waschens Feuer, wodurch drei darüberliegende Fabriken zum größten Theile zerstört wurden. Bei den Löscharbeiten wurden ein Oberfeuermann und zwei Feuermänner leicht verletzt. Außerdem fand abends noch ein unbedeutendes Feuer statt.

**Witterungsübersicht vom 22. März 1895.**

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf 0. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) = 9/5 F.
Ewinemünde . . .	753	Still	—	Schnee	1
Hamburg . . .	753	SB	2	wolfig	4
Berlin . . .	752	SB	1	bedeckt	2
Wiesbaden . . .	758	SB	3	halb bedeckt	8
München . . .	759	SB	6	bedeckt	4
Wien . . .	756	SSW	1	Schnee	0
Saparanda . . .	758	Still	—	wolfig	-1
Petersburg . . .	—	—	—	—	—
Cork . . .	763	S	1	Rebel	8
Aberdin . . .	756	WSW	5	halb bedeckt	9
Paris . . .	762	WS	0	bedeckt	9

**Wetter-Prognose für Sonnabend, 23. März 1895.**  
Zeitweise heiteres, vorherrschend wolliges Wetter mit Niederlagen und aufstreichenden nordwestlichen Winden; Temperatur wenig verändert. Berliner Wetterbureau.

### Kunst und Wissenschaft.

Von der **Verfälschungsbühne.** Das polizeiliche Verbot der ersten Vorstellung des Vereins „Versuchsbühne“ hat eine Dinauschiebung der zweiten Vorstellung um acht Tage nöthig gemacht. Die zweite Vorstellung, zu welcher das dreiaktige Drama „In Hause“ von Frau Servaes auszuführen ist, wird am Sonntag, den 7. April, 12 Uhr mittags, im Central-Theater in Szene gehen.

### Gerichts-Zeitung.

Wegen **Verbreitung verbotener Druckschriften** stand, wie wir vor einigen Tagen mittheilten, der Metallschleifer Roth vor der 7. Strafkammer hiesigen Landgerichts I. Er war dabei abgefaßt worden, als er in einem Schanklokal das vor Jahren mit Beschlag belegte „Neue Wintermärchen“ abzulesen versuchte. Bei der vor acht Tagen stattgefundenen Verhandlung machte der Verteidiger so viele rechtliche Bedenken geltend, daß der Gerichtshof beschloß, die Urtheilsvollstreckung auf den 22. d. Mts. zu vertagen. Das Urtheil fiel zu ungunsten des Angeklagten aus. Der Gerichtshof hatte keinen Zweifel darüber, daß die seinerzeit erfolgte Beschlagnahme und Unbrauchbarmachung jener des Kaiser Wilhelm I. beleidigenden Schrift e i n e d a u e r n d e sei und sich auch auf die von dem Angeklagten vertriebene Ausgabe vom Jahre 1886 bezieht, da diese lediglich einen Abdruck der früheren Auflage darstellt. Der Angeklagte wurde deshalb zu einem Monat Gefängnis verurtheilt. Nach dieser Judikatur, die denn doch sehr anschaubar ist, könnten Majestätsbeleidigungen aus Olms Zeiten heute noch strafbar sein, wenn nachgewiesen wird, daß weiland irgend ein Gerichtshof in einem Wahrheitszeugniß über einen Fürsten ein Vergehen gegen die Gesetze gefunden hat.

### Vermischtes.

In den **Nachrichten über die Ueberschwemmungsgefahr** berichtet die „Breslauer Zeitung“, daß es sich bei der Ueberschwemmung im Odergebiet nicht um einen Bruch des Ohlener Schuhdamms, sondern nur um eine Ueberfluthung und Durchspülung des Bodammes handelt. Eine Gefahr für die Dörfer sei nicht vorhanden; auch sei das erwartete Sinken des Wassers bereits eingetreten.

Aus **Evanton** (Wyoming, Nordamerika) wird über eine Explosion berichtet, die in einem Kohlenbergwerke in den Rocky Mountains bei Red Cannon stattgefunden hat. Man befürchtet, daß 68 Menschen ums Leben gekommen sind. Der Eingang zu den Werken ist durch Trümmer versperrt, und es wird drei Tage dauern, ehe die Bergungsmannschaften zu den Leichen vordringen können. Die Maschinenräume, Apparate und andere Baulichkeiten wurden völlig zerstört, auch der übrige Schaden ist beträchtlich. Wahrscheinlich wurde die Explosion durch Entzündung von Kohlenstaub verursacht.

### Briefkasten der Expedition.

**Tischler 20.** Sie müssen zu Anfang eines Quartals auf das ganze Vierteljahr abonniren und beträgt der Abonnementspreis bei der Post 3.30 M. Nach Ablauf des ersten oder zweiten Monats im Quartal können Sie auf die übrigen zwei resp. einen Monat im Quartal abonniren und beträgt der Abonnementspreis für zwei Monate 2.20 M., für einen Monat 1.10 M. Von uns unter Kreuzband täglich bezogen beträgt der „Vorwärts“ pro Monat 2 M., bei vorheriger Einzahlung des Betrages. Sie können den Betrag auch in Briefmarken einpendeln. Die Anfrage im Briefkasten kostet nichts.

## Soziale Uebersicht.

**Der Bund deutscher Schuhmacher-Zünfte** erläßt einen Aufruf zur Beschickung seines diesjährigen Verbandstages, in dem sich falsches Wohlthun mit unfreiwilliger Komit selbstsam paart. Man will eine Ausbesserung von allen Sorten Schuhwerk, darunter auch Kriegsschuhwerk, veranlassen, um dem Publikum zu zeigen, daß das Handwerk noch lebendig und leistungsfähig ist und gleichzeitig (1) der Staatsregierung damit erneute Anregung geben, den so oft ausgesprochenen Forderungen des deutschen Handwerks ein geneigtes Ohr zu schenken, um diesen werththätigen Stand zum Wohle des Staates und der bürgerlichen Gesellschaft zu erhalten. — Wir fürchten, daß „gleichzeitig“ teils mißglückt.

**Gegen den Quebrachholz-Zoll** sprach sich eine Versammlung von Gerbern und Lederindustriellen in Altona aus. Die Versammlung nahm zwei Resolutionen an. In der Resolution an den Reichstag heißt es, daß die Einführung des genannten Zolles den vollständigen Niedergang der Lederindustrie in Deutschland herbeiführen würde und daß somit nicht die inländischen, sondern die ausländischen Besitzer von Schälwäldungen und die ausländischen Lederindustriellen Vorteile erzielen würden. — Eine zweite Resolution wendet sich an den Abgeordneten des Kreises, Genossen Frohne, welcher aufgefordert wird, alles zu thun, um die Einführung des Zolles abzuwenden.

**Zum 5. internationalen Kongress gegen den Mißbrauch geistiger Getränke**, der, wie früher angezeigt, vom 20. bis 22. August d. J. in Basel stattfindet, sind eingeladen alle, die überzeugt sind, daß der Mißbrauch geistiger Getränke eine Quelle von Krankheit, Elend und Verderben, seine Bekämpfung somit eine Pflicht der Vaterlands- und Menschenliebe ist.

**„Wer arbeiten will, der findet Arbeit.“** Eine Probe auf diesen Weisheitsatz des denkfaulen Maßbürgerthums bietet nachstehende Notiz, die wir München er bürgerlichen Blättern entnehmen: „Wie schlecht es mit den heutigen Erwerbsverhältnissen bestellt ist, zeigt neuerdings die Thatfache, daß bei Verwertung um eine Skribentenstelle bei einem Rechtsanwalt sich nicht weniger als 168 Bewerber im Laufe eines einzigen Vormittages gemeldet haben, worunter sich 2 Juristen, 1 Mediziner und ein Philologe befanden, abgesehen von einer Anzahl von Leuten, welche die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligen- und Gymnasialbildung haben. — Sämmtliche 168 Bewerber zu „Vagabunden“ zu stampeln, war selbst der nach dieser Richtung weitherzigen Bourgeoispreffe nicht möglich.“

**Notleidende Fachsenbiter.** Die Gewerkschaft des Bergwerks Zentrum bei Battenfeld erzielte im Jahre 1894 bei einer Förderung von 787 789 T. und einer Koals-Erzeugung von 172 376 T. einen Betriebs-Ueberschuß von 801 106 M. gegen 830 845 M. im Vorjahre. Davon wurden für Verjüngung und Tilgung der Grubenschuld 141 000 M. verwendet, für außerordentliche Betriebsausgaben 517 000 M., während auf die 802 Stuxe als Ausbeute je 180 M. mit 144 900 M. vertheilt werden. Für außerordentliche Betriebsausgaben sind nunmehr noch 196 478 M. zu verrechnen, die in der ersten Hälfte 1895 zur Abholung gelangen werden, so daß alsdann voraussichtlich eine höhere Ausbeute vertheilt werden kann. Das zwischen den belgischen Koalswerken und dem westfälischen Koals-Syndikat getroffene Abkommen läßt eine Erhöhung der Verkaufspreise für das Ausland erwarten. — Ob dann auch die Löhne der Bergleute steigen werden?

**Entbehrungsloshue.** Die Mechanische Baumwollspinnerei und Weberei Augsburg erzielte in 1894 einen Reingewinn von 798 000 M. (907 188 M. im Vorjahre) und beantragte die Vertheilung von 17 1/2 pCt. Dividende (wie im Vorjahre). — Dresdener Gardinen- und Spitzen-Manufaktur-Altiengeellschaft. Nach reichlichen Abschreibungen und Reservestellungen stellt sich die Dividende auf 9 pCt. — Der Aufsichtsrath der Jute-Spinnerei und Weberei Wolmen hat beschlossen, nach 13 000 M. Abschreibungen, Ueberschuss von 70 000 M. zum Reservefonds und Verwendung von 10 000 M. zur Bildung eines Arbeiter-Unterstützungsfonds 10 pCt. Dividende zu vertheilen. — Die Spinnerei Wertz in Augsburg erzielte einen Reingewinn von 55 006 M. Es wird die Vertheilung von 3 pCt. (im Vorjahre 2 pCt., 1892 0 pCt.) vorgeschlagen.

**Gruben-Unfälle.** Der „Lotta di klassa“ (Der Klassenkampf) entnimmt die „Albin. Jtg.“ folgende Tabelle über die Explosionen schlagender Wetter, die in den letzten 20 Jahren stattgefunden haben:

Ort	Datum	Zahl der Opfer
Baruffen	6. Dezember 1875	154
Mons	16. Dezember 1875	115
Saint-Etienne	4. Februar 1876	221
Blantyre	22. Oktober 1877	200
Bigan	7. Juni 1878	200
Merkorne	11. September 1878	278
Dinas	13. Januar 1879	60
Lezart	21. Januar 1880	68
Anderlues	21. Januar 1880	52
Newport	15. Juli 1880	119
Seaham	8. September 1880	162
Benyraig	10. Dezember 1880	80
Trindon-Grange	16. Februar 1882	70
Camphausen	17. März 1885	180
Endweiler	20. Juni 1885	18
Mons	4. Februar 1887	150
Bonaimo	4. Mai 1887	160
Blantyre	28. Mai 1887	80
Kreuzgraben	25. Februar 1889	42
Blanch	5. Januar 1890	176
La Machine	19. Februar 1890	41
Saint Etienne	29. Juli 1890	112
Saint Vellier	29. Juli 1890	120
Saint Etienne	4. August 1890	4
Kosowki	20. Januar 1891	100
Selsenkirchen	28. Januar 1891	52
Frichs Cole	28. Januar 1891	122
Saint Etienne	6. Dezember 1891	74
Anderlues	6. Dezember 1892	100
Anderlues	4. Dezember 1894	10
Albin	6. Juni 1894	105
Charleroi	1. Juni 1894	160
Corvin	Juni 1894	235
Point-n-Pridd	Juni 1894	251
Des Asturias	Juni 1894	12

Obige Aufstellung ist bei weitem nicht vollständig. Es fehlen für den Ober-Bergamtsbezirk Dortmund allein an die 20 größere Unglücksfälle, welche zusammen über 400 Bergleuten das Leben kostete.

**Von echt prophaner Frechheit** zeugt ein Gesuchsantrag, den die republikanische Partei im Abgeordnetenhaus des Staates New-York eingebracht haben. Dieser soll die „Beirathungen“ der Arbeiter und Unternehmer folgendermaßen „regeln“. Jeder Arbeiter, der einen Dienst antritt, soll sich künftighin auf drei

Monate binden. Jeder Kontraktbruch wird mit einer Geldstrafe von 500 Dollars geahndet, außerdem soll dieser Kontraktbruch als Kriminalverbrechen bestraft werden. Zwar wird jeder Kontraktbruch von Seiten der Unternehmer bestraft, aber nur dann, wenn keine „höheren Gewalten“ in Frage kommen. Wird der Vorschlag Gesetz, dann ist den Arbeitern die natürliche Waffe der Arbeitseinstellung so gut wie entwunden, sie haben das Recht, von ihrem Kontrakt zurückzutreten nur dann, wenn sie durch Krankheit oder Verletzung zur Arbeit unfähig geworden sind. — Daß die amerikanischen Arbeiter sich ein solches Schandgesetz aufzwingen lassen sollten, glauben wir nicht.

125 Diamantschleifer wurden bei ihrer Landung in New-York angehalten, da vermutet wird, daß dieselben unter feinem Arbeitskontrakte einwandern.

## Gewerkschaftliches.

**Achtung, Arbeiterinnen!** Am Mittwoch, den 27. d. M., finden zwei Versammlungen statt und zwar die eine in „Keller's Festhale, Kopenstr. 29, die andere in „Sandfouci“, Rottbuserstr. 4a, mit dem Thema:

1. „Die Auflösung der Frauen-Agitations-Kommission“.

2. „Die Bedeutung der Gewerkschaftsorganisation für die Arbeiterinnen“. Referenten: Reichstags-Abgeordnete Leguier und v. Elm. (Siehe auch Inserat in der Sonntagsgummer.)

Arbeiterinnen! Die ungeheure Zunahme der Frauenarbeit auf jedem Gebiete macht es zur dringenden Nothwendigkeit, daß jede in der Industrie thätige Frau ihrer betreffenden Gewerkschaftsorganisation angehöre.

Die einzige Waffe, welche den Arbeiterinnen zu Gebote steht, um sich gegen kapitalistische Ausbeutung einigermaßen zu schützen, ist, daß sie organisiert und gewerkschaftlich organisiert sind. Denn nur dann wird die Arbeiterin aufhören, bei Ausständen und Lohnrückereien Schmutzkonturrentin des Mannes zu sein, sie wird dann seine wirkliche Kampfgenossin werden. Darum, Frauen und Mädchen des Proletariats, ist es eure Pflicht, in diesen Versammlungen zu erscheinen und eure indifferente Arbeitskolleginnen ebenfalls dazu zu veranlassen. Die Einberuferin.

**Achtung, Tapezieren!** Die Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Tapezieren-Vereins, welche am 6. und 7. März in Hamburg stattfand, hat den Beschluß gefaßt, mit allem Eifer für den Ausbau der Gewerkschaft einzutreten. Wir haben also die Pflicht, zu zeigen, daß wir die Beschäfte des Halberstädter Kongresses, des Kölner Parteitag und der Generalversammlung respektieren und dies dadurch beweisen, daß wir uns einmütig der Vereinigung anschließen.

Kollegen! Die Zustände in unserem Berufe sind keineswegs so gute, daß wir die Hände in den Schooß legen können, um ruhig das Kommende abzuwarten. Seht Euch die Werkstätten an, in welchen wir arbeiten müssen. Sie entsprechen in ihrer übergroßen Mehrzahl auch nicht im geringsten den Anforderungen der modernen Hygiene. Bis jetzt lagen wir auf der Straße und nun, wo die Saison begonnen hat, werden die Ergränzungen unserer Lohnkämpfe, die neunstündige Arbeitszeit, durch Uebersunden und Sonntagsarbeit illusorisch gemacht; trotzdem noch ein großer Theil unserer Kollegen arbeitslos ist. Dabei sind die Löhne äußerst gering.

Kollegen! Beseitigt endlich den Kammerholz und zeigt Euch als das, was Ihr seid, als unterdrückte Arbeiter. Laßt endlich einmal das blöde Wort: „Es nützt ja doch nichts“ beiseite und beweist durch Euren Aufschluß an die Organisation, daß Einnütigkeit und Zusammenhalten der Arbeiter doch etwas nützt.

Auch an die Näherinnen möchten wir die Bitte richten, mit uns Hand in Hand zu gehen; gerade sie sind die ausgebeuteten Geschöpfe in unserem Berufe und infolge ihres Indifferentismus die machtlosesten.

Also Kollegen und Kolleginnen, auf zu neuer Arbeit, auf zur Organisation, auf zum Kampf um bessere Verhältnisse. Erscheint alle am Montag, den 25. März, abends 8 Uhr, in der Versammlung bei Oswald Grauer, Dronenstr. 121.

Die Ortsverwaltung.

**An die Zimmerer! Kameraden!** Bei Beginn des Frühjahr, zu Anfang der Bauperiode, ist es wohl an der Zeit, wieder die erste Mahnung an Euch zu richten, daß Ihr der Organisation beitrete. Bedenket die drückende Noth, die im vergangenen Winter auf Euch gelafet, bedenket, was es werden soll, wenn Ihr dem Unternehmer durch eure Theilnahmslosigkeit an der Bewegung die Mittel in die Hand gebt, Lohnreduzierungen vorzunehmen. Was vermag der einzelne gegen solche Machination? Einmal nichts. Das einzige Mittel ist die Organisation. Darum ersuchen wir die bis jetzt organisierten Kameraden, die Verkehrslokale an den Sonntagen vormittags zu besuchen und die Agitation in der Weise zu betreiben, daß ein jeder sich zur Aufgabe macht, am Sonntag mindestens einen von den Unorganisierten mit dorthin zu bringen, um ihn dem Verein der Zimmerer zuzuführen; die Zahl der Kämpfer muß eine größere werden, darum thue jeder seine Pflicht.

**Zahlstellen des Vereins sind:**

Osten: Ardrossstr. 26 bei Wille. Süden: Mariendorferstr. 5 bei Grube. Westen: Grunewaldstr. 110 bei Kefner. Norden: Schulstr. 43 bei Restaurateur Lehmann. Nordost: Treckowstr. 24 bei Schmidt. Nordwest: Birkenstr. 24 bei Gebauer. Charlottenburg: Leibniz- und Göthestr. Ecke bei Mohr. Steglitz: Wöhnerstr. 15 im Sambrinus. Reinickendorf: Proninz- und Bürgerstr. Ecke bei Gäbler. Weißensee: Gustav Adolfstr. 14, E. 1 bei Kupke.

Der Vorstand des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.

J. A.: E. Obst, Blumenstraße. 8.

**Zur Müllerbewegung.** Von den sechs von der Krämer'schen Kunstmühle in München ausgeperrten Müllern sind vier anderweitig untergebracht. Der Krämer'schen Kunstmühle wurden folgende Forderungen unterbreitet: 1. Schaffung einer Arbeitsordnung; 2. freies Koalitionsrecht; 3. ein Minimallohn von mindestens 3 M.; 4. Regelung der Arbeitszeit obligatorisch von 6 bis 6 Uhr mit den üblichen Zwischenpausen; 5. bei Uebersunden sei ein entsprechender Lohnzuschlag zu bezahlen, und 6. eine zufriedenstellende Behandlung der Gehilfen. — Von den 160 Münchener Mülleergehilfen sind bis jetzt 71 Mann organisiert.

**Eine Bauarbeiter-Versammlung in Freiburg i. B.** beschloß eine Petition an den Stadtrath abgeben zu lassen, in der verlangt wird, daß für alle städtischen Arbeiten die 10 stündige Arbeitszeit eingeführt werde. Zu der betreffenden Versammlung ließ die Polizei junge Leute unter 21 Jahren nicht zu. Beschwerden hiergegen ist eingelegt.

**Die angeblichen Streikzettel in Schmöln,** von denen die bürgerlichen Blätter zu berichten wußten, erweisen sich als aufgebaute Lügen. Die „Leipziger Volkszeitung“ erhielt von einem zuverlässigen Gewährsmann folgende Information: Streikzettel sind nicht vorgekommen. Die Leute hatten sich bloß auf-

gestellt, weil der Hirsch-Dunder'sche Gewerkschafts-Vorsitzende Bahle-Berlin seine Mitglieder zur Arbeit kommandierte und so den gewinnigeren Knopfabrikanten Streikbrecher zutrieb. Gerade so wie in Gäßrow, wo die „Lassenbenuchten“ Hirsch-Dunderschen das Scheitern des heldenmüthigen Ausstandes in der Waggonfabrik durch Wort und That herbeiführen halfen. Es ist in Schmöln niemand belästigt worden, nur zwei Mann wurden, weil sie stehen blieben, verhaftet. Sie sind wieder freigelassen und zu 7 Tagen Polizeistrafte verurtheilt worden. Die Sache ist ganz bedeutungslos, und nur Böswilligkeit konnte sie aufbauen. Die Polizei wurde um 10 Gendarmen verstärkt. Jetzt ist alles wieder ruhig.

**Arbeitseinstellung in der Malzfabrik Bieschen.** In der königlichen Malzfabrik haben gestern Morgen sämmtliche Mälzer die Arbeit eingestellt. Ursache ist die dort herrschende übermäßig lange Arbeitszeit. Während die Arbeiter danach streben, eine geregelte Arbeitszeit zu erhalten, hat der Besitzer einige Aufseher mehr angestellt, um die durch 16- und 18 stündige Arbeitszeit erschöpften Arbeiter vor dem Einschlafen zu bewahren.

**Der Streik der Schalenmacher in Grenchen** (Kanton Solothurn), der wegen Mißhandlung eines Arbeiters durch den Meister ausbrach, wurde nach achtstägiger Dauer zu gunsten der Arbeiter beendet. Sämmtliche Forderungen der Streikenden wurden genehmigt.

**Ein Aufseherstreik** ist am Freitag bei Ch. Rieg u. Cie. in Rülhausen ausgebrochen. Inhaber der Firma ist Herr Jean Rieg-Köchlin, Mitglied des Bezirksrates — ein Mann, dessen Arbeiterfreundlichkeit bei den letzten Wahlen eine große Rolle spielte. Ursache des jetzigen Konfliktes sind Lohnstreitigkeiten: die Aufseher und Aufstecker behaupten, nicht mehr auf ihren früheren Lohn zu kommen, da das zu verarbeitende Material sich verschlechtert habe. Heute sollen die Aufseher kaum noch 2 M. verdienen. Am Freitag früh begaben sich die Aufseher aufs Bureau und unterhandelten mit der Fabrikleitung; sie wurden jedoch zurückgewiesen. Daraufhin stellten nachmittags 32 Aufseher und 9 Aufstecker die Arbeit ein. Es wird vor Zugung gewornt, um den Ausständigen in ihrem gerechten Kampf nicht Nachtheil zu bringen. Unterstützungen nimmt entgegen Alois Mühle, Didenheimerstr. 28 zu Rülhausen. — Arbeiterblätter werden um Nachdruck ersucht.

**Ein Weberstreik** brach am 19. März in Verviers (Belgien) in der Fabrik von Simonis aus. Die Zahl der Streikenden beträgt 850.

**Gegen 2000 Vergarbeiter** des Dütticher Bedens haben beschloffen, in den Ausstand zu treten.

**Der Nationalkongress der französischen Vergarbeiter** ist gestern Vormittag in Lens eröffnet worden. Auf demselben sind Vertreter aller französischen Vergwerks-Gesellschaften anwesend. In der Vormittags-Sitzung wurde die Zahl der Stimmen festgestellt, welche jedem einzelnen Kohlenbeden zuertheilt werden. Den Vorsitz führte der Deputirte Basky.

**Der französische Vergarbeiter-Kongress** hat den Vorschlag angenommen, wonach der Arbeitstag in den Bergwerken einschließlich der Ein- und Ausfahrt auf 8 Stunden festgesetzt und schwere Strafen für Betriebleiter bestimmt werden, welche Arbeiter zu einer Mehrarbeit nöthigen.

**Gleichzeitig mit dem Schuhmacherabschluss** kündigt sich, wie uns aus London geschrieben wird, ein Aufschluß der Mäntelschneider im East-End an. Hier ist die Zerstörung der Union der Arbeiter der unverhüllte Zweck der Maßregel. Die Arbeiterunion hatte versucht, dem Zwischenschlichter-System in dieser Industrie zu Leibe zu gehen, aber das Resultat war, daß die „Schwitzer“ sich organisierten, und deren Verein hat jetzt den Beschluß gefaßt, vom nächsten Sonntagabend ab alle der Arbeiterunion angehörenden Arbeiter, bezw. Arbeiterinnen zu entlassen. Da die Union nicht übermäßig stark ist, und der Kampf der Schuhmacher das öffentliche Interesse vornehmlich in Anspruch nimmt, in nicht wenigen Fällen wohl auch Familien von beiden Klässen betroffen werden, stehen die Ausschichten der armen Mäntel- u. Schneider, die es doch wirklich nöthig hätten, leider nicht sehr günstig.

**Der Kohlenarbeiter-Verband von Illinois** (Nordamerika) wählte zum Präsidenten den bekannten Sozialisten James O'Connor, einen der Gründer der vor einem Jahre in Spring Valley ins Leben gerufenen englischen Section der sozialistischen Arbeiterpartei. O'Connor ist auch mit der Feder für die Sache des Sozialismus thätig.

## Versammlungen.

**Für die chirurgischen Instrumentenmacher** tagte am 12. März eine Versammlung, in der Genosse Rohrlach einen beifällig aufgenommenen Vortrag hielt. Die Stellung zur Waise soll in einer öffentlichen Versammlung erfolgen. Das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Czerny ehrte die Versammlung in der üblichen Weise.

**Die ordentliche Generalversammlung** der Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe tagte am 17. März. Da der Jahresbericht, mit ausführlichen Erläuterungen versehen, gedruckt vorlag und sämmtlichen Mitgliedern zur Verfügung steht, erübrigte sich ein näheres Eingehen auf den 1. Punkt. Die Einnahmen betragen insgesammt 325 967,18 M. Die Ausgaben betragen: ärztliche Behandlung 28 265,40, Arznei u. 45 946,16, Krankengeld 188 527,66, an Wöchnerinnen 1914,—, Begräbnißgeld 14 30,—, Kur- und Verpflegungskosten in Heilanstalten 29 977,15 M., insgesammt (inkl. 51 681,76 Kapitalanlagen) 328 472,21 M. Dem Reservefonds wurden in 1894 zugeführt 83 879,26 M. und übersteigt dieser die gesetzlich vorgeschriebene Höhe um rund 80 000 M. Da den so günstigen Stand der Kasse selbst die in den letzten Monaten sehr stark aufgetretene Influenza-Epidemie nicht erschüttern konnte, so ist Aussicht vorhanden, daß der nächsten Generalversammlung seitens des Vorstandes entweder eine Erhöhung der Leistungen oder eine Erniedrigung der Beiträge empfohlen werden kann.

**Eine gutbesuchte Mitglieder-Versammlung** des Vereins der Zimmerer tagte am Sonntag, den 17. März cr., in den Kränzhallen. Bei den Vereinsangelegenheiten gab der Vorsitzende bekannt, daß die Proschüren über das Submissionswesen dem Bezirkskassirer übergeben sind, durch Vorzeigen des Mitgliedsbuches können dieselben bei den Zahlstellen in Empfang genommen werden. Allgemeine Entrüstung rief die Ausrufung des Zimmerers Rietsche hervor; derselbe glaubt, dem beim Bombardement verunglückten Kamerad Köhler selbst die Schuld beimessen zu können, trotzdem er den Unglücksfall nicht einmal genau gesehen haben kann. Nunmehr referirte Genosse Zahn über: „Der 18. März und das Vermächtniß der Todten.“ Die Anmerklichkeit, mit der die Zuhörer den Ausführungen des Referenten folgten und der reiche Beifall, der am Schlusse des Referats gesollt wurde, zeigte, daß die Anwesenden sich der Bedeutung des 18. März voll bewußt waren. Beim dritten Punkt der Tages-



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Sonnabend, den 23. März.  
**Opernhaus.** Ricci, der letzte der Tribunen.  
**Schauspielhaus.** Die die Alten Jungen.  
**Deutsches Theater.** Die Weber.  
**Festung-Theater.** Der Königsleutnant. Dierauf: Eine Partie Biquet.  
**Berliner Theater.** Nathan der Weise.  
**Residenz-Theater.** Fernand's Ehekontrakt.  
**Neues Theater.** Ferréol.  
**Schiller-Theater.** Die Journalisten.  
**Friedrich-Wilhelmstadt-Theater.** Der Obersteiger.  
**Theater unter den Linden.** Ranon.  
**Central-Theater.** Unsere Rentiers.  
**Adolph Ernst-Theater.** Madame Suzette.  
**Selbstmord-Theater.** Verliebte Mädchen.  
**Alexanderplatz-Theater.** Durchgegangene Weiber.  
**National-Theater.** Die lebende Brücke.  
**Reichshallen-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**American-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Sausmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.

### Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)  
Sonnabend, 23. März, nachmittags 3 Uhr: Grachus, der Volkstribun. — Abends 8 Uhr: Die Journalisten.  
Sonntag, 24. März, nachm. 3 Uhr: Des Meeres und der Liebe Wellen. — Abends 8 Uhr: Die Journalisten.  
Montag, 25. März, abends 8 Uhr: Prinz Friedrich von Homburg.  
Dienstag, 26. März, abends 8 Uhr: Die Journalisten.

### National-Theater.

Große Frankfurterstraße 192.  
Direktion: Max Samst.  
Sensationelle Novität!  
Gastspiel der amerikanischen Gesellschaft **William Calder**  
**Die lebende Brücke.**  
Großes Sensationschauspiel mit Musik in 4 Akten (11 Bildern), nach dem Englischen von Sutton Vane, überföhrt von S. Schwab. Dirigent: Adolph Wiedesche. Elektr. Beleuchtungseffekte v. Patowsky.  
Regie: Max Samst.  
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. — Anf. 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

### Adolph Ernst-Theater

Zum ersten Male:  
**Madame Suzette.**  
Bauderville in 3 Akten von Dardonneau. Musik von Edmund Audran. (Novität)  
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

### Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30.  
**Emil Thomas a. G.**  
Novität! Zum 36. Male: Novität!  
**Unsere Rentiers.**  
Große Feste mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Wilhelm Mannstädt und Julius Freund.  
Musik von Julius Einödhofer.  
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schütz.  
Anfang 1/2 Uhr.  
Sonntag, den 24. März 1895, nachm. 2 1/2 Uhr:  
**Wohlthätigkeits-Vorstellung.**  
Emil Thomas. Oskar Blenko.  
**Die Leibrente.**  
Schwank in 5 Akten von G. v. Moser.  
Billets zu dieser Vorstellung sind von heute ab an der Kasse des Central-Theaters zu haben.

### Cirque Variété

(früher Circus G. Schumann).  
Sonnabend, den 23. März 1895, nachm. 4 Uhr:

### Gr. Kinder-Vorstellung.

Erwachsene zahlen die bekannten kleinen Preise, Kinder auf allen Plätzen nur 20 Pf.  
Abends 7 1/2 Uhr:

### Gr. Volks-Vorstellung.

Auftreten sämtlicher Künstler, u. anderem auch des Kanonenkönigs Mr. Holtum aus Chicago.  
Kleine Preise.  
Loge 1,50 M., Parquet u. Tribüne 1 M., 1. Platz 75 Pf., 2. Platz 50 Pf., Gallerie 30 Pf.  
Sonntag, den 24. März, um 4 u. 7 1/2 Uhr: 2 gr. Elite-Vorstellungen.

### Urania

Anstalt für volksthümliche Naturkunde.  
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).  
Geöffnet von 8-10 Uhr.  
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.  
Näheres die Anschlagzettel.

### Kaufmann's Variété.

Der größte Lach-Erfolg dieser Saison!  
Gastspiel von Emil Naucke  
**Die Kneipgenies**  
Parlesque mit Gesang und Tanz von Emil Naucke & A. Fränkel  
Musik von D. Blume.  
Naucke als Tyroler! Naucke als Casanove! Naucke als fliegender Hensch! Naucke als Komiker.

### Passage-Panopticum.

**27 Gitanos**  
(andalusische Sänger, Tänzer u. Tänzerinnen)  
Vorstellung am 4, 5, 6, 7, 8 u. 9 Uhr.

### Feen-Palast

Surgstr. 22, neben der Börse.  
Zum 1. Mal in Berlin.  
**Clown Petroff**  
und seine originell dressierten Esel, Schweine, Perkel, Katzen, Hunde, Hühner u. f. w.  
**Blondin junior.**  
Der beste Tanzkünstler d. Gegenwart.  
**Mr. Albino.**  
???? Das Räthsel. ?????  
**Wilhelm Fröbel**  
mit einer ganzen Waggonladung neuer gänzlich completer.  
**!! Grosses Programm !!**  
Anfang: Wochen. 1/2, Sonntags 6 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 1 Stunde vorher.

### Unter den Linden 21.

Einzig in seiner Art.  
Heute zum 194. Male.  
Oriental.  
**Magie.**  
Preise: 3, 2 und 1 M. Sitzplatz.  
Jeden Sonntag nachmittags 4 Uhr: Familien-Vorstellung zu halben Preisen.

### "Sanssouci"

Goldbuserstraße 4a.  
Jeden Sonntag u. Donnerstag:  
**Stettiner Sänger.**  
4272. Soirée in Berlin.  
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader.)  
Anf. 7 Uhr. Entr. 50 Pf.  
Neu! Zum Schluss: Neu!  
Der Orchesterverein in Friesack.  
Ensemble von Wexfel.  
Dienstag: Böhmisches Branhaus.

### Sonnabend, den 23. März: Familien-Kränzchen.

Hierzu ladet freundlichst ein **Fr. Zubeil, Lindenstr. 106.**

### Castan's Panoptikum.

Noch nie dagewesen!  
Die Tiefen des dunkeln Erdtheils:  
**Die Dinka,**  
40 Männer, Frauen u. Kinder.  
Das schreckliche Mädchen Mariotta.  
„Präsident Faure.“

### Parodie-Theater

Oranien-Straße 52 (am Morichpl.).  
**Die Weber.**  
Vorher:  
**Madame Sans-Gêne.**  
Zum Schluss:  
**Heimath.**  
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

### Bock-Bräuerei

Tempelhofer Berg.  
**57. Bock-Saison.**  
Täglich:  
**Militär-Konzert.**  
Anfang 5 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

### Berichtigung.

Die Beeridigung meiner Frau findet nicht Sonntag, sondern Sonnabend nachm. 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle der Charitee aus statt.  
Der trauernde Gatte **Rob. Goddäus.**

### 50 M. Belohnung!

Zwischen dem 10. und 13. März sind mir aus meinem Stadtbahnbogen Nr. 83 in der westl. Schönebergerstraße 2 Fahren Dackpappen gestohlen worden. Die Umhüllung trägt folgendes Etikett:  
Asphalt-Steinpappe Klasse I oder Asphalt-Klebpappe Klasse I u. 0 aus der Pommerischen Asphalt- und Steinpappen-Fabrik Wilh. Meissner, Stargard-Pommern.  
Wer mir Mittheilungen machen kann, auf grund welcher ich den Täter delinquen kann, erhält obige Belohnung. Mittheilungen sind zu machen an jedem Polizeibureau und in meinem Remtoir **Wilh. Hoffmann,** Möckernstr. 51.

### Gelegenheitskauf

für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königl. 59, vorn l., sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze Zeit vertieft gewesene u. neue Möbel spottbillig veräußert werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200—1000 M. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderständer 15, Küchenspinden, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen 18, Kuchbaum-Kleiderständer 30, Stühle 8 Mark, hochseine Muschelleiderständer 40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herrenschreibische, Damenschreibische 30, Cylindertische, Schreibesekretäre 15 Mark, Garderobenspinden, Paneele-sophas 75, Buffets, Trumeaus 65 M., Betten, Consolettische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein größtes Möbellager Berlin zu besichtigen u. sich von den stammend billigen Preisen zu überzeugen. Gesamte Möbel können bis April kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt.

Extrafeines  
**Auchenmehl 00**  
in Feinen Beuteln  
A 10 Pfd., A 1/4 Ctr., A 1/2 Ctr.  
W. 1,20 2,85 5,00  
Bon 1/4 Ctr. ab frei in's Haus.  
**Weizenmehl-Niederlage**  
**Paul Ziegler,**  
Mühlenstraße 8  
nahe der Warschauerstraße.

### Neu eröffnet!

**Schuhwaren-Fabrik**  
C. Hübner,  
Oranien-Straße Nr. 206.  
Hauptgeschäft:  
Rosenthalerstraße Nr. 13.  
Su außergewöhnlich billigen Preisen werden verkauft: Herrenstiefeln von 4,75, 5,00, 6,00, 7,50 bis 10,00 Mark. Damenstiefeln von 3,50 Mark bis zu den elegantesten, sowie jede Sorte Schuhwaren.

### Deutscher Holzarbeiter-Verein.

Sonntag, den 24. März, vormittags 10 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
der Bürsten- u. Pinselmacher  
im Lokale des Herrn Rehlitz, Bergstrasse No. 12.  
Tages-Ordnung: 1. Unsere schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse und welche Stellung nehmen wir hierzu? 2. Das neue Werkstatt-Vertrauensmännersystem. 3. Verschiedenes.  
Alle Kollegen und Berufsgenossen, auch Nichtmitglieder werden dringend ersucht, zu erscheinen.  
141/9

### Achtung! Drechsler und Berufsgenossen. Achtung!

Sonntag, den 24. März, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Schneider, Annenstrasse 16:  
**Große öffentliche Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Stadtverordneten Theodor Metzner über: „Die wirtschaftlichen Krisen und die Arbeitslosigkeit.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Der Vertrauensmann der Holzarbeiter: E. Wiedemann.  
203/10

### Verband der in Buchbindereien,

der Papier- und Leder-galanteriewaaren-Industrie beschäftigt. Arbeiter u. Arbeiterinnen (Mitgliedschaft Berlin).  
Dienstag, den 26. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Deigmüller, Alte Jakobstrasse No. 48a:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Heymann: „Wie ist für den kranken Arbeiter gesorgt?“ 2. Mitgliedschaftsangelegenheiten. Die Sperre bei J. P. Hamann, Reuthstraße. 3. Verschiedenes.  
Der Vorstand.  
78/1

### Achtung! Böttcher. Achtung!

Sonntag, den 24. März, nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Fritz Wilke, Andreaskirche 20:  
**Oeffentliche Versammlung**  
der Böttcher Berlins und Umgegend mit Frauen.  
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht. Der Einberufener. Nach Schluss der Versammlung: Geselliges Beisammensein verbunden mit Tanz und humoristischen Vorträgen, arrangirt vom Verein der Böttcher.  
97/14

### Aufruf!

Sämmtliche Maurer, jung und alt, welche auf dem Boden der losen Centralisation stehen, werden hierdurch aufgefordert, am Sonntag, den 24. März, in der **Maurer- u. Putzer-Versammlung** um 9 1/2 Uhr vormittags, pünktlich zu erscheinen.  
169/9  
Die Vertrauensmänner der Maurer Berlins und Umgegend.  
J. A.: H. Schulz, Ewinemünderstr. 33.

### Achtung! Achtung!

**Stock- und Schirmarbeiter und -Arbeiterinnen.**  
Sonntag, den 24. März, abends 6 1/2 Uhr:  
in den „Industrie-Festhallen“, Reuthstraße 20, l. (nicht 22.):  
**Oeffentliche Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Hassenbach über „Reinrich Heine“. 2. Diskussion.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Die Agitations-Kommission.**  
NB. Nach der Versammlung veranstaltet unser Verein ein geselliges Beisammensein mit Tanz, wozu die Mitglieder freundlichst eingeladen werden.  
Der Vorstand.  
220/9

### Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Montag, den 25. März, abends 8 1/2 Uhr,  
im Lokale des Herrn Deigmüller, Alte Jakobstrasse 48a:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Regierungs-Baumeister Gust. Rehler über: „Kultur- und soziale Lage und die Agitations-Kommission.“ 2. Diskussion.  
3. Abrechnung vom Pastenball. 4. Vereinsangelegenheiten.  
Die Kollegen werden gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.  
Der Vorstand.  
204/15

### Wedding. Achtung! Moabit.

Sonntag, den 24. März 1895, abends 5 Uhr, im Holberger Salon, Holbergerstraße Nr. 23:  
**Versammlung für Männer u. Frauen.**  
Vortrag des Genossen Otto Steinhardt von der Arbeiter-Bildungsschule über: „Die technische Revolution mit besonderer Berücksichtigung der Frauen.“  
Zusammenkunft findet statt. Nach der Versammlung **Tanz.**  
Um zahlreiches und pünktliches Besuch bittet  
Der Vorstand des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins (Liliale Moabit).  
126/20

### Cöpenick. Große öffentliche Versammlung

aller Arbeiter u. Arbeiterinnen  
Mittwoch, den 27. d. M., abends 7 1/2 Uhr, in Birin's Hotel.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten J. Seifert über „die wirtschaftliche und politische Lage.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Nicht aller Arbeiter und Arbeiterinnen ist es, pünktlich zu erscheinen.  
Für Deckung der Unkosten Entree 10 Pf. Arbeitslose haben freien Zutritt.  
Vertrauensmann O. Schüler.  
70/1

### Meinen werthen Freunden und Bekannten zur Kenntnissnahme, daß ich

**36 Jüdenstraße 36,**  
nahe der Stralauer-  
Straße, ein  
**Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal**  
eröffnet habe. **Vereinsmitglieder** stehen zur Verfügung. **früher Häfetter im Restaurant**  
**Fritz Linke, Ehrenberg, Annenstrasse 16.**

